



Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Jahresbericht 2015



Fachhochschule
für Rechtspflege
Nordrhein-Westfalen

Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Schleidtalstraße 3
53902 Bad Münstereifel

Telefon: 02253 / 318 – 0
Telefax: 02253 / 318 – 146
E-Mail: poststelle@fhr.nrw.de
Homepage: <http://www.fhr.nrw.de>

Tagungshaus der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Hermann-Pünder-Straße 2
53902 Bad Münstereifel

Telefon: 02253 / 9505 – 0
Telefax: 02253 / 9505 – 133
E-Mail: tagungshaus@fhr.nrw.de

Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Nebenstelle Langscheid

Irmgardweg 1
53902 Bad Münstereifel – Langscheid

Telefon: 02253 / 54409 - 0
Telefax: 02253 / 54409 – 82

Inhaltsübersicht:

	Seite
Vorwort	1
1. Organigramm	3
2. Senat und Fachbereichsräte	4
2.1 Zusammensetzung des Senats	4
2.2 Zusammensetzung des Fachbereichsrats Rechtspflege	7
2.3 Zusammensetzung des Fachbereichsrats Strafvollzug	8
3. Mitglieder der Fachhochschule	9
3.1 Leitung	9
3.2 Professoren, Dozentinnen und Dozenten	9
3.3 Personalveränderungen im Bereich der hauptamtlich Lehrenden	9
3.4 Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	10
3.5 Studierende	10
4. Gleichstellungsbeauftragte	12
5. Personalvertretungen	13
5.1 Personalrat der Dozentinnen und Dozenten	13
5.2 Personalrat der Fachhochschule	13
6. Sozialer Ansprechpartner	14
7. Studienberatung	15
8. Pädagogisch-didaktische Angelegenheiten	16
8.1 Pädagogisch-didaktische Schulungen	16
8.2 Newsletter Lehren und Lernen	17
9. Fachbereich Rechtspflege	19
9.1 Grundlagen des Studienbetriebes	19
9.2 Studienleistungen	19
9.3 Übungen, Wahlkurse und Wahlpflichtkurse	21
9.4 Alternative Lehrveranstaltungen	23
9.5 Praxiswoche	24
9.6 Seminare	25
9.7 Informationstechnik	27
9.8 Lehrmaterial	27
9.9 Evaluation	28

9.10	Abstimmung fachwissenschaftlicher und fachpraktischer Studienzeiten	29
9.11	Fachausschuss Rechtspflegerausbildung	29
10.	Fachbereich Strafvollzug	31
10.1	Grundlagen des Studienbetriebes	31
10.2	Wahlpflichtveranstaltungen	31
10.3	Übungen	32
10.4	Praxisbegleitende Lehrveranstaltungen	32
10.5	Studienbegleitende Lehrveranstaltungen	33
10.6	Informationstechnik	34
10.7	Evaluation	34
10.8	Sonstiges	34
10.9	Das Forschungsprojekt PSM	35
11.	Amtsanwaltsausbildung	37
11.1	Grundlagen des Studienbetriebes	37
11.2	Lehrplan	37
11.3	Studienbegleitende Veranstaltungen	38
11.4	Lehrmaterial	38
11.5	Erfahrungen und Prüfungsergebnisse	38
12.	Prüfungsergebnisse, Diplomierungsfeier	39
12.1	Prüfungsergebnisse	39
12.2	Diplomierungsfeier	40
13.	Zentrum für Betriebswirtschaft	42
13.1	Aus- und Fortbildung	42
14.	Zentrum für Informationstechnik	47
14.1	IT und Lehre	47
14.2	E-Learning	48
14.3	Homepages	50
14.4	Websites der Gerichte und Behörden	51
14.5	Bürgerservice	54
14.6	Justiz-Intern	55
14.7	Verfahrenspflegestelle IT-MobiV (Leitung der Verfahrenspflegestelle)	56
14.8	Verfahrenspflegestelle IT-ZVG	57

14.9	Verfahrenspflegestelle RASYS	58
14.10	IT-Betreuungsverbund	60
15.	Forschungsprojekte, Veröffentlichungen	61
15.1	Forschungsprojekte	61
15.2	Veröffentlichungen	62
16.	Fort- und Weiterbildung	70
16.1	Arbeit der Fort- und Weiterbildungskommission	70
16.2	Fort- und Weiterbildungstagungen	70
17.	Internationale Kontakte	72
17.1	Studienfahrten	72
18.	Mitwirkung der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Verbänden und Arbeitsgruppen	76
18.1	Kanzlertagung der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst	76
18.2	Fachausschuss Rechtspflegerausbildung	78
19.	Veranstaltungen in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen	79
19.1	3. Amtsanwaltssymposium	79
19.2	Plakatausstellung „Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939 – 1945“	80
20.	Sport	82
21.	Verein der „Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.“	85
22.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	86
22.1	Pressemitteilungen	86
22.2	Pressespiegel	90

Anlage 1:	Professoren, Dozentinnen und Dozenten	92
Anlage 2:	Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	98
Anlage 3:	Grußwort von Herrn Justizminister Thomas Kutschat anlässlich der Diplomierungsfeier 2015	100
Anlage 4:	IT-Ausbildung im fachwissenschaftlichen Studium der Rechtspflege	107
Anlage 5:	Schriftenreihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen	108
Anlage 6:	Neue Medien-Reihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen	112
Anlage 7:	Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen - Eigene Veranstaltungen der Fachhochschule -	114
Anlage 8:	Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen im Auftrag der sonstiger Justizbehörden – Nebenstelle Monschau -	117

Anhang:

Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen	119
1. Organisation	119
1.1 Personalrat des Ausbildungszentrums	121
2. Zuständigkeiten	121
3. Lehrgänge	121
3.1 Verkürzter Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes 2014/2015 und 2015/2016	122
3.2 Gemeinsame Gerichtsvollzieherlehrgänge 2014/2015 II und 2015/2016 I	122
3.3 Vorgeschalteter Eignungslehrgang zur Gerichtsvollzieherlaufbahn für Teilnehmer/-innen aus Nordrhein-Westfalen	125
3.4 Vorgeschalteter Eignungslehrgang zur Gerichtsvollzieherlaufbahn für Teilnehmer/-innen aus Nordrhein-Westfalen	125

3.5	Justizwachtmeisterlehrgang	125
3.6	Entwicklung der Anwärterzahlen 2015	126
4.	Sonstiges	126
4.1	Verein der Freunde und Förderer des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen, Nebenstelle Monschau	126
4.2	Pressemitteilungen	127



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2015 brachte wieder einige personelle Veränderungen für die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen mit sich: 165 Studierende haben in diesem Jahr ihr Studium an unserer Fachhochschule begonnen, 129 im Fachbereich Rechtspflege und 36 im Fachbereich Strafvollzug. Im selben Jahr haben 152 Studierende des Fachbereichs Rechtspflege und 41 Studierende im Fachbereich Strafvollzug ihr Diplom erhalten und die Fachhochschule verlassen. Zudem haben 48 Anwärter für den Amtsanwaltsdienst ihr Examen abgelegt. 458 Anwärterinnen und Anwärter durchliefen in diesem Zeitraum einen der Ausbildungsgänge beim Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen an den Standorten Bad Münstereifel und Monschau.

Im Bereich der Dozentinnen und Dozenten verließen uns im Fachbereich Rechtspflege zwei Dozentinnen aus dem Rechtspflegerdienst und drei aus dem Richterdienst, drei neue Kollegen aus dem Richter- bzw. Staatsanwaltsdienst folgten ihnen nach. Für einen zuvor pensionierten Professor konnten wir pünktlich zur Diplomierungsfeier am 26. November 2015 mit Herrn Dr. Lamberz einen neuen Professor in

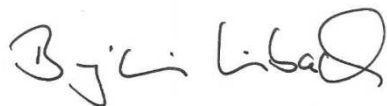
unserer Mitte begrüßen. Im Fachbereich Strafvollzug verließen uns ebenfalls ein Dozent des gehobenen und ein Dozent des höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienstes zum Ende des Studienjahres, die durch eine neue Kollegin und einen neuen Kollegen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes ersetzt wurden. Auch in der Verwaltung gab es einen Wechsel, indem ein langjähriger Hausmeister in den Ruhestand trat. Auch für ihn konnten wir zeitnah einen Nachfolger finden.

Neben den jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen besonders hervorzuheben sind für das Jahr 2015 das sehr gut besuchte Amtsanwaltssymposium im Februar des Jahres sowie die Ausstellung "Was konnten sie tun? Widerstand im Nationalsozialismus 1933 - 1945", die wir von Mitte April bis Mitte Juni in den Räumlichkeiten der Fachhochschule in Bad Münstereifel und von Mitte Juli bis Mitte August in den Räumlichkeiten des Ausbildungszentrums in Monschau präsentieren konnten.

An dieser Stelle möchte ich allen Professoren, Dozentinnen und Dozenten der Fachhochschule, den Lehrkräften des Ausbildungszentrums und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihr großes Engagement für Fachhochschule und Ausbildungszentrum gerade auch für ihren Einsatz für alle Anwärterinnen und Anwärter aller Studien- und Ausbildungsgänge herzlich danken.

Bad Münstereifel, im Mai 2016

Der Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Björn Lischke". The signature is written in a cursive, flowing style.

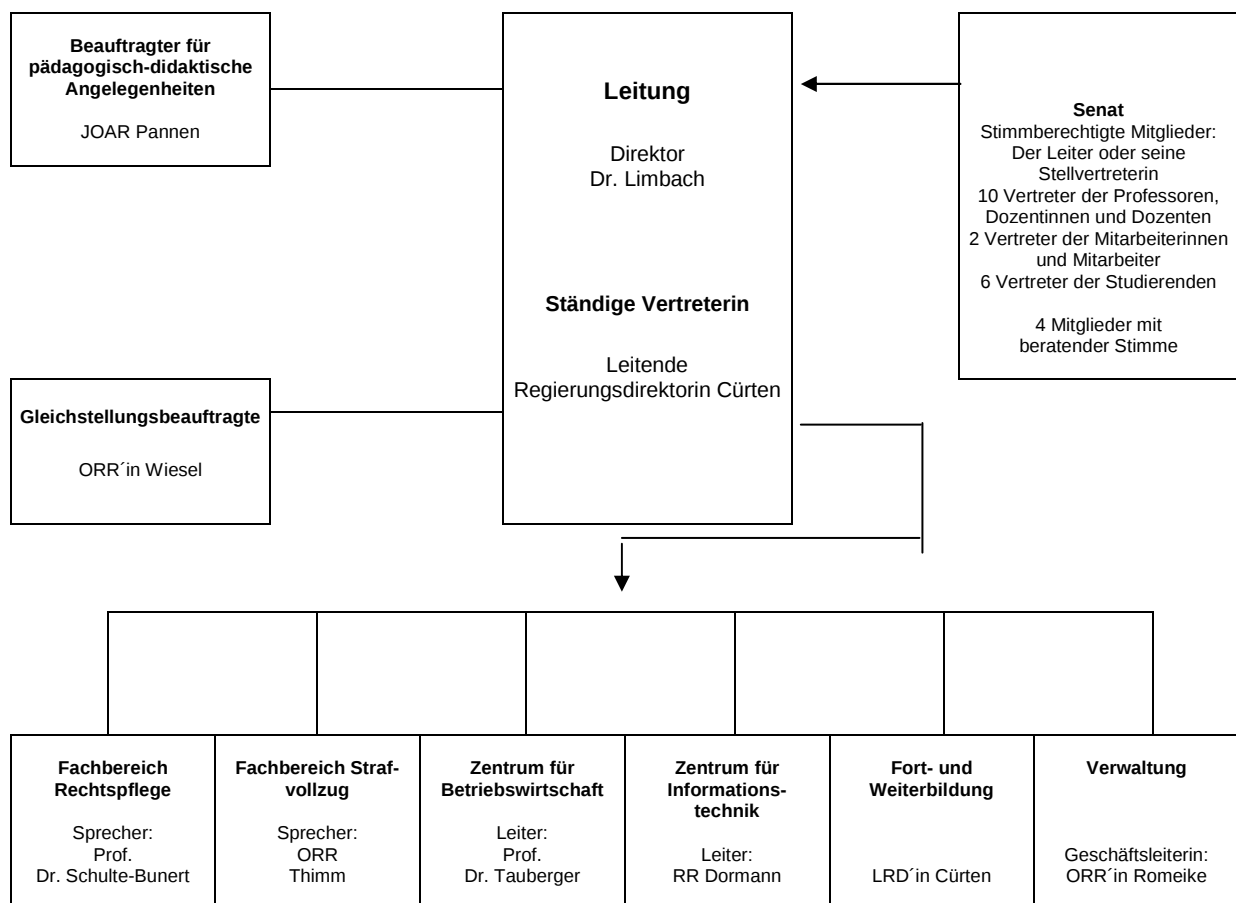
1.

Organigramm

(Stand: 31. Dezember 2015)

Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Schleidtalstraße 3
53902 Bad Münstereifel
Telefon: 02253 / 318 - 0



2.

Senat und Fachbereichsräte

2.1

Senat

Dem Senat der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen (*im Folgenden Fachhochschule genannt*) gehörten am 31. Dezember 2015 folgende Mitglieder an:

I. Der Leiter der Fachhochschule als Vorsitzende:

Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
Dr. Benjamin Limbach

II. Aus der Gruppe der Professoren, Dozentinnen und Dozenten:

Aus dem Fachbereich Rechtspflege:

Professor Dr. Matthias Becker
Professor Dr. Frank Els
Justizoberamtsrat Hans-Dieter Klos
Professor Dr. Christoph Neukirchen
Oberregierungsrat Robert Ramm
Professor Dr. Kai Schulte-Bunert
Oberregierungsrätin Elfriede Walter
Oberregierungsrätin Margret Wiesel (zugleich Gleichstellungsbeauftragte)

Aus dem Fachbereich Strafvollzug:

Professor Dr. Peter Münster
Professor Dr. Frederik Roentgen

III. Aus der Gruppe der Studierenden:

Aus dem Fachbereich Rechtspflege

Rechtspflegeranwärterin Carolin Ferfers

Rechtspflegeranwärter Jens Herrmann
Rechtspflegeranwärterin Lisa Schroers
Rechtspflegeranwärterin Ilona Sieben
Rechtspflegeranwärter Matthias Werdin

Aus dem Fachbereich Strafvollzug

Regierungsinspektoranwärterin Simone Boehmer

**IV. Aus der Gruppe der hauptberuflichen sonstigen Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter:**

Oberregierungsrätin Heike Romeike
Justizamtsinspektor Heinz Heck

V. Mitglieder mit beratender Stimme:

Richterin am Landgericht, Dr. Annette Webler,
Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Leitende Regierungsdirektorin Ulrike Cürten,
Ständige Vertreterin des Direktors der Fachhochschule
Oberregierungsrat Ulrich Thimm,
Sprecher des Fachbereichsrats Strafvollzug
Justizoberamtsrätin Marianne Brückner,
Deutscher Beamtenbund
Justizoberinspektorin Jutta Dünnes,
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Der Senat tagte an folgenden Tagen zu folgenden Themen:

- | | |
|-------------------|--|
| 09.06.2015 | <ol style="list-style-type: none">1. Bericht des Direktors der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen2. Bericht der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Professorenstelle3. Beschlussfassung über den Vorschlag der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Professorenstelle4. Beratung des Entwurfs der Fragebögen für die Evaluation der Lehrveranstaltungen und für die Abschlussevaluation für den Studiengang Amtsanwaltsdienst5. Beschlussfassung über den Entwurf der Fragebögen für die Eva- |
|-------------------|--|

uation der Lehrveranstaltungen und für die Abschlussevaluation für den Studiengang Amtsanwaltsdienst

6. Mindeststandards für Berichte und Ergebnisse von Evaluationen
7. Stellungnahme zu dem Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung erstes Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes für die Justizvollzugsanstalten des Landes Mecklenburg-Vorpommern – APO Lg2E1VVD M-V –
8. Stellungnahme zum Jahresbericht des Direktors der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
9. Verschiedenes

24.06.2015

1. Erneute Beschlussfassung über den Vorschlag der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Professorenstelle
2. Verschiedenes.

06.07.2015

1. Bericht der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Dozentenstellen im höheren Dienst
2. Beschlussfassung über den Vorschlag der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Dozentenstellen im höheren Dienst
3. Bericht der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Strafvollzug ausgeschriebenen Dozentenstelle im gehobenen Dienst
4. Beschlussfassung über den Vorschlag der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Strafvollzug ausgeschriebenen Dozentenstelle im gehobenen Dienst
5. Verschiedenes

13.08.2015

1. Bericht des Direktors der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
2. Bericht der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Dozentenstelle im höheren Dienst
3. Beschlussfassung über den Vorschlag der Personalkommission zur Besetzung der im Fachbereich Rechtspflege ausgeschriebenen Dozentenstelle im höheren Dienst
4. Bericht zur Besetzung der im Fachbereich Strafvollzug ausgeschriebenen Dozentenstelle im gehobenen Dienst
5. Beschlussfassung über den Vorschlag zur Besetzung der im Fachbereich Strafvollzug ausgeschriebenen Dozentenstelle im gehobenen Dienst
6. Verschiedenes

2.2

Fachbereichsrat Rechtspflege

Dem Fachbereichsrat Rechtspflege gehörten am 31. Dezember 2015 folgende Mitglieder an:

Aus der Gruppe der Professoren, Dozentinnen und Dozenten:

Professor Dr. Kai Schulte-Bunert (Sprecher)

Professor Dr. Matthias Becker

Professor Dr. Frank Els

Professor Dr. Christoph Neukirchen

Oberregierungsrat Robert Ramm

Oberregierungsrätin Elfriede Walter

Aus der Gruppe der Studierenden:

Rechtspflegeranwärterin Ilona Sieben

Rechtspflegeranwärterin Carolin Ferfers

Rechtspflegeranwärter Matthias Werdin

Rechtspflegeranwärterin Lisa Schroers

Vertreter der bei den Ausbildungskörperschaften tätigen Ausbildungsleiter oder Ausbilder:

Justizamtmann Marco Vogt, Amtsgericht Düsseldorf

2.3

Fachbereichsrat Strafvollzug

Dem Fachbereichsrat Strafvollzug gehörten am 31. Dezember 2015 folgende Mitglieder an:

Aus der Gruppe der Professoren, Dozentinnen und Dozenten:

Oberregierungsrat Ulrich Thimm (Sprecher)

Regierungsrätin Almut Lechner-Jonas

Professor Dr. Peter Münster

Regierungsdirektorin Beate Nolte-Gehlen (stellv. Sprecherin)

Professor Dr. Frederik Roentgen

Regierungsoberamtsrat Michael Schäfersküpper

Gruppe der Studierenden:

Regierungsinspektoranwärter Dominik Frank

Regierungsinspektoranwärter Sven Fleischmann

Regierungsinspektoranwärter Johann Keil

Regierungsinspektoranwärter Christian Köppe

3.

Mitglieder der Fachhochschule

3.1

Leitung

Leiter: Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
Dr. Benjamin Limbach

Ständige Vertreterin: Leitende Regierungsdirektorin Ulrike Cürten

3.2

Professoren, Dozentinnen und Dozenten

Die Professoren, Dozentinnen und Dozenten, die der Fachhochschule am 31. Dezember 2015 angehörten, ergeben sich aus der Anlage 1. Die Dozentinnen und Dozenten sind teilweise nur mit einem Teil der vollen Arbeitskraft tätig.

3.3

Personalveränderungen im Bereich der hauptamtlich Lehrenden:

3.3.1

Beförderungen:

Auf einer Planstelle des Oberlandesgerichts Köln wurde Justizinspektorin Jennifer Ulhaas zur Justizoberinspektorin (28. August 2015) befördert. Die Genannte ist Diplom-Rechtspflegerin (FH).

3.3.2

Abordnungen:

Ihre Tätigkeit als hauptamtliche Dozenten bzw. als hauptamtliche Dozentin haben im Rahmen von Abordnungsverhältnissen am 1. August 2015 Vorsitzender Richter am Landgericht Rüdiger Beitzel und Richter am Landgericht Dr. Christian Binder, beide vom Landgericht Köln sowie Regierungsoberinspektorin Sarah Bließen von der Justizvollzugsanstalt Attendorn, am 1. September 2015 Oberamtsrat Guido Schorn und Leitender Regierungsdirektor Rupert Koch, beide vom Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, am 1. Oktober 2015 Oberstaatsanwalt Bernd Schulz vom Jus-

tizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und am 26. November 2015 Professor Dr. Markus Lamberz vom Amtsgericht Köln aufgenommen.

Beendet haben ihre Tätigkeit als hauptamtliche Dozenten am 9. März 2015 Justizamtfrau Christiane Knabenschuh, am 31. Juli 2015 Richter am Amtsgericht Michael Henderson, Justizamtfrau Astrid Kerkmann, Richter am Oberlandesgericht Ralf Kremer, Richter am Amtsgericht Dr. Roland Schlüter und Regierungsoberinspektor Christof Zielezny und am 31. August 2015 Oberregierungsrat Dr. Stefan Cassone.

3.4

Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die hauptberuflichen sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule am 31. Dezember 2015 ergeben sich aus der Anlage 2. Sie sind teilweise nur mit einem Teil der vollen Arbeitszeit tätig.

3.5

Studierende

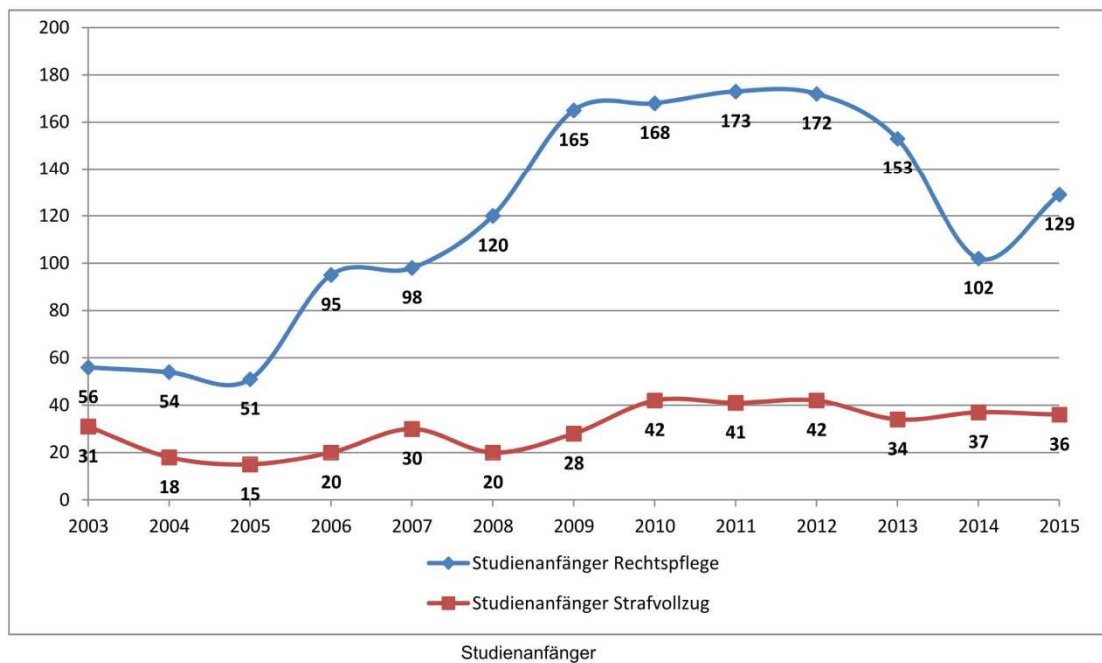
Die Studierendenzahlen in den Fachbereichen Rechtspflege und Strafvollzug stellten sich bezogen auf die jeweiligen fachwissenschaftlichen Studienabschnitte im Jahr 2015 wie folgt dar:

Fachbereich Rechtspflege		Fachbereich Strafvollzug	
Studium I 2014/15	102	Studium I 2014/15	37
Studium II 2015	149	Studium II 2015	34
Studium III 2015	162	Studium III 2015	41
Studium I 2015/16	129	Studium I 2015/16	36

In der Gesamtschau haben sich die Studierenden- und Absolventenzahlen in den Jahren 2003 bis 2015 wie folgt entwickelt:

Entwicklung der Studierendenzahlen:

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Studienanfänger Rechtspflege	56	54	51	95	98	120	165	168	173	172	153	102	129
Studienanfänger Strafvollzug	31	18	15	20	30	20	28	42	41	42	34	37	36



Entwicklung der Zahlen derjenigen, die sich nach dreijährigem Studium der Prüfung gestellt haben:

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Prüflinge Fachbereich Rechtspflege	24 (22)	55 (52)	53 (50)	49 (49)	84 (75)	95 (83)	112 (102)	149 (139)	155 (138)	173 (162)	162 (152)
Prüflinge Fachbereich Strafvollzug	41 (40)	31 (30)	17 (17)	14 (13)	18 (18)	28 (27)	20 (20)	28 (28)	40 (40)	38 (38)	41 (41)

(In Klammern die Zahl derjenigen, die die Prüfung bestanden haben).

4.

Gleichstellungsbeauftragte

Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten an der Fachhochschule wurden im Jahr 2015 von Oberregierungsrätin Wiesel wahrgenommen. Ihre Stellvertreterin ist Justizamtsinspektorin Sigel.

Die Gleichstellungsbeauftragte gehört der Personalkommission des Senats an und wirkt in den Sitzungen des Senats als gewähltes Senatsmitglied mit. Auch hat sie an den Besprechungen nach § 63 LPVG teilgenommen. Im Rahmen der Interessenvertretung der an der Fachhochschule beschäftigten und studierenden Frauen suchte sie zusammen mit ihrer Stellvertreterin das Gespräch mit den weiblichen Bediensteten und den studierenden Frauen. Die Gleichstellungsbeauftragte widmete sich auch der Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer.

Die Themen Frauenförderung und Frauenförderplan an der Fachhochschule wurden durch Besprechungen mit der Leitung der Fachhochschule aktualisiert.

Die Gleichstellungsbeauftragte hat an der Dienstbesprechung der Gleichstellungsbeauftragten der Mittelbehörden teilgenommen.

5.

Personalvertretungen

5.1

Personalrat der Dozentinnen und Dozenten

Der Personalrat setzte sich im Jahr 2015 wie auch im Vorjahr aus Oberregierungsärztin Marlies Rokitta-Liedmann als Vorsitzender, Justizoberamtsrat Manfred Steffen sowie Justizamtman Kai Achenbach zusammen.

Schwerpunkte des Interesses der Personalratsarbeit waren im Berichtszeitraum unter anderem insbesondere die Personalsituation an der Fachhochschule. Hierzu gehörten insbesondere auch die Mitwirkung an Stellenausschreibungen und die Erörterung von Lösungsmöglichkeiten bei der Frage der Befristung von Abordnungsstellen und dem damit zusammenhängenden Personalverlust an der Fachhochschule.

Von Relevanz waren auch Fragen der Beurteilungsprobleme - insbesondere im Zusammenhang mit Praxistätigkeiten – sowie die Umsetzung der neuen Regelungen zum Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst.

Außerdem war weiterhin wie in den Vorjahren auch von besonderem Interesse die Ausgestaltung des Lehrbetriebes vor dem Hintergrund weiterhin bestehender vier verschiedener Standorte. Die Standortproblematik wurde sowohl im Hinblick auf die Raumbelegung als auch auf die Bedingungen an den diversen Standorten erörtert. Es wurden in diesem Zusammenhang auch Probleme der Ausstattung und des Zustandes sowohl der Unterrichtsräume als auch der Unterkünfte angesprochen.

5.2

Personalrat der Fachhochschule

Der Personalrat der Fachhochschule setzte sich wie im Vorjahr aus Justizamtsinspektor Heinz Heck als Vorsitzendem, Justizbeschäftigte Gina Cerniglia und Justizbeschäftigter Rolf-Peter Behrend zusammen.

Neben dem Tagesgeschäft beschäftigte sich der Personalrat - wie bereits in den vergangenen Jahren - intensiv mit der angespannten Personalsituation und den gleichzeitig steigenden Arbeitsanforderungen.

6.

Sozialer Ansprechpartner

Die Aufgaben des Sozialen Ansprechpartners (SAP) wurden im Jahr 2015 wie im Vorjahr von Justizbeschäftigter Angelika Hein wahrgenommen.

Die Arbeit der Sozialen Ansprechpartnerin wurde mehrfach, meistens außerhalb der Dienstzeiten, in Anspruch genommen. Dabei ging es um dienstliche sowie auch private Belange. Ziel der Gespräche sollte sein, gemeinsam mit der Klientin bzw. dem Klienten eine Problemlösung zu erarbeiten. In den meisten Fällen gelang dies, teilweise auch unter Inanspruchnahme der nachstehend genannten sozialen Dienste.

Dem Sozialen Ansprechpartner stehen viele Hilfsstellen, auch außerhalb der Justiz, offen. Dazu gehören u.a. Caritas, Frauenhaus, Weißer Ring, Blaues Kreuz und Arbeiterwohlfahrt. Zu einigen Institutionen unterhält Frau Hein regen Kontakt, um in Notfällen auf diese Dienste zurückgreifen zu können

Die bei der jährlichen Supervision in der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen erörterten und aufgearbeiteten Themen helfen dem Sozialen Ansprechpartner bei der Bewältigung anstehender Problemfälle sehr. Viele Themen und Bereiche werden erörtert, Fallbeispiele bearbeitet und Lösungen erarbeitet. Der Austausch mit anderen Sozialen Ansprechpartnerinnen und -partnern ist wichtig und hilft, Probleme aus einem anderen Blickwinkel zu sehen und zu erkennen.

7.

Studienberatung

Die Studienberatung an der Fachhochschule wurde von Regierungsdirektorin Diplompsychologin Nolte-Gehlen in Form wöchentlicher Sprechstunden durchgeführt. Sie wurde von den Studierenden der Fachbereiche Rechtspflege und Strafvollzug regelmäßig wahrgenommen und fand in Form individuell vereinbarter Sprechstunden statt.

Je nach Frage- oder Problemstellung wurden Einzel- oder Gruppenberatungen durchgeführt. Dabei wurden sowohl studienspezifische Themen behandelt, wie die unzureichend erlebte eigene Leistungsfähigkeit, defizitär erlebte Arbeits- und Lernstrategien, Prüfungsängste etc. als auch persönliche Problemstellungen, wie die Trennung vom Partner, Beziehungsstörungen in der Herkunftsfamilie etc.

Meist erstreckten sich die Beratungsgespräche über mehrere Termine. Insbesondere bei Prüfungs- und Versagensängsten erwiesen sich Entspannungsverfahren als hilfreich.

8.

Pädagogisch-didaktische Angelegenheiten

Die Tätigkeiten des Beauftragten für pädagogisch-didaktische Angelegenheiten gehörten auch im Jahr 2015 zur Zuständigkeit von Diplom-Rechtspfleger Ralf Pannen M.A.

Im Berichtsjahr wurden einige zusätzliche Aufgaben wahrgenommen, so dass sich das Aufgabenspektrum wie folgt darstellte:

- Organisation pädagogisch-didaktischer Schulungen für Lehrkräfte einschließlich Tagungsleitung
- Beratung und Begleitung neuer Lehrkräfte
- Beteiligung an der Arbeitsgruppe „*Modernisierung der Lehrsäle*“
- Beteiligung an der Erarbeitung eines Konzeptes für eine Studienreform und Formulierung eines Entwurfes für einen Studienplan „*Allgemeine Kompetenzen*“ im Fachbereich Rechtspflege
- Aufbereitung aktueller Informationen aus der Hochschul- und Rechtsdidaktik u.a. durch die Herausgabe von zwei Ausgaben des „*Newsletter Lehren und Lernen*“
- Angebot von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften für Studierende zum Thema „*Effektiv Lernen und Lesen – Tipps zu Lerntechniken und zur Texterschließung*“

8.1

Pädagogisch-didaktische Schulungen

Im Jahr 2015 fanden zwei pädagogisch-didaktische Schulungen statt. Die Veranstaltung am 3. September 2015 zum Thema „*Rationelles Lesen, cleveres Lernen: Lese- und Lerntechniken*“ richtete sich an alle Lehrkräfte mit dem Ziel, Anregungen zur eigenen Lern- und Lesetechnik zu erhalten, um diese in der Lehrtätigkeit zu berücksichtigen. Es wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Lernen und Gehirn
- Einsatz von Gedächtnis- und Merkhilfen
- Verbesserung der Konzentration
- Funktionsweise einer effektiven Lesetechnik

- Rationeller Umgang mit Texten
- Lesetests, Lern- und Merkübungen.

Für die am 23. und 24. November 2015 durchgeführte pädagogische Grundschulung (nicht nur) für neue Lehrkräfte konnte mit Herrn Michael Blum vom Institut Transfer GmbH ein ausgewiesener Kenner der Aus- und Fortbildung in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen gewonnen werden.

Im Mittelpunkt der Grundschulung standen die Grundlagen für Planung, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Unterrichts.

Folgende Inhalte wurden thematisiert:

- Lern- und Unterrichtsprinzipien
- Unterrichtsvorbereitung
- Vortragstechnik
- Medieneinsatz
- Unterrichtsaufbau
- Unterrichtsgespräch
- Dozent und Lerngruppe

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten anschließend das Gelernte in der Praxis anwenden und damit ihren „pädagogischen Blick“ schärfen. Im Rahmen einer eintägigen Veranstaltung sollen sie im nächsten Jahr die Gelegenheit erhalten, ihre Erfahrungen und ihr Wissen zu reflektieren und zu vertiefen.

Die in den Vorjahren begonnenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung methodischer Kompetenzen wurden durch Schulungen des IT-Zentrums zum Umgang mit der Lernplattform „ILIAS“ und zu Präsentationstechniken fortgesetzt.

8.2

NEWSLETTER LEHREN UND LERNEN
der Fachhochschule für Rechtspflege NRW
FHR NRW.



Im Jahr 2015 sind die Lehrenden durch zwei Ausgaben des „Newsletter Lehren und Lernen“, sowie durch eine Veröffentlichung im Rechtspflegerstudienheft (vgl. Nr. 15.2.2) über aktuelle pädagogisch-didaktische Themen informiert worden. Die kleine,

aber regelmäßige Dosis Methodik und Didaktik soll helfen, die eigene Lehre zu reflektieren, stetig zu verbessern und damit optimales Lernen der Studierenden zu ermöglichen und zu unterstützen.

Themen des **sechsten Newsletters (Februar 2015)** waren:

- „Hochschuldidaktik und Qualitätsmanagement“ (im Spannungsfeld Konkurrenz – Kooperation),
- „Rechtswissenschaftliche Fachdidaktik“ (im Spannungsfeld Wissenschaftlichkeit – Anwendungsbezogenheit) und
- „Motivation der Studierenden“ (im Spannungsfeld Bildung – Ausbildung).

Die Beiträge sollten auch als Anregung dienen, um über folgende Fragen zur Lehre an der FHR nachzudenken:

- a. Inwieweit sollen Ergebnisse aus dem Qualitätsmanagement, z.B. der Befragung zu den Studienbedingungen, unsere didaktischen Konzepte beeinflussen? Welche Folgen haben unsere Evaluationsergebnisse?
- b. Was sind Ziele der Bildungsgänge, welche konkreten Themen, Inhalte und Methoden sollten zur Erreichung der Bildungsziele Verwendung finden?
- c. Arbeiten wir wissenschaftlich und anwendungsbezogen? Wie definieren wir das?
- d. Wie ist die derzeitige Motivation der Studierenden? Wie können wir Studierende zu einer stärker eigenständigen, wissenschaftlichen Arbeitsweise motivieren?

Im **siebten Newsletter (Oktober 2015)** wurde die pädagogisch-didaktische Fortbildung zum Thema: „*Rationelles Lesen – cleveres Lernen: Lese- und Lerntechniken*“ zum Anlass genommen, um die Perspektive der Lerner stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Inhalte der Fortbildung wurden aufbereitet zur Verfügung gestellt und sollten dazu anregen, sich zunächst mit dem eigenen Lernprozess auseinander zu setzen und dann den Blick auf die Lernprozesse der Studierenden zu richten.

Der 6. und der 7. Newsletter wurden auszugsweise den Studierenden, Anwärtinnen und Anwärtern zur Verfügung gestellt.

9.

Fachbereich Rechtspflege

9.1

Grundlagen des Studienbetriebs

Durch Neufassung der Rechtspflegerausbildungs- und Prüfungsordnung Nordrhein-Westfalen (RpflAO NRW) vom 19. Mai 2003 (GV. NRW S. 293 ff) ist die nordrhein-westfälische Rechtspflegerausbildung nach dem sog. 21/15-Modell (21 Monate fachwissenschaftliche Studienzeiten an der Fachhochschule und 15 Monate fachpraktische Ausbildung bei den nordrhein-westfälischen Gerichten und Staatsanwaltschaften) grundlegend reformiert worden. Die darauf basierende Studienordnung der Fachhochschule mit den zugehörigen Studienplänen in der Fassung 2011 für das Studium I 2014/15, 2015/16, das Studium II 2015 sowie das Studium III 2015 war im Berichtszeitraum Grundlage des Studienbetriebs der fachwissenschaftlichen Studien.

9.2

Studienleistungen

Die mit der Ausbildungsreform 2003 eingeführte Neustrukturierung der Studienleistungen und deren Bewertung – insbesondere die Einführung bewertungsrelevanter Referate und Prüfungsgespräche sowie die Leistungsbewertung mit einer nach Punktwerten abgestuften mathematisierten Benotung – hat sich weiterhin bewährt. Dies gilt auch für die erstmals ab dem Studium II/2005 als neue bewertungsrelevante Studienleistung anzufertigende Hausarbeit. Dabei haben sich im Berichtszeitraum erneut die die Hausarbeiten und Referate begleitenden und unterstützenden Maßnahmen bewährt. Den Studierenden wurde eine auf der ILIAS-Lernplattform eingestellte aktualisierte Fassung des Leitfadens für die Anfertigung der Hausarbeit und des Referats (Stand: März 2015) mit umfassenden formalen und methodischen Arbeitshinweisen zur Verfügung gestellt. Überdies werden den Studierenden spezielle Begleitkurse zum IT- und Medieneinsatz (ITM) durch hauseigene Lehrkräfte in die Internet-/Intranet-Recherche (JURIS, beck-online u.a.) sowie in die Besonderheiten der Textverarbeitung und die Nutzung der ILIAS-Plattform bei der Hausarbeitserstellung angeboten. Ähnlich der Hausarbeit wird auch das bewertungsrelevante Referat

im Verlauf des Studiums u.a. durch IT-Schulungen – Textverarbeitung, Online-Recherche (JURIS, beck-online), Präsentationstechniken (Powerpoint) – vorbereitet. Aus organisatorischen Gründen – insbesondere mit Rücksicht auf die erfreulicherweise insgesamt nach wie vor hohen Studierendenzahlen und die daraus resultierende temporäre Raumnot – fand die Anfertigung der Hausarbeiten – wie schon im Jahre 2014 – erneut auch für das Studium II 2015 zu Beginn des Studiums II statt. Die Studierenden waren hierauf wie schon im Vorjahr am Ende des Studiums I 2013/14 hingewiesen worden. Zugleich hatten die Studierenden schon damals das Lehrfach ihrer Hausarbeit aus den Bereichen Nachlassrecht, Zivilprozess- und Vollstreckungsrecht sowie Handels- und Registerrecht ausgewählt. Als nachteilig erwies sich erneut die mit dieser Vorverlegung zwingend verbundene Einschränkung der Themenbereiche und Leistungsanforderungen, weil Grundlage der Aufgabenstellungen nur der Stoffstand des Studiums I sein konnte und somit sämtliche Lehrfächer des noch ausstehenden Studiums II außer Betracht bleiben mussten. Gleichwohl hatten die Studierenden Gelegenheit, die besonderen Anforderungen dieser Studienleistung in anspruchsvollen Aufgaben aus den angebotenen Lehrfächern zu erfüllen. Während der lehrveranstaltungsfreien Bearbeitungszeit konnten die Studierenden zwar erneut aus Platzgründen nicht in der Fachhochschule übernachten, sie hatten aber Zugang zur Bücherei. Zudem hat sich die Übung bewährt, die Bibliotheken der Gerichte – auch durch eine entsprechende Studien- und Aufgabenbescheinigung der Fachhochschule – um Unterstützung der fachwissenschaftlichen Arbeit der Studierenden zu bitten. Die Gesamtergebnisse der Hausarbeiten und Referate waren – auch im Vergleich mit den Vorjahren – normgerecht.

Die im Rahmen der Änderung der Studienordnung erstmals für das Studium I 2007/08 eingeführte Anpassung der Struktur und Bewertung der Studienleistungen des ersten Studienabschnitts hat sich weiterhin bewährt. Das gilt sowohl für die veränderte Gewichtung der einzelnen Studienleistungen mit gewachsener Bedeutung der Klausurergebnisse als auch für die Wiedereinführung eines „Blockversagens“ bei den Aufsichtsarbeiten des Studiums I. Dadurch ergibt sich ein ausgewogeneres Gesamtleistungsbild des ersten Studienabschnitts, das zugleich eine aussagefähige Grundlage für eine Erfolgsprognose und notfalls für eine frühzeitige Entscheidung zur Beendigung des Studiums bzw. einen Studienwechsel darstellt.

9.3

Übungen, Wahlkurse und Wahlpflichtkurse

Auch im Jahr 2015 konnte den Studierenden aller Studien ein umfassendes Wahllehrveranstaltungsprogramm sowie Übungen zu Themen aus allen Stoffgebieten angeboten werden.

I. Wahl(pflicht)kurse Studium II 2015:

Die seit dem Studium II/2005 im zweiten fachwissenschaftlichen Studienabschnitt durchgeführten **10-stündigen Wahlpflichtkurse** mit einem abschließenden, von der jeweiligen Fachlehrkraft durchgeführten **Prüfungsgespräch** als bewertungsrelevante Studienleistung haben sich erneut bewährt. Darüber hinaus konnten die Studierenden auch erneut überschneidungsfrei an bis zu zwei weiteren nicht bewertungsrelevanten Wahlkursen teilnehmen. Die Ergebnisse der Prüfungsgespräche waren normgerecht. Es hat sich einmal mehr bestätigt, dass die Verknüpfung der Wahlpflichtkurse mit einem abschließenden Prüfungsgespräch nicht nur die engagierte Kursteilnahme fördert, sondern von den Studierenden auch als Gelegenheit zur Leistungskontrolle in einer dem späteren mündlichen Examen vergleichbaren Prüfungssituation empfunden wird.

Das Kursangebot erstreckte sich erneut auf alle Lehrfächer mit fachübergreifenden Bezügen und wurde von den Studierenden gut angenommen – auch als Gelegenheit zur Vertiefung und Wiederholung examensrelevanten Lehrstoffs. Es sind Kurse – teilweise auch mehrfach – mit folgenden Themen angeboten worden:

- „Quer Beet durch das Strafvollstreckungsrecht“
- Vormerkung und Grundbuchwiderspruch unter Berücksichtigung prozessualer Aspekte im Eilrechtsschutz
- Abteilung III aus grundbuch- und zwangsversteigerungsrechtlicher Sicht
- Vorratspfändung im Insolvenzverfahren und weitere Klausurschwerpunkte des Insolvenz- und Vollstreckungsrechts
- Die registerrechtliche Erfassung von juristischen Personen
- Das Insolvenzverfahren aus der Sicht des Grundbuchrechtspflegers mit weiteren GB-Themen nach Wahl

- Ausgewählte Einzelfragen des Insolvenzrechts:
 - o Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Vollstreckung von Geldstrafen
 - o Probleme i.R.d. Massegenerierung, z.B. Gefangenenbezüge im Insolvenzverfahren, laufendes Einkommen im Insolvenzverfahren, Kapitallebensversicherung und Altersvorsorge in der Insolvenz ...
- Die Teilungsversteigerung – Besprechung anhand eines Klausurfalles
- Prüfungsrelevante Themen aus dem materiellen Strafrecht und Revisionsgründe
- Die Zwangsversteigerung mehrerer Grundstücke bzw. Miteigentumsanteile
- Die GmbH – Rechtsnatur und registerrechtliche Betrachtungen
- Straftaten im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs: Vollstreckung des Fahrverbots und Entziehung der Fahrerlaubnis
- Rund um die Maßregeln der Besserung und Sicherung
- Einstweiliger Rechtsschutz – Arrest und einstweilige Verfügung
- Gerichtliche Genehmigungen im Grundbuchverfahren
- Grundlagen der Kostenfestsetzung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Streitgenossenschaft
- Einzelfragen im familiengerichtlichen Verfahren unter Einbeziehung der Verfahrenskostenhilfe und der Streitgenossenschaft
- Betreuung und Auslandsbezug
- Registerrechtliche Behandlung von Personengesellschaften
- Gewillkürte Erbfolge, insbesondere gemeinschaftliches Testament, der Erbvertrag und die Anfechtung von Verfügungen von Todes wegen
- Grundbuch und Vollstreckung

II. Wahlkurse Studium III 2015:

Im Studium III 2015 sind Wahlkurse mit den folgenden Themen angeboten worden, wobei die Kurse auch teilweise mehrfach abgehalten wurden:

- FamFG: Allgemeiner Teil und Verfahren in Familiensachen
- Grundlagen zur Bearbeitung von Fragestellungen aus den Bereichen Straf- und Strafprozessrecht sowie Strafvollstreckungsrecht
- Geldstrafenvollstreckung

- Problemstellungen bei Anmeldungen zum Handelsregister anhand von Beispielfällen
- Löschung- und Rückgewähransprüche im Verteilungsverfahren
- Das Insolvenzverfahren aus der Sicht des Grundbuchrechtspflegers
- Nachlassrecht: Wiederholung und Vertiefung nach den Themenwünschen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (ohne Internationales Privatrecht), Besprechung (mindestens) eines Übungsfalls sowie das FamFG in Bezug auf Nachlasssachen
- Rund um die Gesamtstrafe
- Kostenfestsetzung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Prozesskostenhilfe
- Wiederholung nach Teilnehmerwünschen sowie die Zuschlagsentscheidung im Zwangsversteigerungsverfahren
- Gerichtliche Genehmigungen im Grundbuchverfahren
- Bürgerliches Recht:
 - o Vertretung Minderjähriger im nachlassrechtlichen Verfahren (Erbscheinerteilung)
 - o Genehmigungsfälle im nachlassrechtlichen Verfahren (Erbauseinandersetzung)
 - o Vertretungs- und Genehmigungsprobleme bei der Vormundschaft
- Grundstücksgeschäfte unter Beteiligung Minderjähriger und Betreuer
- Materielle Einwendungen in der Zwangsvollstreckung
- Das Kostenfestsetzungsverfahren auch unter Berücksichtigung von Streitgenossenschaft
- Leistungsstörungenrecht
- Verfügungs- und Vollstreckungsverbote im Insolvenzrecht
- Ausgewählte Probleme aus dem Straf- und Strafprozessrecht.

9.4

Alternative Lehrveranstaltungen

Im Rahmen zusätzlich zu den Nettostundenansätzen der Studienpläne zur Verfügung stehender Zeitkontingente wurden auch im Berichtszeitraum in allen Lehrbereichen alternative Lehrveranstaltungen durchgeführt. Einige in den vergangenen Jah-

ren durchgeführte alternative Lehrveranstaltungen im fachwissenschaftlichen Studium I sind allerdings aufgrund der Durchführung der Praxiswoche (s. 9.5) im Rahmen des fachwissenschaftlichen Studiums I entfallen. Folgende alternativen Lehrveranstaltungen wurden durchgeführt:

- Besuch eines Versteigerungstermins beim AG Euskirchen
- Aula-Vortrag eines Mitarbeiters des Kreises Euskirchen, Abteilung Jugend und Familie, über die „Tätigkeit des Jugendamts und die Schnittstellen zur gerichtlichen Tätigkeit“
- Aula-Vortrag einer Rechtsanwältin zum Thema: „Berührungspunkte der Tätigkeit der Rechtsanwältin mit der Rechtspflegerin bzw. dem Rechtspfleger des Familiengerichts“
- Aula-Vortrag eines Notars zum Thema: „Nachlassrecht aus der Sicht eines Notars“
- Seminaristische Gruppenarbeit (u.a. Besprechung neuer Rechtsprechung, Fallbearbeitung)
- Internetrecherche
- Einführung in Juris
- Rollenspiel – Simulation einer Vereinsgründung
- Vorstellung des Online-Mahnverfahrens

Zu den alternativen Lehrveranstaltungen fand in der Regel unter der Leitung der Betreuungslehrkräfte jeweils eine Vor- und Nachbereitung mit den Studierenden statt. Die alternativen Lehrformen trafen bei den Studierenden erneut auf eine insgesamt positive Resonanz und wurden als förderliche Ergänzung des Lehrbetriebs empfunden.

9.5

Praxiswoche

Zum vierten Mal wurde im fachwissenschaftlichen Studium I (in der 48. Kalenderwoche) eine Praxiswoche durchgeführt. Im Rahmen dieser Woche sollen die Studierenden schon während des fachwissenschaftlichen Studiums I mit der Praxis an den Gerichten in Kontakt kommen. Damit werden die Gerichtshospitationen bzw. Ex-

kursionen zu den Gerichten, welche bislang als alternative Lehrformen verteilt über das elfmonatige fachwissenschaftliche Studium I durchgeführt wurden, in der Praxis für eine Woche konzentriert. Die Studierenden sollen in dieser Woche mit den Arbeitsabläufen sowie Aufgaben und Funktionen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte vertraut gemacht werden. So sollen sie z.B. den Postein-/ausgang bei der Wachtmeisterei sowie den Postumlauf innerhalb des Gerichts kennenlernen. Ferner sollten beispielsweise Bezüge zum Kostenrecht vermittelt werden. Insgesamt geht es aber nicht um die Thematisierung theoretischer Grundlagen sondern um die praktischen Gegebenheiten wie Aktenanlegung inklusive Bedeutung der Aktenzeichen, Akteninhalte mit entsprechenden Antragsschriften, Verfügungen und Entscheidungen, Verwahrung von Verfügungen von Todes wegen, Hinterlegung von Wertgegenständen, Einsicht in Grundbücher und Handelsregister u.s.w. Es sollen alle beteiligten Professionen der Gerichte in den Blick genommen werden und somit Geschäftsstellen-, Gerichtsvollzieher-, Rechtspfleger- und Richtertätigkeit, wenngleich der Schwerpunkt natürlich auf dem Bezug zum Rechtspflegerdezernat liegt. Dabei wurden die Studierenden im Rahmen ihrer OLG-Bezirke auf die Amtsgerichte verteilt und in Kleingruppen betreut. An einem Tag fanden die Hospitationen bei den Oberlandesgerichten Düsseldorf, Hamm und Köln statt.

Die Durchführung der Praxiswoche ist bei den Studierenden auf eine sehr positive Resonanz getroffen und soll auch im nächsten Jahr wieder stattfinden.

9.6

Seminare

In allen Studiengruppen des fachwissenschaftlichen Studiums II/2015 sind als Wahlpflichtveranstaltungen Wochenseminare in folgenden Gebieten mit den angegebenen Themenschwerpunkten durchgeführt worden:

I. Handelsrecht

- Überblick über die Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz
- Darstellung der unechten Gesamtvertretung und unechten Gesamtprokura mit Eintragungsbeispielen und Auseinandersetzung mit Rechtsprechung und Literatur

- Möglichkeiten der rechtsgeschäftlichen Vertretung bei der Handelsregisteranmeldung sowie Zulässigkeit der Anmeldung zum Handelsregister durch den Prokuristen
- Haftungsausschluss gem. § 25 Abs. 2 HGB

II. Strafrecht

- „Massenprügelei-Fall“ (vgl. BGH 1 StR 585/12)
- „Hells-Angels-Fall“ (vgl. BGH 2 StR 375/11)
- „Der Labello-Fall“ (vgl. BGH 4 StR 147/ 96)
- „Der Fall Jakob von Metzler“ (vgl. BGH 2 StR 35/04)

III. Familienrecht

- Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Vorsorgevollmacht und Kontrollbetreuung
- Die Leihmutterschaft
- Die gleichgeschlechtliche Partnerschaft – damals und heute

IV. Nachlassrecht

- Bestattungsvorsorge, Totenfürsorgerecht, Bestattungskosten
- Pflichtteilsrecht
- Nachlasssicherung – Nachlasspflegschaft - Nachlassverwaltung

V. Zivilprozessrecht

- Der notwendige Unterhalt des Vollstreckungsschuldners im Sinne der §§ 850 d, 850 f ZPO
- Möglichkeiten des Vermieters, sogenannte „Mietnomaden“ aus der Wohnung zu vertreiben (vorgerichtlich, gerichtlich und im Rahmen der Zwangsvollstreckung)
- Der Vollstreckungsschutz gemäß § 765 a ZPO (Grundlagen und Beispiele)
- Der europäische Vollstreckungstitel nach der Verordnung (EG) Nr. 805/2004 vom 21. April 2004, Schönfelder Nr. 103 f.

VI. Grundbuchrecht

- Vor- und Nacherbschaft im Grundbuchverfahren
- Die Bedeutung der Testamentsvollstreckung im Grundbuchverfahren
- Der Nachweis der Erbfolge im Grundbuchverfahren

VII. Kostenrecht

- Die Einigungsgebühr in Zivilsachen
- Beiordnung eines Termins- bzw. Verkehrsanwalts, § 121 IV ZPO
Auswirkungen auf die Festsetzung der PKH – Vergütung, insbesondere unter Berücksichtigung von § 46 Abs. 1 RVG
- Tätigkeiten des Rechtspflegers nach § 120a ZPO
- Tätigkeiten des Rechtspflegers nach § 124 Nr. 2 bis 5 ZPO

Die Seminare gaben den Studierenden Gelegenheit, sich mit einzelnen Themen anhand von Literatur und Rechtsprechung in Arbeitsgruppen eingehend auseinanderzusetzen sowie im Plenum zu referieren und zu diskutieren.

9.7

Informationstechnik

Die Studierenden verfügen inzwischen durchweg über solide Grundkenntnisse in der Informationstechnik. Dieses Basiswissen wird in verschiedenartigen Lehrveranstaltungen ausgebaut und vertieft. In diesen IT-Lehrveranstaltungen werden die Studierenden an die unterschiedlichen Berührungspunkte der Informationstechnik mit der PC-Anwendungspraxis, dem Lehrbetrieb und den Lehrinhalten sowie den Fachanwendungsprogrammen der Justizpraxis herangeführt.

Wegen der weiteren Einzelheiten hierzu wird auf den Berichtsbeitrag des Zentrums für Informationstechnik (Kapitel 14) verwiesen.

9.8

Lehrmaterial

Die Fachhochschule bietet den Studierenden seit Jahren nach Möglichkeit eine auf die Ausbildung und die fachpraktischen Aufgaben der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zugeschnittene Literatur durch eigene Veröffentlichungen der Lehr-

kräfte an. Diese nahezu alle Lehrbereiche abdeckenden Veröffentlichungen werden zum Teil auf der Homepage der Fachhochschule präsentiert als

- Allgemeine Beiträge zu grundsätzlichen Status- und Entwicklungsfragen
- Aktuelle und archivierte Fachbeiträge mit Skripten, Aufsätzen, Rezensionen u.a.
- Neue Medien Reihe u. a. mit E-Learning-Programmen der Fachhochschule, DVD-Fallstudien aus der Rechtsantragsstelle, aktualisierte RASYS-Formularsammlung
- Im Jahre 1991 begonnene Schriftenreihe.

Diese Veröffentlichungen sind den Studierenden entweder unmittelbar als Download zugänglich oder sie werden ihnen als Skriptum oder Lehrbuch in Form eines Kopier-exemplars für die jeweilige Studiengruppe zur Verfügung gestellt bzw. können käuf-lich erworben werden.

Darüber hinaus erhalten die Studierenden nach wie vor studienbegleitende Materia-lien, Übersichten, Aufbauschemata, Fallsammlungen und Muster-Übungsklausuren, die sie ggf. auch über die ILIAS-Lernplattform abrufen können.

Über einen ständigen Intranet-/Internet-Zugang können die Studierenden jederzeit die Möglichkeiten der juristischen Online-Recherche nutzen.

Wegen der Veröffentlichungen (Internet/Intranet und Printmedien) und der Schriften-reihe wird verwiesen auf das Kapitel 15.2 und die Anlagen 5 und 6.

9.9

Evaluation

Nach einem festgelegten Zeitplan wurden alle Lehrfächer studienbegleitend im Wege einer Datenerhebung und Datenauswertung über EvaSys mittels eines Papierfra-gebogens evaluiert. Die Evaluation findet bereits während der laufenden Lehrveran-staltungen statt, um den jeweiligen Lehrkräften Gelegenheit zur kurzfristigen Umset-zung der Befragungsergebnisse zu geben. Nur die jeweils betroffene Lehrkraft erhält Kenntnis vom Ergebnis der Evaluation.

9.10

Abstimmung fachwissenschaftlicher und fachpraktischer Studienzeiten

Die Fachleiterinnen und Fachleiter des Fachbereichs Rechtspflege stehen im ständigen Kontakt und Erfahrungsaustausch mit der Ausbildungspraxis und den in den begleitenden Lehrveranstaltungen zur Praxisausbildung eingesetzten Lehrkräften. Mit diesen findet eine regelmäßige Rücksprache zur Abklärung des Abstimmungsbedarfs sowie ggf. zur Abgleichung und Anpassung der Lehrinhalte statt.

9.11

Fachausschuss Rechtspflegerausbildung

Im Jahresrhythmus und am jährlich wechselnden Ort einer Fachhochschule findet eine Sitzung von Vertreterinnen und Vertretern der Fachbereiche Rechtspflege aller deutschen Fachhochschulen für (Verwaltung und) Rechtspflege statt (Fachausschuss Rechtspflegerausbildung). Gastgeber der Tagung vom 11. bis 13. Mai 2015 war das Justiz-Bildungszentrum in Schwechat. Als Vertreter der Fachhochschule hat der Sprecher des Fachbereichs Rechtspflege Prof. Dr. Schulte-Bunert an der Tagung teilgenommen.

Tagungsordnungspunkte waren:

1. Rechtspflegerausbildung in Österreich und Deutschland einschließlich aktueller Entwicklungen in den Fachhochschulen/Fachbereichen/im Justiz-Bildungszentrum
2. Erfahrungen mit der Akkreditierung von Studiengängen
3. Theorie- und Praxisanteile im Rechtspflegerstudium - Dauer, Verteilung und Zuständigkeiten
4. Lehrdeputate der hautamtlich Dozierenden
5. Auswahl der Studierenden und Einstellungspraxis in Österreich und Deutschland (in den einzelnen Bundesländern)
6. Entwicklungen bei der Leistungsfähigkeit der Studierenden und deren Anspruchsdenken; Quote der Studienabbrecher
7. Auslandskontakte der Fachhochschulen/Fachbereiche/des Justiz-Bildungszentrums

8. Resümee über den diesjährigen Erfahrungsaustausch der Fachdozierenden in
Hildesheim und Fortsetzung dieses Austausches
9. Übernahmechancen der Absolventen
10. E-Learning an den Fachhochschulen/Fachbereichen/im Justiz-
Bildungszentrum
11. Evaluierung der Lehre
12. Fortbildungsangebote der Fachhochschulen/Fachbereiche/im Justiz-
Bildungszentrum
13. Forschungsvorhaben an den Fachhochschulen/Fachbereichen/im Justiz-
Bildungszentrum
14. Verschiedenes.

10.

Fachbereich Strafvollzug

10.1

Grundlagen des Studienbetriebs

Der Studienbetrieb im Jahr 2015 wurde in den fachwissenschaftlichen Studien I 2014/2015, I 2015/2016, II 2015 und III 2015 auf Grundlage der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen (VAPgVVD NRW) vom 19.04.2004 (GV.NRW.S.744), zuletzt geändert am 20. Juli 2013 (GV.NRW.S.450), sowie auf Basis der Studienordnung und den Studienplänen für den Studiengang Strafvollzug organisiert und durchgeführt.

10.2

Wahlpflichtveranstaltungen

Für interessierte Studierende des Studiums I ist im Rahmen einer Wahllehrveranstaltung zum Thema *„Teilnehmende Beobachtung und Befragung des Miteinanderlebens und Miteinanderarbeitens der Bediensteten mit den Gefangenen im Zwangskontext einer Justizvollzugsanstalt“* erneut ein Besuch einer Justizvollzugsanstalt organisiert worden. Dieses Mal wurde im März 2015 die Justizvollzugsanstalt Diez besucht. Die Studierenden wurden auf die Thematik des Besuchs im Rahmen einer Lehrveranstaltung theoretisch vorbereitet. Dabei hatten sie sich mit der Justizvollzugsanstalt als totale Institution, Reaktanz als Reaktion auf den Freiheitsentzug sowie mit der Arbeit im Zwangskontext befasst. So vorbereitet, wurden sie am Tag des Besuchs in Gruppen aufgeteilt und den verschiedenen Vollzugsbereichen zugewiesen. In diesen Gruppen hatten sie dann vor Ort die Gelegenheit, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der verschiedenen Dienste sowie untereinander zu diskutieren. Die nach der Veranstaltung gestaltete gemeinsame Reflexion des Erlebten ermöglichte den Studierenden, neue Denkanstöße in Bezug auf ihre künftige Tätigkeit im Zwangskontext des Strafvollzuges zu finden.

Als weitere Wahlpflichtveranstaltung ist den Studierenden auch in 2015 die Möglichkeit geboten worden, im Rahmen der Bearbeitung einer Excel-basierten Fallstudie

zur Kostenrechnung die Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Produktpreiskalkulation in Verbindung mit der Aneignung von grundlegenden IT-Kenntnissen von MS-Excel® anwendungsorientiert zu vertiefen.

10.3

Übungen

Wie in den Vorjahren wurden auch 2015 von den Lehrkräften Übungen zur Wiederholung und Vertiefung des Lehrstoffes sowie Gruppen- und Einzelgespräche zu unterschiedlichen Themen angeboten.

10.4

Praxisbegleitende Lehrveranstaltungen

Im Jahr 2015 sind in zeitlichem und sachlich-thematischem Zusammenhang zu den Inhalten der praktischen Ausbildungsabschnitte praxisbegleitende Lehrveranstaltungen durchgeführt worden. Hierfür konnten bezüglich aller Fachgebiete auch Referentinnen und Referenten aus der Praxis, in der Regel aus den großen Ausbildungsanstalten, aber auch aus anderen Landesbehörden, gewonnen werden. Die Zusammenarbeit der Lehrkräfte der Fachhochschule mit den externen Fachkräften sowie die in diesem Zusammenhang praktizierte inhaltliche Abstimmung haben sich erneut gut bewährt.

In der fachpraktischen Ausbildung I zwischen den fachwissenschaftlichen Studiengängen I und II haben 120 Lehrveranstaltungen (einschließlich vier zweistündiger Leistungskontrollen) in fünf Wochenblöcken zu folgenden Themenschwerpunkten stattgefunden:

- Sicherheit
- Vollstreckungsangelegenheiten, Datenverarbeitung / Datenschutz
- EPOS.NRW, Produktionssteuerung, Preisbildung
- Investitionshaushalt und Baumaßnahmen / Sozialversicherungsrecht / Unfallschutz
- Korruptionsprävention / Kassenaufsicht / Umweltschutz in Betrieben

Die Begleitveranstaltungen zur fachpraktischen Ausbildung II zwischen den fachwissenschaftlichen Studiengängen II und III haben ebenfalls fünf Wochenblöcke mit ins-

gesamt 120 Lehrveranstaltungsstunden (einschl. vier zweistündiger Leistungskontrollen) umfasst. Es sind die folgenden Themen behandelt worden:

- Führungskommunikation / Organisation einer Vollzugsabteilung
- Vollzugslockerungen / Beschwerden und Anträge
- Vollzugs- und Behandlungsmaßnahmen / Eignungsprognose und Krisenintervention / Medizinische Behandlung der Gefangenen
- Personalhaushalt und Gesundheitsmanagement
- Dienstliche Beurteilungen / Stellenbeschreibung und –bewertung / Disziplinarangelegenheiten

10.5

Studienbegleitende Lehrveranstaltungen

Zum Thema „Suizid und Suizidprophylaxe“ haben am 24. Februar 2015 Regierungsamtsrat Andreas Krumsiek und Herr Dr. Lach vom JVK Fröndenberg einen Vortrag gehalten.

Am Donnerstag, dem 9. April 2015, hat Herr Dr. Mario Bachmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Kriminologie an der Universität zu Köln, einen Vortrag zum Thema „Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Strafvollzug“ gehalten.

Am Dienstag, dem 21. Juli 2015, haben die Islamwissenschaftler Herr Volker Trusheim und Referenten im Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, Vorträge zum Thema „Extremistischer Salafismus und islamistisch-motivierter Terrorismus“ und „Konzepte und Angebote zur Prävention“ gehalten.

Am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, hat Herr Andreas Brings zusammen mit seiner Ehefrau Regina Hiertz einen Vortrag zu den Themen „Jugend im Nationalsozialismus“ und „Rechtsextremismus heute“ gehalten.

10.6

Informationstechnik

Die Studierenden verfügen inzwischen durchweg über solide Grundkenntnisse, teilweise sogar über gute bis ausgezeichnete Kenntnisse der Standard-Office-Software. Es bestand im Berichtszeitraum Gelegenheit, dieses Wissen zu vertiefen und Kenntnisse in den einschlägigen Fachanwendungen zu erlangen bzw. zu erweitern.

10.7

Evaluation

Die Lehrveranstaltungen im Fachbereich Strafvollzug werden seit In-Kraft-Treten der Evaluationsordnung in einem festgelegten Zeitplan studienbegleitend unter Einsatz des Evaluationsprogramms EvaSys evaluiert.

Den Studierenden wurden auch im Berichtszeitraum Fragebögen in Papierform ausgehändigt, die sie ausfüllten. Die Auswertung der Fragebögen erfolgte elektronisch. Die Ergebnisse wurden (ausschließlich) der jeweils betroffenen Lehrkraft zugeleitet. Die Evaluation fand etwa nach Ablauf der Hälfte der Laufzeit des Lehrfaches statt, um den Lehrkräften Gelegenheit zu geben, die Ergebnisse der Evaluation ggf. kurzfristig in den noch verbleibenden Lehrveranstaltungen umzusetzen.

Unabhängig davon haben offene Evaluationsgespräche zwischen den für die Evaluation im Fachbereich zuständigen Lehrenden und den Studierenden zu verschiedenen Aspekten stattgefunden. Die Erkenntnisse aus der studentischen Lehrveranstaltungskritik sowie aus den Evaluationsgesprächen sind in die regelmäßig stattfindenden Beratungen des Fachbereichs eingeflossen.

10.8

Sonstiges

Am 12. Januar 2015 besuchte Ministerialdirigent Herbert Schenkelberg, Abteilungsleiter der Strafvollzugsabteilung im nordrhein-westfälischen Justizministerium, den Fachbereich Strafvollzug. Er nahm an Lehrveranstaltungen des Studium I 2014/15 und des Studium II 2015 teil. In einer anschließenden Besprechung mit Herrn MD Schenkelberg, der Hochschulleitung, den Professoren und den Dozentinnen und Do-

zenten des Fachbereichs wurden die aktuellen Fragen des Fachbereichs erörtert, insbesondere die Möglichkeiten einer Studienreform.

Am 9. März 2015 fand eine von Regierungsamtsrätin Janine Keller, Vorsitzende der Landesvereinigung des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes im nordrhein-westfälischen Justizvollzug e.V. und Justizvollzugsobersinspektor Peter Brock, dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Vollzug im Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, durchgeführte Informationsveranstaltung für die Studierenden des Studium I und Studium II des Fachbereichs Strafvollzug statt.

10.9

Das Forschungsprojekt PSM

Die Expertengruppe „Evaluation und Qualität der Hochschulen für den Öffentlichen Dienst“ untersuchte erstmalig 2012 die Frage, ob eine „Public Service Motivation - PSM“, eine spezielle Motivationsstruktur für eine Beschäftigung im nicht gewinnorientierten Bereich, bei Studierenden an Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst beim Studieneinstieg nachweisbar ist und in welchem Ausmaß sie vorhanden ist.

Hierzu wurde eine Totalerhebung in beiden Studiengängen der Fachhochschule für Rechtspflege am Anfang des ersten Semester/Studienabschnittes (September/Oktober 2012) angestrebt. Um eine Veränderungsmessung der erhobenen PSM Werte im Sinne einer follow-up Studie zu ermöglichen, wurden zudem drei Messzeitpunkte geplant:

1. Studienbeginn 2012,
2. Studienende Sommer 2015 am Ende des Studiums und
3. nach drei Jahren Berufspraxis 2018.

Mittels dieses revidierten Fragebogens wurden im Herbst 2012 erstmalig die Studierenden des ersten Studienabschnittes befragt. Im Juni 2015 wurden dieselben Studierenden nun am Ende ihres Studiums erneut mit dem bereits 2012 verwandten Fragebogen befragt.

Erfasst wurden bei beiden Befragungen ausschließlich Selbstauskünfte der Studierenden im Rahmen einer standardisierten Befragung.

Folgende Fachhochschulen sind dem Forschungsprojekt PSM beteiligt:

1. Hochschule für öffentliche Verwaltung Bremen/Hochschule Bremen
Studierende im Studiengang Polizeivollzugsdienst
Studierende im Studiengang „Public Administration“
2. Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung
Studierende im Fachbereich Verwaltung
3. Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
Studierende im Studiengang Rechtspflege/Strafvollzug (Justiz)
4. Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Schleswig-Holstein
Studierende in den Fachbereichen Allgemeine Verwaltung, Polizei, Rentenversicherung und Steuerverwaltung

Die Ergebnisse der zweiten Befragung liegen nunmehr vor und werden Anfang 2016 zu einem weiteren Forschungsbericht zusammengefasst und genauso wie die Ergebnisse der ersten Befragung veröffentlicht werden (dazu: NOLTE-GEHLEN, Beate / Burkhardt KREMS /Silke LAUTENBACH/ Jürgen ROHDENBURG/ Gabriele SCHAA, Public Service Motivation von Studierenden an Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst, Deutsche Verwaltungspraxis, 4/2014, 138 bis 146).

11.

Amtsanwaltsausbildung

11.1

Grundlagen des Studienbetriebs

Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, die Freie Hansestadt Bremen, die Freie und Hansestadt Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben durch Staatsvertrag einen gemeinsamen Studiengang für den Amtsanwaltsdienst eingerichtet und für die Abnahme der Amtsanwaltsprüfung in Nordrhein-Westfalen ein Gemeinsames Prüfungsamt errichtet. Das Land Nordrhein-Westfalen führt seit jeher den gemeinsamen Studiengang durch.

Grundlagen der Amtsanwaltsausbildung sind die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen sowie ein Lehrplan, der mit allen an der Ausbildung beteiligten Bundesländern abgestimmt ist. Hiernach beginnt das fachwissenschaftliche Studium I am 1. Januar und endet am 30. April eines jeden Jahres. Das Studium II beginnt am 1. Februar des Folgejahres und mündet Ende März desselben Jahres in den schriftlichen Teil des Examens, der aus vier Aufsichtsarbeiten besteht.

Das fachwissenschaftliche Studium I ist im Jahr 2015 von 34 Studierenden aufgenommen worden. Das Studium II haben im Jahr 2015 insgesamt 45 Studierende absolviert.

11.2

Lehrplan

Der Lehrplan sieht im Studium I 183 Lehrveranstaltungsstunden im materiellen Strafrecht, 84 Lehrveranstaltungsstunden im Straßenverkehrsrecht und 123 Lehrveranstaltungsstunden im Strafprozessrecht vor. Die Studierenden haben in ihrem ersten Ausbildungsabschnitt fünf Aufsichtsarbeiten zu schreiben. Im Studium II werden – vor allem zur Wiederholung und Vertiefung – noch einmal 70 Lehrveranstaltungsstunden im materiellen Strafrecht, 40 Lehrveranstaltungsstunden im Straßenverkehrsrecht

und ebenfalls 40 Lehrveranstaltungsstunden im Strafprozessrecht erteilt. In diesem Studienabschnitt müssen die Studierenden drei Aufsichtsarbeiten schreiben.

11.3

Studienbegleitende Veranstaltungen

Das fachwissenschaftliche Studium I wurde im Jahr 2015 ergänzt durch folgende studienbegleitende Veranstaltungen:

- 6 Stunden Vernehmungslehre (Regierungsdirektorin Nolte-Gehlen)
- Vortrag „Alkohol im Straßenverkehr aus der Sicht des Gerichtsmediziners“ (Referent Dr. med. Gabriel, Institut für Rechtsmedizin der Universität Düsseldorf)
- Teilnahme an einer Strafrichtersitzung bei einem Amtsgericht
- Vorbereitungskurs „Aktenvorträge“
- Besuch der DEKRA Bonn
- Vortrag „Waffenrecht“ (Justizoberamtsrat Coenen)
- Vortrag „Besonderheiten des JGG“ (Richter am Amtsgericht Schwanewilm)

11.4

Lehrmaterial

Die Aushändigung von Skripten und Lehrmaterial erfolgt durch die einzelnen Lehrkräfte selbst. Die Aktualisierung der Skripte trägt Gesetzesnovellierungen, neuen Gerichtsentscheidungen oder neuen didaktischen Erkenntnissen Rechnung.

11.5

Erfahrungen und Prüfungsergebnisse

Die Erfahrungen mit dem seit 2007 geltenden Ausbildungsrecht sind weiterhin positiv; die Ausbildungsstruktur ist angemessen, die Lehrinhalte sind ausgewogen. Die Studierenden waren wie in den Vorjahren hoch motiviert und leistungsstark, was sich nicht zuletzt in den Prüfungsergebnissen widerspiegelt: Alle Studierende haben das Amtsanwaltsexamen 2015 bestanden, davon über die Hälfte mit einer Prädikatsnote.

12.

Prüfungsergebnisse, Diplomierungsfeier

12.1

Prüfungsergebnisse

Im Jahr 2015 haben im Fachbereich Rechtspflege 152 von 162 Studierenden, im Fachbereich Strafvollzug alle 41 Studierenden und in der Amtsanwaltsausbildung alle 45 Amtsanwaltsanwärterinnen und –anwärter das Examen bestanden. Im Einzelnen stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar:

Rechtspflegerexamen 2015		
	Personen	Prozent
sehr gut	2	1,23 %
gut	16	9,88 %
vollbefriedigend	40	24,69 %
befriedigend	61	37,65 %
ausreichend	33	20,37 %
nicht bestanden	10	6,17 %
Gesamt	162	100,00 %

Strafvollzugsexamen 2015				
	aus Nordrhein-Westfalen		aus anderen Bundesländern	
	Personen	Prozent	Personen	Prozent
sehr gut	0	0,00 %	0	0,00 %
gut	2	13,79 %	2	16,67 %
vollbefriedigend	11	37,93 %	0	0,00 %
befriedigend	12	41,38 %	10	83,33 %
ausreichend	2	6,90 %	0	0,00 %
nicht bestanden	0	0,00 %	0	0,00 %
Gesamt	29	100,00 %	12	100,00 %

Amtsanwaltsexamen 2015				
Note	Personen	Prozent	davon aus NRW	Prozent
sehr gut	0	0,00 %	0	0,00 %
gut	6	13,33 %	3	12,50 %
vollbefriedigend	23	51,11 %	13	54,17 %
befriedigend	13	28,89 %	8	33,33 %
ausreichend	3	6,67 %	0	0,00 %
nicht bestanden	0	0,00 %	0	0,00 %
Gesamtergebnis	45	100,00%	24	100,00 %

12.2

Diplomierungsfeier



Den Absolventinnen und Absolventen der Studiengänge Rechtspflege und Strafvollzug, die im Jahr 2015 die Laufbahnprüfung erfolgreich abgelegt hatten, wurden am 26. November 2015 im Rahmen einer Feierstunde in der Heinz-Gerlach-Halle in Bad Münstereifel ihre Diplomurkunden ausgehändigt.

Programm

Diplomierungsveranstaltung
der Fachhochschule für Rechtspflege
Nordrhein-Westfalen
26. November 2015

Eröffnung

„The world’s greatest“
Pia-Rhona Saxe und Bastian Kamps

Begrüßung

Direktor
der Fachhochschule für Rechtspflege
Nordrhein-Westfalen
Dr. Benjamin Limbach

Grußwort

Bürgermeisterin
der Stadt Bad Münstereifel
Sabine Preiser-Marian

Ansprache

Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Thomas Kutschat

Grußworte

Thomas Bischoff

Fachbereich Rechtspflege

Lambert Peters

Fachbereich Strafvollzug

*„Antrag auf Erteilung eines
Antragsformulars“
(Reinhard Mey)*

Pia-Rhona Saxe und Bastian Kamps

Aushändigung der Urkunden

*„Time after Time“
(Cindy Lauper)*

Pia-Rhona Saxe und Bastian Kamps

Bestenehrung

Vorsitzender des Vereins der Freunde und
Förderer der Fachhochschule für
Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.
Prof. Dr. Christoph Neukirchen

Ausklang

*„Ich wünsch´ Dir was“
(Silbermond)*

Pia-Rhona Saxe und Bastian Kamps



Den Festvortrag hielt im Rahmen dieser Veranstaltung Herr Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Thomas Kutschat.

Der Vortrag ist als Anlage 3 beigelegt.



(Thomas Bischoff)



(Lambert Peters)



Diplom-Rechtspflegerin Daniela Lemken und Diplom-Rechtspfleger Christian Bock, die ihre Prüfung mit der Note „sehr gut“ abgeschlossen haben, wurden von dem Vorsitzenden des „Vereins der Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen“, Professor Dr. Neukirchen, mit einem Präsent ausgezeichnet.

Im Anschluss an die Diplomierungsfeier fand ein Fest in den Räumen der Fachhochschule statt.

13.

Zentrum für Betriebswirtschaft

Im Jahr 2000 wurde das Zentrum für Betriebswirtschaft (*im Folgenden ZfB genannt*) an der Fachhochschule eingerichtet. Es führt Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen für den Fachbereich Rechtspflege und den Fachbereich Strafvollzug durch und unterstützt die Justiz Nordrhein-Westfalen bei besonderen Projekten. Das ZfB wird seit seiner Gründung von Prof. Dr. André Tauberger geleitet. Darüber hinaus gehören Prof. Dr. Frederik Roentgen und Oberregierungsrat Michael Birx dem ZfB an.

13.1

Aus- und Fortbildung

Im oben genannten Berichtszeitraum führte das ZfB zwei Modullehrgänge für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger mit mehrjähriger Berufserfahrung durch.

Der Modullehrgang „Organisation und Organisationsentwicklung“ richtete sich an Beamte des gehobenen Dienstes, die für ihre gegenwärtige oder zukünftige Tätigkeit im Bereich der Justizverwaltung grundlegende und fundierte Kenntnisse der Aufbau- und Ablauforganisation sowie der Entwicklung von Organisationen benötigen. Der Lehrgang wurde vom ZfB in den Räumen des Tagungshauses der Fachhochschule im Zeitraum vom 1. bis 19. Juni 2015 durchgeführt. Leitung und Durchführung lagen, wie in den Vorjahren, bei Prof. Dr. André Tauberger. Dabei kamen die in der Vergangenheit erprobten und bewährten didaktischen Instrumente zum Einsatz. Die vom Dozenten angeleitete selbständige Bearbeitung von Übungsaufgaben und Fallstudien in Form von Einzel- und Gruppenübungen hat sich ebenso bewährt, wie die intensive Betreuung der Teilnehmer durch Lehrgespräche. Mit Hilfe von Kurzreferaten und Präsentationen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde das Verständnis des vermittelten Lehrstoffs überprüft und seine Internalisierung verbessert. Darüber hinaus wurden wichtige kommunikative Fähigkeiten der Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer geübt und erweitert.

Der Modullehrgang „Organisation und Organisationsentwicklung“ wurde durch eine Einführung in die Anwendung der Tabellenkalkulationssoftware Microsoft-Excel angereichert. Zielsetzung dieser Ergänzung ist die Vermittlung anwendungsspezifischen Wissens über den Einsatz und die Handhabung von Software zur Lösungsun-

terstützung und Ergebnispräsentation, der im Modullehrgang behandelten betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.

Von den 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmern kamen 87% aus Nordrhein-Westfalen und 13% aus Sachsen-Anhalt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus der Generalstaatsanwaltschaft, aus Oberlandes-, Land- und Amtsgerichten, sowie aus Arbeitsgerichten. Die abschließend durchgeführte Lehrgangsevaluation zeigte sehr gute Ergebnisse.

Zur Unterstützung der Reformprozesse im Haushalts- und Rechnungswesen in der Justizverwaltung des Landes NRW konzipierte das ZfB den dreiteiligen Modullehrgang EPOS.NRW. Der erste Teil basiert auf dem bisherigen Modullehrgang Haushalt und Budget. Er wurde, zielorientiert gekürzt und inhaltlich modifiziert, als EPOS.NRW I – Grundlagen des Haushaltsrechts – mit einer Dauer von 5 Fortbildungstagen und 2 zusätzlichen fakultativen Fortbildungstagen für die Grundlagen von MS-Excel angeboten. Der zweite Teil wurde auf der Grundlage des bisherigen Modullehrgangs KLR und Controlling entwickelt. EPOS.NRW II – Grundlagen der Kostenrechnung und des Controlling – stellt mit 15 Fortbildungstagen den Hauptteil der EPOS-Reihe dar. Der dritte Teil, EPOS.NRW III – Grundlagen der doppelten Buchführung und der handelsrechtlichen Bilanzierung – löst die bisherigen Fortbildungsveranstaltungen im externen Rechnungswesen „Bilanzen lesen und verstehen I und II“ ab, und wurde erstmalig im Frühjahr 2015 angeboten.

Das ZfB führte den Modullehrgang EPOS.NRW II – Grundlagen der Kostenrechnung und des Controlling - für Beamte des gehobenen Dienstes im Zeitraum vom 7. bis 25. September 2015 durch. Für den sachgerechten Umgang mit Produkthaushalten benötigen die Verwaltungsmitarbeiter elementare Kenntnisse der Methoden und Inhalte der Kostenrechnung sowie erste Grundlagen in den Instrumenten des Controllings. Ziel des Modullehrgangs EPOS.NRW II war daher die Vermittlung der Grundlagen und der Anwendung von Methoden der Voll- und der Teilkostenrechnung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen das Instrumentarium der Kostenrechnung sicher einsetzen können. Sie kennen den Informationsgehalt von Kostenrechnungen sowie deren Grenzen und können diese Überlegungen auf die Justizverwaltung anwenden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen die Bedeutung des Controllings und seiner Aufgaben in der Verwaltung kennen. Sie können den Ablauf eines

Controllingprozesses präzise beschreiben und haben ein grundlegendes Verständnis für die Phasen des Controlling. Darüber hinaus kennen sie die Einflussfaktoren auf die Controlling-Organisation, haben die Möglichkeiten für die organisatorische Anbindung einer Controllingstelle verstanden und überblicken die Anforderungen an einen Controller. Dabei flossen die Inhalte der Grundsatzentscheidungen zum Projekt EPOS und die bisherigen Erfahrungen aus der Umsetzung in der Justizverwaltung in die Wissensvermittlung ein, um die Verzahnung zur bevorstehenden EPOS-Implementierung sicherzustellen. Das betriebswirtschaftliche Know-how wurde durch Lehrgespräche und Vorträge in den Vormittagsstunden vermittelt. Diese Lehrinhalte wurden durch Einzel- und Gruppenübungen, Fallstudienbearbeitungen, Präsentationenvorbereitungen und selbständige Nachbearbeitungen in den Nachmittagsstunden internalisiert. Darüber hinaus wurde die Anwendung von MS-Excel zur Bearbeitung kostenrechnerischer Fragestellungen und zur Ergebnisdarstellung in Nachmittagsveranstaltungen gezeigt und trainiert. Der Modullehrgang wurde in den Räumen des Tagungshauses der Fachhochschule von Prof. Dr. André Tauberger und Oberregierungsrat Michael Birx durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen ausschließlich aus Nordrhein-Westfalen. Sie wurden vom Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalens sowie von Oberlandesgerichten, Landgerichten, Amtsgerichten, Arbeits- und Verwaltungsgerichten und Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften entsendet. Die abschließenden, erneut sehr guten Evaluationsergebnisse zeigten, dass das ZfB mit dem Modullehrgang einen Beitrag für das Gelingen der Reformvorhaben in der Justizverwaltung leistet und dies von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wahrgenommen wird.

Im Zeitraum vom 23. bis 25. März 2015 und vom 22. bis 24. April 2015 führte das ZfB erstmalig die Fortbildungsveranstaltung EPOS.NRW III - Grundlagen der doppelten Buchführung und der handelsrechtlichen Bilanzierung - durch. Die Aufteilung der Tagung auf zwei dreitägige Veranstaltungen wurde aufgrund der Stofffülle von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv beurteilt. Im vierwöchigen Zeitraum zwischen den Veranstaltungen konnte sich das Wissen setzen, notwendige Reflektionen und Ergänzungsarbeiten durchgeführt werden.

Durch das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) vom 7. Dezember 2011 wurde das deutsche Insolvenzrecht reformiert. Es

soll die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Sanierung Not leidender Unternehmen verbessern. Diese Reform hatte auch Auswirkungen auf das deutsche Rechtspflegergesetz, das daraufhin um die Anforderungen an Insolvenzrechtspfleger konkretisiert wurde. Nach § 18 Abs. 4 RPflG n.F. hat der Rechtspfleger in Insolvenzsachen u.a. über belegbare Kenntnisse des Rechnungswesens zu verfügen. Das ZfB hat die im Berichtszeitraum stattfindenden Fortbildungen für Insolvenzrechtspfleger (ESUG-Modul) durch zweitägige Veranstaltungen im externen Rechnungswesen unterstützt.

Über die genannten Fortbildungsveranstaltungen hinaus führte das ZfB diverse Lehrveranstaltungen in den Fachbereichen Rechtspflege und Strafvollzug durch.

Es unterrichtete insgesamt sieben Studiengruppen im Studium II des Fachbereichs Rechtspflege im Fach Wirtschafts- und Bilanzkunde. Diese Lehrtätigkeit erstreckte sich vom 28. September 2015 bis zum 7. Dezember 2015 und wurde am 11. Dezember 2015 durch einen vom ZfB erstellten Leistungstest abgeschlossen. Das ZfB hat derzeit die Fachleitung im Fach Wirtschafts- und Bilanzkunde. Den Lehrveranstaltungen im Fach Wirtschafts- und Bilanzkunde gingen umfangreiche Vorarbeiten durch eine Überarbeitung des Studienmaterials voraus, die durch das Inkrafttreten des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) am 23. Juli 2015 notwendig wurde.

Im Fachbereich Strafvollzug wurden die Lehrveranstaltungen im Fach Betriebswirtschaftslehre im fachwissenschaftlichen Studium I, II und III vom ZfB, im wesentlichen von Prof. Dr. Frederik Roentgen und Oberregierungsrat Michael Birx, durchgeführt. Außerdem wurden praxisbegleitende Lehrveranstaltungen während des fachpraktischen Studienabschnitts I im Fachbereich Strafvollzug zum Thema „Produktionsmanagement“ und „Preisbildung in Eigenbetrieben“ durchgeführt. Das „Studienobjekt Organisation“ im Studium II wurde vom ZfB durch die Übernahme der Unterrichtseinheit „Controlling“ unterstützt. Die Veranstaltungsevaluationen im Strafvollzug zeigten auch in dieser Berichtsperiode gute Ergebnisse.

Das ZfB war im Berichtszeitraum im Senat der Fachhochschule, in der Personalkommission des Senats der Fachhochschule und in der Evaluierungskommission des Senats der Fachhochschule vertreten.

Das ZfB veröffentlichte im Jahr 2013 den ersten Teil einer dreiteiligen Reihe mit dem Titel „Bilanzen lesen und verstehen – Teil 1: Grundzüge der Finanzbuchhaltung“ in der hochschulinternen Schriftenreihe der Fachhochschule. Die Reihe wird vom ZfB fortgesetzt. Die Veröffentlichung des zweiten Teils „Bilanzen lesen und verstehen – Teil 2: Grundzüge der Bilanzierung nach HGB“ erfolgt im Frühjahr 2016.

14.

Zentrum für Informationstechnik



14.1

IT und Lehre

An der Fachhochschule besteht unter Leitung von Regierungsrat Andreas Dormann ein Zentrum für Informationstechnik. Zu den Aufgaben dieses Zentrums gehören neben der Koordination der nachfolgend im Einzelnen dargestellten Bereiche und der Mitwirkung im IT-Ausschuss bei dem Justizministerium Nordrhein-Westfalen umfangreiche Aufgaben im Bereich „IT und Lehre“, nämlich

- die Integration von IT in den Lehrbetrieb
- die Berücksichtigung von Anforderungen der Lehre an die IT
- die Qualifizierung der Lehrenden im Bereich Mediendidaktik
- sowie die Pflege der „Neue Medien Reihe“ der Fachhochschule.

Die 2014 gebildete Arbeitsgruppe „Modernisierung der Lehrsäle“ hat im Juli 2015 ihren Abschlussbericht vorgelegt, in dem sie unter Berücksichtigung aktueller (medien-) didaktischer Anforderungen ein zeitgemäßes Ausstattungs- und Betriebskonzept für IT im Lehrbetrieb beschreibt. Das Konzept soll in den Folgejahren schrittweise umgesetzt werden.

Das Wahlfach „IT- und Medieneinsatz“ wird den Anwärtinnen und Anwärtern aus den Fachbereichen Rechtspflege und Strafvollzug in Studium I zur Vorbereitung auf Fachreferate und Hausarbeiten angeboten. Das Fach besteht i.d.R. aus drei Teilen:

- Grundlagen Powerpoint
- Vortrags- und Präsentationstechniken
- Juristische Online-Recherche.

14.2

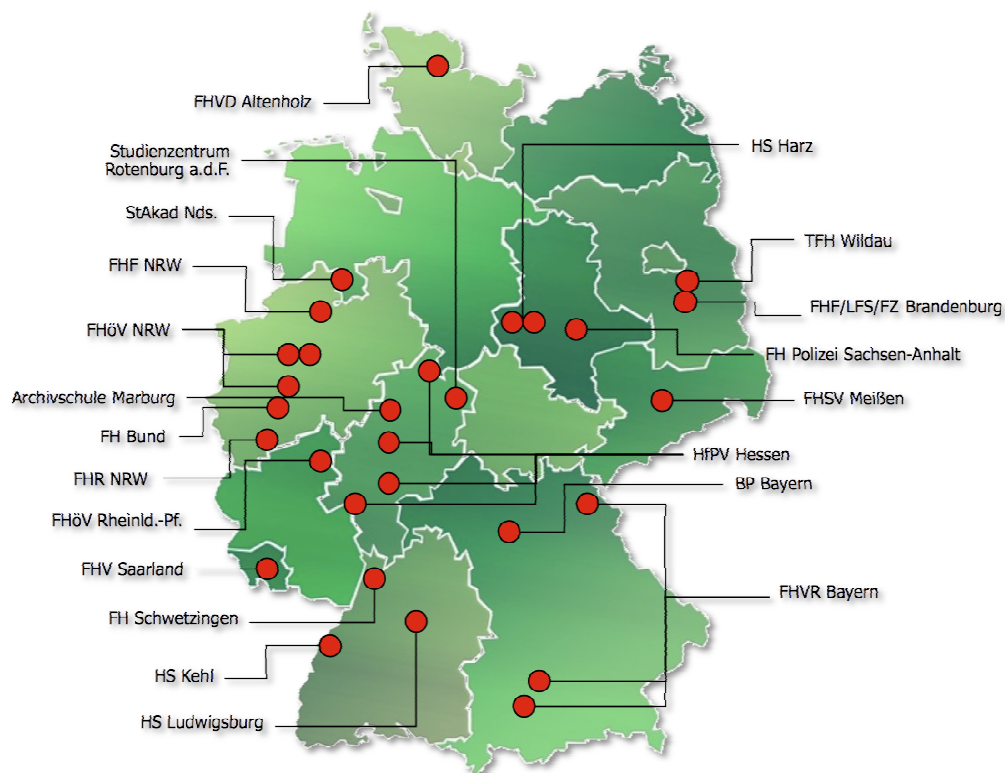
E-Learning

14.2.1

Bundesarbeitsgemeinschaft „E-Learning an den Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst“ in Deutschland

Die Fachhochschule ist Mitglied der „Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland“ (BAG E-Learning), einem Kooperationsverbund, der sich die Modernisierung und multimediale Erweiterung der Lehre zum Ziel gesetzt hat. Sprecher der BAG E-Learning ist Regierungsrat Andreas Dormann.

Die BAG betreibt eine gemeinsame Lernplattform und unterstützt verschiedenste Aktivitäten im Bereich des elektronisch gestützten Lernens an mehr als 20 Fachhochschulen der Länder und des Bundes. Dazu zählt mittlerweile auch eigenentwickelte Lernsoftware zu den Bereichen Finanzen, Polizei, Recht, Steuern und Verwaltung.



Ein von BAG-Mitgliedern mitentwickeltes Lernprogramm zur Mehrwertsteuer-Richtlinie wurde im Rahmen eines Projekts der EU-Kommission inzwischen in fünf Sprachen übersetzt und steht nicht nur allen europäischen Steuerverwaltungen, sondern jedem Bürger in der EU zur Verfügung.

Vom 23. bis 25. Juni 2015 fand in Köln die 15. Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning statt. Auf dem Programm standen neben dem Erfahrungsaustausch folgende Themen: Blended Learning, Erklärvideos, Urheberrecht in E-Learning und Lehre sowie die Fortbildungs- und weitere Terminplanung 2015.

Die im Vorjahr durchgeführte Umfrage zur IT- und Medienausstattung sowie zur Nutzung der Lehrsäle an den Fachhochschulen im öffentlichen Dienst, an der 32 Fachhochschulen des Bundes und der Länder teilgenommen hatten, wurde zwischenzeitlich ausgewertet und das Ergebnis der Konferenz vorgestellt. Die Umfrage steht als PDF-Download auf www.fhoed.de/umfragen/itm_n_fhoed.pdf zur Verfügung.

Weitere Informationen über die Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning finden Sie auf deren Homepage unter www.fhoed.de. ➡

14.2.2

E-Learning an der Fachhochschule

Die Lehrenden der Fachhochschule nutzen die Lernplattform ILIAS zur Bereitstellung von Lehrmaterialien in elektronischer Form. Für die neuen Lehrkräfte wurden im Berichtsjahr eine Reihe von Schulungen zum Umgang mit der Lernplattform durchgeführt.

Umfangreichere E-Learning-Programme publiziert die Fachhochschule über die **Neue Medien Reihe** (www.fhr.nrw.de/neue-medien-reihe) (Anlage 6).

14.2.3

EU-Kooperation

Die Bundesarbeitsgemeinschaft pflegt seit 2004 eine Kooperation mit der Bundesfinanzakademie Österreich, die sich seit vielen Jahren intensiv im Bereich E-Learning engagiert.

14.3

Homepages

Die Fachhochschule unterhält eine Homepage unter der Adresse www.fhr.nrw.de. Für deren Aktualisierung und Pflege ist Justizamtmann Kai Achenbach als Webmaster verantwortlich.

Der Bereich „Campusleben“ (www.fhr.nrw.de/behoerde/campusleben/index.php), in dem Studierende selbst Informationen für ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen sowie etwaige künftige Studierende bereitstellen, wird im ersten Halbjahr eines jeden Jahres regelmäßig von Studierenden der Fachhochschule im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft gepflegt und aktualisiert. Durch die Teilnahme an dieser Arbeitsgemeinschaft erlangen die Studierenden zudem die Zusatzqualifikation „Webmaster Justiz Nordrhein-Westfalen“.

Auf der Startseite wurde eine neue Box „Berufsbilder“ eingefügt, die nach Bedarf angezeigt wird. Hier sieht die Besucherin/der Besucher der Homepage alle mit der Fachhochschule bzw. dem Ausbildungszentrum zusammenhängende Berufsbilder und kann weiterführende Informationen abrufen.

Ausweislich der Web-Statistik der Justiz Nordrhein-Westfalen wurde die Homepage der Fachhochschule im Jahr 2015 durchschnittlich knapp 14.000 Mal je Monat besucht; das sind über 450 Besuche je Tag.

14.4

Websites der Gerichte und Behörden

Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Fachhochschule im Rahmen des Projekts JUSTIZ-ONLINE mit der Durchführung des Teilprojekts "Websites der Gerichte und Behörden" beauftragt.

Inhalt dieses Auftrags ist die Erstellung von Internet- und Intranetauftritten für die ca. 300 Justizeinrichtungen des Landes. Hierzu gehören insbesondere die Koordination aller Entwicklungen sowie die Unterstützung der einzelnen Einrichtungen.

Das Projekt beinhaltet folgende zentrale Aufgaben:

- Aufstellung /Schulung eines Multiplikatorenteams (ca. 30 Webmultiplikatoren), dass die Behörden und Gerichte bei der Entwicklung eigener Auftritte betreut;
- Organisation und Durchführung der Schulungen für die Mitarbeitenden der Behörden (ca. 300 Webbetreuer);
- Umstellung der bestehenden Webauftritte auf ein zeitgemäßes, barrierefreies Webdesign mit einem Content-Management-System
- Koordination und Durchführung des Freigabeverfahrens für fertiggestellte Auftritte
- Koordination des Einsatzes der Multiplikatoren;
- Koordination der Fortentwicklung der Auftritte durch Erstellung von Pilotauftritten;
- Beratung der Multiplikatoren und Gerichte bei fachlichen Fragen;
- Unterstützung bei der Bereitstellung von IT-Schulungsräumen, in die sich die Behörden einbuchen können um die Webauftritte konzentriert erstellen. Hierzu gehört ggf. auch die vor Ort Betreuung dieser Behörden.
- Qualitätssicherung der bestehenden Web-Auftritte durch Aufbau und Koordination einer Qualitätssicherungsgruppe
- Pflege und Aktualisierung eines Wiedereinsteigerportals (Bez.: Justiz-Intern) zur Erleichterung des Wiedereinstiegs nach einer Freistellungsphase.

Umstellungsanträge bestehender Websites (bzw. Neuanträge) (Hinweis: in 2012 wurde mit der Umstellung aller vorhandenen Internetauftritte auf einen neuen Prototypen begonnen. Jede Einrichtung muss das Antragsverfahren daher erneut durchlaufen. Für die Intranetauftritte ergibt sich diese Änderung erst ab 2015.

Auftritte insgesamt (beauftragt + fertiggestellt)

- Intranetauftritte: 2015 – 100 2014 - 10
- Internetauftritte: 2014 - 285 2013 - 279 2012 - 159

Fertiggestellt sind davon:

- Intranetauftritte: 2015 – 40 2014 - 4
- Internetauftritte: 2015 – 250 2014 – 197 2013 - 93 2012 - 13

14.4.1

Webbetreuer-Schulungen

Webbetreuer-Grundlagen / Umstellung auf das CMS wurden nach Bedarf auf Wunsch der Mittelbehörden durchgeführt.

Hinzu kommen Aufbau-Workshops für fortgeschrittene Webbetreuer mit den Themenschwerpunkten Programmierung und Grafikbearbeitung.

14.4.2

Qualitätssicherung

Es wurde ein zweitägiger Qualitätssicherungsworkshop mit den Multiplikatoren organisiert und geleitet. Hierbei wurden die CMS-Internetauftritte der Justizeinrichtungen überprüft. Hinzugeetreten sind auch die Intranet-Auftritte der Verfahrenspflegestellen und der Bezirksinfodienste. Der Umfang der Prüfungen ist inzwischen soweit gestiegen, dass nur noch eine selektierte Prüfung durchgeführt werden kann.

14.4.3

Umsetzungsworkshops / Bereitschaft für Fragen

Die Behörden werden bei der Umstellung betreut. Derartige Workshops werden auf Anforderung durchgeführt und von der Fachhochschule organisiert.

14.4.4

Der neue Prototyp Haus-Internet

Inzwischen befinden sich alle betroffenen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen in der Umstellungsphase. Die Umstellungsphase dauert derzeit durchschnittlich 16 Monate. Im Berichtszeitraum haben 53 weitere Behörden die Umstellung abgeschlossen. Es fehlen landesweit noch 33 Einrichtungen. Diese Aufgabe soll in 2016 abgeschlossen werden.

14.4.5

Der neue Prototyp Haus-Intranet

Im Anschluss an den Prototypen Haus-Intranet ist im Dezember 2014 das neue Hausintranet der Justizeinrichtungen fertiggestellt und pilotiert worden. Das neue Hausintranet wird von den Benutzern erfreulich gut angenommen. Dies vor allem

auch wegen der neuen Funktionalitäten und der optischen Integration in das Landesintranet. Auf Seiten der Webbetreuer bringt das neue Hausintranet durch zahlreiche Automatismen erhebliche Arbeitserleichterungen.

14.4.6

Studierende als Webmaster

Zum achten Mal wurde für die Studierenden der Fachhochschule ein freiwilliger 24-stündiger Kurs „Webmaster der Justiz“ angeboten, der sich zunehmend großer Beliebtheit erfreut. 2015 opferten 51 Studierende ihre Freizeit für diese Fortbildungsmaßnahme.

Hierdurch haben sie die Befähigung zu einer Mitarbeit bei den diversen Projekten von Justiz-Online und zur Pflege der Webauftritte der Justiz Nordrhein-Westfalens erlangt. Vermittelt wurden Kenntnisse in HTML, CSS und vor allen Dingen die Handhabung der in der Justiz im Einsatz befindlichen Werkzeuge zur Erstellung und Pflege der Websites. Die Studierenden werden beispielsweise bei der Pflege des Wiedereinsteigerbereichs in Justiz-Intern ihre Kenntnisse für die Justiz einsetzen.



Studenten-Webmaster 2015 bei der Urkundenübergabe durch die stellvertr. Direktorin Frau Cürten

14.4.7

Freigabeverfahren Justiz-Online

Sämtliche Internet- und Intranetauftritte der Justiz werden vor ihrer Freigabe einer intensiven Prüfung unterzogen.

Hierbei ist sowohl die inhaltliche Korrektheit der Auftritte als auch die Einhaltung der umfangreichen Vorgaben des Web-Handbuchs der Justiz zu überwachen.

Besondere Schwerpunkte sind die Einhaltung der Vorgaben der Barrierefreiheit und der sprachlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau.

Da inzwischen die weit überwiegende Zahl der Auftritte auf das aktuelle System umgestellt ist und nur noch vergleichsweise wenige Auftritte zu prüfen sind, wird diese Aufgabe von der Projektleitung allein wahrgenommen. Hierdurch ist auch eine einheitliche Handhabung der Prüfung sichergestellt.

Aufgaben im Rahmen der Freigabeprüfung

- Freigabeprüfung von Internetauftritten
- Freigabeprüfung von Intranetauftritten
- Korrespondenz mit den Webbetreuern vor Ort
- Beratung der Webbetreuer bei Problemen
- Mitarbeit bei der Erstellung und Pflege des Web-Handbuchs
- Erstellung von Prüflisten und Handlungsanweisungen für die Webbetreuer
- Einarbeitung grundsätzlicher Verbesserungsvorschläge, zu Problemen, die im Rahmen der Prüfungen erkannt werden, in die Prototypen.

14.5

Bürgerservice

Die Fachhochschule ist maßgeblich an dem Bereich „Bürger-Service“ im Web-Portal der Justiz-NRW (www.justiz.nrw.de) beteiligt. Zu den Aufgaben des Leiters Prof. Dr. Ingo Fritsche gehörten bis zum September 2015 die Koordinierung der inhaltlichen Gestaltung des Bereichs Bürgerservice im Justizportal NRW (www.justiz.nrw.de)

- die fachliche Unterstützung der Autoren bei der Gestaltung der Beiträge
- die Einstellung der von den Autoren bereitgestellten Beiträge bzw. Änderungen sowie
- die ständige Aktualisierung des Auftritts.

In eigener Verantwortlichkeit erstellt und pflegte er

- das Glossar („Recht von A-Z“)
- die Beiträge zum Erbscheinverfahren und zur gewillkürten Erbfolge (Bereich Freiwillige Gerichtsbarkeit)
- die Beiträge zum Reiserecht, zu den Bankgeschäften und zu den Gewährleistungsrechten (Bereich Verbraucherschutz) sowie
- die Beiträge zu den Widerrufsrechten.

Im Januar bis März 2015 wurden neuere Entscheidungen zum Verbraucherrecht (Reiserecht, Gewährleistungsrechte, Widerruf und Rückgaberechte) in die Dokumente eingearbeitet; im April bis September 2015 erfolgten Ergänzungen des Glossars (Recht von A-Z); Änderungen an den Dokumenten zum Erbrecht (Erbscheinverfahren, gewillkürte Erbfolge). Die Dokumente im Verbraucherschutz wurden aufgrund der Gesetzeslage ab dem 13. Juni 2014 (Inkrafttreten der Verbraucherrechte - Richtlinie der EU 2011/83/EU im Schuldrecht des BGB), betreffend

- Bankgeschäfte,
- Widerrufsrechte,
- Reiserecht,
- Gewährleistungsrechte beim Kauf

überarbeitet.

Die Aufgaben von Prof. Dr. Fritsche zur Koordinierung der inhaltlichen Gestaltung des Bereichs Bürgerservice im Justizportal NRW wurden zum Jahreswechsel von Prof. Dr. Becker übernommen.

14.6

Justiz-intern

In einem passwortgeschützten Bereich stellt die Justiz Mitarbeitenden einen Zugriff auf Aus- und Fortbildungsmaterialien bereit. Interessierte Personen können sich daher gezielt auf den beruflichen Wiedereinstieg oder auch Wechsel vorbereiten.

Dieser Auftritt wird von der Fachhochschule betreut und grundsätzlich einmal jährlich überarbeitet. Im Jahr 2015 haben sich nur geringfügige inhaltliche Änderungen ergeben, die ohne eine gesonderte Veranstaltung im laufenden Betrieb ergänzt wurden.

14.7

Verfahrenspflegestelle IT-MobiV (Leitung der Verfahrenspflegestelle)

Die Verfahrenspflegestelle wurde im März 2003 als Nachfolgerin der Projektgruppe IT-MobiV eingerichtet. Aufgabe ist die Pflege des landesweit eingesetzten Programms IT-MobiV, mit dem die Arbeit der Mobiliarvollstreckungsabteilungen erleichtert werden soll. Die Leitung dieser Verfahrenspflegestelle obliegt Justizoberamtsrat Thomas Schmidt. Zudem ist Justizamtsrätin Barbara Dappozzo Mitglied der Verfahrenspflegestelle.

Der Leitung der Verfahrenspflegestelle IT-MobiV obliegen folgende Aufgaben:

- Gesamtprojektplanung
- Vorbereitung der VPS-Ausschusssitzungen
- Kommunikation mit dem OLG Hamm, den zentralen IT-Betriebseinrichtungen (BIT, TBZ, VZ, ZIP) sowie dem Justizministerium und den anderen VPS
- Organisation und Leitung der Mitarbeiterbesprechungen und Workshops
- Koordination der Mitarbeiteraktivitäten einschl. Schulungsplanung
- Fortschreibung des Verfahrenspflegeplans
- Programmierung

Seit 2012 ist die Version 3.4.0 im Einsatz. Diese neue Version beinhaltet zahlreiche Verbesserungen im Bereich des Service und der Bedienung. Die Online-Aktualisierung wurde weiter verbessert. So ist nunmehr für ein Update keine neue Version mehr notwendig.

Der „Wiki-Gedanke“ wurde konsequent weiterentwickelt. Jeder Anwender ist Bestandteil der „Mobiliarvollstreckungs-Community“ und kann aus dem Programm heraus Informationen in das MobiV-Wiki (<http://lv.mobivwissen.nrw.de>) einstellen, bearbeiten und ergänzen. Hierdurch soll ein sich ständig selbst aktualisierendes und verbesserndes Informationsmedium geschaffen werden, das dem Anwender an allen Stellen im Programm zur Verfügung steht.

Die Umstellung des bisherigen Programms auf die Programmiersprache dot.net ist erfolgt die Pilotierung bei zwei Gerichten ist abgeschlossen. Es folgt noch der Abschlusstest beim AG Köln. Daran schließt sich der landesweite Rollout für die ca. 1.000 Benutzer an.

14.8

Verfahrenspflegestelle IT-ZVG

Hauptaufgabe der Verfahrenspflegestelle IT-ZVG unter Leitung von Regierungsrat Andreas Dormann ist die Weiterentwicklung und Distribution der eigenentwickelten Software IT-ZVG. Daneben unterstützt die Verfahrenspflegestelle das Beratungstelefon Informationstechnik (BIT) mit einem Second-Level-Support bei Anwenderanfragen.

14.8.1

Redesign des Fachverfahrens

Fortgeführt wurden die Arbeiten am Redesign des Fachverfahrens IT-ZVG. Anfang 2016 soll mit einem Testeinsatz der neuen Programmversion an ausgewählten Zwangsversteigerungsgerichten begonnen werden.

IT-ZVG Revision 096 Dashboard | Einstellungen | Abmelden

Akte
Personen
Neu...
Rückgängig
Speichern

Personenbaum
Schuldner/Eigentümer
Kunststoff Weise Ltd.
Zustelladressat: Seemann, Detlev
White, Lilli
anwaltschaftlich vertreten durch RA Horst Welsch

Berechtigter
Hypo-/Vereinsbank (III/1)
Söllner, Gabriel (III/2)
Schaller, Celine (III/3)

Zwangsverwalter
Gebert, Thies (Zwangsverwalter)

Sachverständiger
Moritz, Helen

WEG-Verwalter
Hilbert, Jacqueline (WEG-Verw.)

Grundbuchamt
Grundbuchamt

White, Lilli
Personalien
Anrede: Frau Titel / Zusatz
Vorname: Lilli
Nachname: White
Adresszusatz:
Straße: Gustav-Tweer-Weg Hausnr.: 9
PLZ: 56355 Ort: Endlichhofen
Land: Deutschland Aufenthalt unbek.: ☐
Beteiligung
Rolle: Schuldner/Eigentümer
Rollenzusatz:
Zeichen:
Zustellung: formlos
Übersendung:
Bemerkung: Mitschuldnerin

Objekt
Kalender
Verfügungen
Dokumente
Kosten
GGTP
Vorblatt

Stammdaten Details Letzte Speicherung: 24.06.2014

Das neue Frontend des Fachverfahrens IT-ZVG nach dem Redesign

14.8.2

Kostenmodul

Nach der Abschaffung des Papiervordrucks Kost 18 für die Erstattung zu viel gezahlter Kosten war der Funktionsumfang des IT-ZVG Kostenmoduls dahin zu erweitern, dass Beträge mit dem Kostenmodul nun elektronisch über JUKOS erstattet werden können.

Nach der landesweiten Einführung von EPOS in der Justiz NRW zum 01. Oktober 2015 wurde das Programm IT-ZVG an die Bedürfnisse von EPOS insbesondere im Bereich der Verbuchung und der Auszahlung des Versteigerungserlöses angepasst.

14.8.3

Pflege des Altverfahrens

Durch die geplante Einführung von Office 2013 in der Justiz NRW waren umfangreiche Anpassungsarbeiten am derzeit noch eingesetzten Programm IT-ZVG erforderlich. Diese konnten fristgerecht abgeschlossen werden.

14.8.4

XJustiz

Mitglieder der Verfahrenspflegestelle arbeiten unter Federführung von Regierungsrat Andreas Dormann in der Gruppe „XJustiz Fachdatensatz Zwangsversteigerungsverfahren“, einer Unterarbeitsgruppe der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „IT-Standards“, an der Entwicklung eines bundesweit verbindlichen XJustiz-Fachdatensatzes. Diesem wird bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zukünftig eine zentrale Rolle zukommen.

14.9

Verfahrenspflegestelle RASYS

Die von der Fachhochschule betriebene Verfahrenspflegestelle RASYS engagiert sich unter der Leitung von Regierungsrat Dormann nach wie vor in den Bereichen Formularpflege und in der Aus- und Fortbildung.



Gruppenbild der VPS RASYS - Mitglieder v.h.l.: Uwe Klein (AG Bergheim), Christian Sczislo (AG Bochum), Stephan Grisail (AG Wuppertal), Andreas Dormann (FHR NRW), Tina Müller (AG Leverkusen), Stefan Ruben (AG Bochum), Dominik Hoffmann (OLG Düsseldorf), Marina Schlüter (AG Gütersloh), Antonio Carpitella (AG Schmallenberg)

Das elektronische Formularsystem RASYS wurde Ende des Jahres unter Anpassung an das neue Beratungshilfegesetz auf die Formulareammlung 2015 aktualisiert. Hierbei wurde zum einen die Auswahl des Identitätsnachweises angepasst, zum anderen erhalten Formulare mit Bankverbindung nun eine Abfrage zur IBAN. Ein Download ist von der Homepage der Fachhochschule unter

<http://www.fhr.nrw.de/aufgaben/informationstechnik/rasys/download/index.php>

möglich.

Die Fachfortbildung der Fachhochschule zum Thema Rechtsantragstelle wurde im November 2015 von der VPS RASYS wieder maßgeblich mitgestaltet.

Das seit 2012 in allen drei OLG-Bezirken eingeführte "Praxistraining Rechtsantragstelle" wurde aufgrund der weiterhin positiven Resonanz in Köln und Düsseldorf erneut Ende 2015 erfolgreich durchgeführt. Der Termin für das OLG Hamm findet Anfang 2016 statt.

14.10

IT-Betreuungsverbund

Der IT-Betreuungsverbund ist für den reibungslosen IT-Betrieb an der Fachhochschule und dem Ausbildungszentrum verantwortlich. Er steht unter der Leitung von Justizamtsinspektor Heinz Heck sowie der technischen Koordination von Justizbeschäftigten Bernd Ullrich.

Neben dem Tagesgeschäft, der Systembetreuung hinsichtlich sämtlicher eingesetzter IT-Geräte (Server, aktive und passive Netzwerkkomponenten, Arbeitsplatz-PCs, Notebooks, Drucker und Scanner) und der Anwendungsbetreuung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule sowie des Ausbildungszentrums unterstützt der IT-Betreuungsverbund das Zentrum für IT-Technik bei der Durchführung von IT-Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten. Dabei musste die ständige Verfügbarkeit der an drei Standorten vorhandenen IT-Schulungsräume gewährleistet sowie die Einrichtung von mobilen IT-Schulungsräumen mittels Notebooks sichergestellt werden.

Schwerpunkt der Arbeiten im Studienjahr 2014/15 waren

- die Vorbereitungen auf die Zentralisierung der IT-Umgebung (künftiger Rechenzentrumsbetrieb)
- die Migration der Server auf das Betriebssystem Windows Server 2008
- Softwaretests im Vorfeld der Migration auf das Büropaket MS Office 2013.

Des Weiteren arbeiten die Mitglieder des IT-Betreuungsverbundes in diversen Arbeitsgruppen der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen mit.

15.

Forschungsprojekte, Veröffentlichungen

15.1

Forschungsprojekte

15.1.1

„Qualitätssicherung in der Justizfachangestelltenausbildung im OLG-Bezirk Köln“

Die Arbeitsgruppe „*Qualitätssicherung in der Justizfachangestelltenausbildung im OLG-Bezirk Köln*“ hat im September 2013 mit einem Workshop ihre Arbeit begonnen. Diplom-Rechtspfleger Ralf Pannen M.A. war im Jahr 2015 als Vertreter der Fachhochschule und des Ausbildungszentrums weiterhin Mitglied der Arbeitsgruppe. Der „*Handlungsleitfaden für die Ausbildungspraxis*“ ist im letzten Jahr fertig gestellt worden. Er soll nun zunächst in der Praxis zum Einsatz kommen und die in ihm dokumentierten Standards einmal jährlich überprüft werden. Ob zukünftig weitere Methoden der Qualitätssicherung zum Einsatz kommen sollen, wird bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt geklärt. Damit ruht die Mitarbeit der Fachhochschule/ des Ausbildungszentrums in diesem Projekt zunächst.

15.1.2

Untersuchung des Bewerberauswahlverfahrens

Zum 6. September 2015 wurde Leitender Regierungsdirektor Koch an die Fachhochschule abgeordnet. Unter seiner Federführung wird das Bewerberauswahlverfahren für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst untersucht. In einem sich anschließenden Forschungsprojekt soll die Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes daraufhin untersucht werden, ob das Ziel – die Studierenden zur Berufsfähigkeit und Berufsfertigkeit zu führen – erreicht wird. Beide Forschungsprojekte sind zusammen auf mehrere Jahre angelegt.

15.2

Veröffentlichungen

Die Professoren, Dozentinnen und Dozenten der Fachhochschule sind auch in den Jahren 2014 und 2015 mit zahlreichen Veröffentlichungen hervorgetreten.

15.2.1

Internet / Intranet

Dormann, Andreas

RASYS Web 1.0

Webversion des interaktiven Formularsystems für
Rechtsantragstellen,
Januar 2015

www.rasysweb.de

Wer heute noch eine Bank ausraubt, ist von gestern

Impressionen vom 3. Amtsanwalts-Symposium an
der Fachhochschule für Rechtspflege NRW
Februar 2015

**[www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/
amtsanwalts-symposium](http://www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/amtsanwalts-symposium)**

Fotomanipulationen mit Photoshop

Eine Lernbuchreihe für den Einstieg ins
Jurastudium
März 2015

**[www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/foto-
manipulationen-mit-photoshop](http://www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/foto-manipulationen-mit-photoshop)**

Umfrage zur IT- und Medienausstattung sowie zur Nutzung der Lehrsäle an den

Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst
Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning
2015

www.fhoed.de/umfragen/itm_n_fhoed.pdf

E-Learning NRW: Workshops im Herbst 2015

September 2015

**[www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/e-
learning-nrw-herbst-2015](http://www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/e-learning-nrw-herbst-2015)**

**Was ist die schnellste serverseitige
Skriptsprache?**

Oktober 2015

www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/was-ist-die-schnellste-skriptsprache

**RASYS-Formularsammlung 2015 (Herausgeber)
Formularsammlung zum interaktiven
Formularsystem RASYS**

November 2015

www.fhr.nrw.de/aufgaben/informationstechnik/rasys/download/index.php

Meet me in the Cloud

**Wie wir Lehrenden besser mit unserer Zeit
umgehen können**

Dezember 2015

www.andreas-dormann.de/wordpress/2015/meet-me-in-the-cloud-1

Pannen, Ralf

Recht und Sozialpsychologie - Anregungen zur Erfassung von Recht als Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen, zur Einführung in die Sozialpsychologie Erich Fromms und zum Lernen durch Reflexion von Erfahrungen, nebst ergänzendem Unterrichtsmaterial, Zweitveröffentlichung, Januar 2015

www.fromm-gesellschaft.eu/index.php/publikationen/auf-dieser-seite/lehrmaterialien

**Überblick über das Hinterlegungsverfahren
nach dem Hinterlegungsgesetz Nordrhein-
Westfalen**

überarbeitete Fassung

Verfasser: Schauf/Pannen

Januar 2015

www.fhr.nrw.de/infos/publikationen/fachbeitraege/aktuelle_beitraege/Allgemeines/index.php

**Überblick über die Grundzüge der Beschaf-
fungsverfahren in Nordrhein-Westfalen**

vollständig überarbeitete Fassung

Februar 2015

www.azj.nrw.de/aufgaben/justizfachwirte/zt_fachwirte/material/index.php

15.2.2

Printmedien

Prof. Dr. Becker, Matthias

**Kommentierung der §§ 16, 26 – 29 WEG in:
Bärmann, Wohnungseigentumsgesetz, Kom-
mentar, 13. Auflage
München 2015**

**Die Zwangshypothek in der Insolvenz des
Grundstückseigentümers
ZfIR 2015, 81 f.**

**Eigentümerbeschluss zur Änderung des Kos-
tenverteilungsschlüssels – Vereinbarung des
Objektstimmrechts
ZWE 2015, 400 f.**

**Rechtsanwaltskosten für Beschlussanfech-
tungsklagen im Wirtschaftsplan – Anmerkung
zu BGH, Urt. v. 17.10.2014 – V ZR 26/14, ZWE
2015, 94 f.**

**Sondernutzungsrecht: Unantastbarer Kernbe-
reich des Wohnungseigentums – Besprechung
von LG München I, Urt. v. 1.6.2015 – 1 S
13261/14
MietRB 2015, 369 f.**

Prof. Dr. Els, Frank

**Skript zum Zwangsvollstreckungsrecht
Verfasser: Dr. Lamberz/Dr. Els
Bad Münstereifel 2015**

Kerkmann, Heinz-Georg

**Kommentierung der §§ 112 – 121, 123 – 129
OWiG in: Blum/Gassner/Seith (Hrsg.):
Ordnungswidrigkeitengesetz, Handkommentar,
Baden-Baden 2016**

Klos, Hans Dieter

**Skriptum Kostenrecht
Verfasser: Klos/Schmidt/Wiesel
Stand: August 2015**

Prof. Dr. Lamberz, Markus

**Skript zum Zwangsvollstreckungsrecht
Verfasser: Dr. Els/Dr. Lamberz
Bad Münstereifel 2015**

Nenn, Simone

Kommentierung der §§ 89 – 104 OWiG

Verfasser: Gassner/Nenn

in: Blum/Gassner/Seith (Hrsg.):

Ordnungswidrigkeitengesetz, Handkommentar, Baden-Baden 2016

Nolte-Gehlen, Beate

Lernsituation der Studierenden

Bericht 2015 der Expertengruppe Evaluation und Qualität der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

Verfasser: Krems/Lautenbach/Nolte-Gehlen/Rohdenburg/Schaa

www.verwaltungsmanagement.info/eva/ExpGr%20Evaluation%20Bericht%202015.pdf.

<https://olevde.wiki.zoho.com/eval-expertengruppe/> (abgerufen am 02.02.2016)

Public Service Motivation von Studierenden an Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst,

Deutsche Verwaltungspraxis

Verfasser: Krems/Lautenbach/Nolte-Gehlen/Rohdenburg/Schaa

4/2014, S. 138 bis 146

Pannen, Ralf

„Rechtsdidaktik – aktuelle Entwicklungen und Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Lehre in den Rechtspflegerstudiengängen“,
RpflStud 2015, S.165 - 166

„Überblick über die Grundzüge der Beschaffungsverfahren in NRW“, Neufassung des Skriptes für die Ausbildung im mittleren Justizdienst,
Februar 2015

Eigendruck des AZJ NRW

Skript „Überblick über die Grundzüge der Beschaffungsverfahren in Nordrhein-Westfalen“
vollständig überarbeitete Neufassung des Skriptes für die Ausbildung im mittleren Justizdienst
Februar 2015

Eigendruck des AZJ NRW

Schäfersküpper, Michael

Gefangene, Geschäfte und Geheimnisse

Anmerkung zu VG Minden v. 05.08.2015 - 7 K 2267/13 in: Forum Strafvollzug. Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (FS) 2015, S. 349 bis 351.

Mindestlohn und Gefangene

Teil 1 und 2 in: Strafvollzug von A bis Z, Beilage zum Forum Strafvollzug. Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (FS), Ausgabe 5/2015.

Wie funktioniert Vollzugsrecht?

Rechtsbeschwerde und Neubescheid, auszugsweise Zweitveröffentlichung in: Justiznewsletter der Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges, Jahrgang 12, Ausgabe 23, Dezember 2015, S. 15 bis 19.

Kommentierung der §§ 6 bis 9 (Aufnahme, Diagnose, Vollzugs- und Eingliederungsplanung), § 14 (Verlegung und Überstellung), §§ 15 bis 19 (Therapeutische Ausgestaltung und Maßnahmen), §§ 39 bis 46 (Vollzugsöffnende Maßnahmen und sonstige Aufenthalte außerhalb der Anstalt), §§ 47 bis 59 (Vorbereitung der Eingliederung, Entlassung und nachgehende Betreuung), §§ 75 bis 77 (Religionsausübung), §§ 95, 96 (Aufhebung von Maßnahmen, Beschwerde) und §§ 115 bis 117 (Aufsicht, Beirat) des Sächsischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes (SächsSVVollzG) in: Graf, Jürgen-Peter (Hrsg.) Beck'scher Online-Kommentar Strafvollzugsrecht Sachsen, 4. Edition
Stand: 01.09.2015

Kommentierung der §§ 6 bis 9 (Aufnahme, Diagnose, Vollzugs- und Eingliederungsplanung), § 16 (Verlegung und Überstellung), §§ 17, 18 (Sozialtherapie, psychologische Intervention und Psychotherapie), §§ 38 bis 41 (Lockerungen und sonstige Aufenthalte außerhalb der Anstalt), §§ 42 bis 45 (Vorbereitung der Eingliederung, Entlassung und nachgehende Betreuung), §§ 70 bis 72 (Religionsausübung), §§ 90 bis 93 (Disziplinarmaßnahmen), §§ 94, 95 (Aufhebung von Maßnahmen, Beschwerde), §§ 114 bis 116 (Aufsicht, Beirat) und §§ 117, 118 (Vollzug des Strafarrests) des Sächsischen Strafvollzugsgesetzes (SächsStVollzG) in: Graf, Jürgen-Peter (Hrsg.) Beck'scher Online-Kommentar Strafvollzugsrecht Sachsen, 3. Edition, Stand: 01.04.2015, und 4. Edition
Stand: 01.09.2015

Kommentierung der §§ 7 bis 10 (Vollzugsverlauf), §§ 11 bis 23 (Unterbringung und Versorgung der Untersuchungsgefangenen), §§ 29 bis 31 (Religionsausübung), §§ 42 bis 53 (Sicherheit und Ordnung), §§ 76 bis 84 (Aufbau der Anstalt) und §§ 85 bis 87 (Auf-

sicht, Beirat) des Bremischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (BremUVollzG) in: Graf, Jürgen-Peter (Hrsg.)

Beck'scher Online-Kommentar Strafvollzugsrecht
Bremen, 1. Edition,
Stand: 01.09.2014, bis 3. Edition,
Stand: 01.08.2015.

„Das alles und noch viel mehr ...“- Ein Gesamtkommentar des Justizvollzugsrechts

Verfasser: Graf/Schäfersküpper

in: Justiznewsletter der Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges, Jahrgang 12, Ausgabe 22, Mai 2015, S. 2 bis 5.

Dornröschen und die Bundesagentur - Anmerkung zu SG Duisburg v. 29.01.14 - S 33 AL 363/13 in: Forum Strafvollzug. Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (FS), 2014, S. 421 bis 423.

Kommentierung der §§ 7 bis 10 (Vollzugsverlauf), §§ 11 bis 23 (Unterbringung und Versorgung der Untersuchungsgefangenen), §§ 29 bis 31 (Religionsausübung), §§ 42 bis 53 (Sicherheit und Ordnung), §§ 76 bis 84 (Aufbau der Anstalt) und §§ 85 bis 87 (Aufsicht, Beirat) des Bremischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (BremUVollzG) in: Graf, Jürgen Peter (Hrsg.)

Beck'scher Online-Kommentar Strafvollzugsrecht
Bremen, 1. Edition
Stand: 01.09.2014.

„Das neue Zwangsgeld gegen Vollzugsbehörden - Ein unbekanntes Wesen“

Verfasser: Schmidt/Schäfersküpper

auszugsweise Zweitveröffentlichung in: Justiznewsletter der Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges, Jahrgang 11, Ausgabe 21, Oktober 2014, S. 9 bis 13.

„Der Fachbereich Strafvollzug der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Bundesweite Bedeutung zwischen Heino und der Guillaume-Affäre“

Verfasser: Schäfersküpper/Birx/Dr. Cassone/Cürten/Lechner-Jonas/Prof. Dr. Münster/Nolte-Gehlen/Prof. Dr. Roentgen/Schäfersküpper/Thimm/Zielezny:in: Justiznewsletter der Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges, Jahrgang 11, Ausgabe 20, Mai 2014, S. 26 bis 31.

„Vollzug der Sicherungsverwahrung - Aktuelle Entwicklungen“

Verfasser: Grote/Schäfersküpper

auszugsweise Zweitveröffentlichung in: Justiznewsletter der Führungsakademie im Bildungsinstitut des niedersächsischen Justizvollzuges, Jahrgang 11, Ausgabe 20, Mai 2014, S. 12 bis 18.

Haftarten, Vollzugsgesetze und Föderalismusreform

in: Taschenbuch für den Strafvollzug, Fachteil, ab Aktualisierung 2012/III, zuletzt aktualisiert und erweitert ab 2014/II, F 216, S. 1 bis 27.

„Das neue Zwangsgeld gegen Vollzugsbehörden - Ein unbekanntes Wesen“

Verfasser: Schmidt/Schäfersküpper in: Strafverteidiger (StV) 2014, S. 184 bis 189.

Schmidt, Thomas

Anwaltsgebühren im Sozialrecht

Verfasser: Dahn/Schmidt, 2015

Skriptum Kostenrecht

Verfasser: Klos/Schmidt/ Wiesel

Stand: August 2015

„Nicht gelöste Anrechnungsprobleme des RVG“

in: Urhoff/Fölsch/Geißinger/Jungbauer/Kindermann/Schmidt/Schneider/Thiel/Volpert, 10 Jahre RVG, eBroschüre, 2015

Prof. Dr. Schulte-Bunert, Kai

Gewaltschutzgesetz in: Gsell/Krüger/Lorenz/Mayer (Gesamthrg.) beck-online.GROSSKOMMENTAR.ZivilR München 2015

Bürgerliches Recht

Lehr- und Studienbuch 3. Aufl.

Bensberg 2015

„Der fordernde Nacherbe und das beschenkte Kind“ – Klausur mit Schwerpunkten im Nachlass-, Familien- und Sachenrecht,
RpflStud 2015, S. 131 - 136

Syrische Flüchtlingskinder alleine in Deutschland, was nun?

FuR 2015, S. 685

Walter, Elfriede

Skriptum Nachlassrecht

Verfasser: Prof. Klüsener/ Walter

Stand: 17.8.2015

Wiesel, Margret

Skriptum Kostenrecht

Verfasser: Klos/Schmidt/Wiesel

Stand: August 2015

15.2.3

Schriftenreihe

Die Fachhochschule unterhält seit 1991 eine eigene Schriftenreihe. Ein Verzeichnis über die Werke, die über die Fachhochschule zu beziehen sind, ist als Anlage 5 beigefügt.

16.

Fortbildung und Weiterbildung

Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags (§ 3 FHGöD) führt die Fachhochschule fachspezifische Fortbildungsveranstaltungen für Rechtspfleger, Amtsanwälte und Beamte des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes durch. Trotz eingeschränkter Raumressourcen konnte auch im Jahr 2015 erfolgreich ein umfangreiches und differenziertes Fortbildungsangebot durchgeführt werden.

16.1

Arbeit der Fort- und Weiterbildungskommission

Die jährliche Festlegung des eigenen Fortbildungsprogramms erfolgt im Rahmen der zentralen Programmplanung unter Federführung der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Vorschläge der Fachhochschule werden in die Jahresversammlung der „Fachgruppe fachspezifische Fortbildung der Rechtspfleger des Landes Nordrhein-Westfalen“ eingebracht und dort mit erfahrenen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sowie Vertreterinnen und Vertreter des Justizministeriums und der Justizakademie diskutiert. Nach Verabschiedung des landesweiten Fortbildungsprogramms der Justiz folgt die differenzierte inhaltliche Ausgestaltung der Veranstaltungen (Themen, Referenten) im jeweiligen Fachbereich unter Federführung des jeweiligen Fach- bzw. Tagungsleiters.

16.2

Fort- und Weiterbildungstagungen

Die konkreten Fortbildungsveranstaltungen wurden von der Fachhochschule ausgeschrieben und sind über drei Tage und mit bis zu 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchgeführt worden. Die Veranstaltungen haben – je nach Bedarf und Auslastung – an den Standorten der Fachhochschule in Bad Münstereifel (Tagungshaus FH II) und Langscheid (Nebenstelle) stattgefunden.

Die modulare Fortbildungsveranstaltung Insolvenzrecht wurde im dritten Jahr erfolgreich durchgeführt. Die Vorschaltung des Moduls A mit dem Schwerpunkt Einführung in das formelle und materielle Insolvenzrecht hat sich ebenso bewährt wie die zwei einwöchigen Blöcke, die weiterhin thematisch in Schwerpunkte unterteilt sind, wie

Aufsichtsaufgaben, Vergütung und Schlussrechnungsprüfung, Rechnungswesen, Arbeits-, Sozial-, Handels-, Gesellschafts- und Steuerrecht.

Die Fortbildungstagungen und Modullehrgänge haben bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein sehr gutes Feedback erfahren. Auch im Jahr 2015 konnte eine kostengünstige Seminarabwicklung erreicht werden, indem die Fortbildungen in eigenen Räumen der Fachhochschule stattfanden und Konzeption, Tagungsleitung und Vorträge überwiegend von ihren eigenen Lehrkräften übernommen worden sind.

Eine Gesamtübersicht aller Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Fachhochschule ergibt sich aus der Anlage 7.

17.

Internationale Kontakte

17.1

Studienfahrten

Der weit überwiegende Teil der Studierenden hat im September 2015 gemeinsam mit den Studiengruppenleitern Studienreisen in das europäische Ausland, aber auch in ein anderes Bundesland unternommen. Ziele waren in diesem Jahr Riga, Rom, Krakau, Lissabon, Barcelona und Berlin.

Die gemeinsamen Studienreisen bedeuten für die Studierenden eine willkommene und zugleich lehrreiche Auflockerung ihrer dreijährigen Ausbildung und einen Blick über den Tellerrand der eigenen Ausbildung und des eigenen Landes. Drei bzw. fünf Monate nach Abschluss des ersten Studienabschnittes haben sie sich bei dieser Gelegenheit aber auch erstmals über ihre vielfältigen ersten Erfahrungen in der gerichtlichen bzw. vollzuglichen Praxis austauschen können.

Besucht wurden von den Studierenden u.a.

in Rom:

- die deutsche Botschaft
- die Botschaft beim Heiligen Stuhl
- Besichtigung der Camera dei Deputati
- eine Rechtsanwaltskanzlei



in Riga:

- die deutsche Botschaft
- das Lettische Parlament
- die juristische Fakultät der Universität Riga
- der Constitutional Court



in Krakau:

- Untersuchungshaftanstalt Montelupich (Krakau)
- Jüdisches Viertel Kazimiers (Krakau)
- Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz und Auschwitz-Birkenau
- Jahrhunderthalle Breslau



in Lissabon:

- die juristische Fakultät der Universität Lissabon
- das Parlament
- die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen



in Barcelona:

- die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität
- das deutsche Generalkonsulat
- ein Strafgericht
- die Ciutat de la Justícia



in Berlin:

- die Gedenkstätte Hohenschönhausen
- das Holocaust-Denkmal
- das Reichstagsgebäude mit Deutschem Bundestag
- die JVA Berlin-Tegel



18.

Mitwirkung der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Verbänden und Arbeitsgruppen

18.1

Kanzlertagung der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst

In der Zeit vom 18. bis 20. Mai 2015 hat die 29. Dienstbesprechung der Kanzlerinnen und Kanzler, Verwaltungsdirektorinnen und -direktoren sowie Leitenden Verwaltungsbeamtinnen und -beamten der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (Hannover) stattgefunden, an der die Geschäftsleiterin der Fachhochschule, Oberregierungsrätin Romeike, teilgenommen hat.

Insgesamt haben Vertreter/innen von 24 Hochschulen und Fachhochschulen teilgenommen.

Neben einem Austausch über die aktuellen Entwicklungen an den einzelnen Fach-/Hochschulen wurden folgende Sachthemen besprochen:

- Empirische Sozialforschung für die kommunale Praxis und als Steuerungsunterstützung von Verwaltungsfachhochschulen
- Soziale Medien

„Brauchen öffentliche Einrichtungen soziale Netzwerke im digitalen Leben?“

Vortrag: Roman Mölling, MöllingMedia

- Didaktik am Niedersächsischen Studieninstitut (NSI)
 - Behaltensquote und Lerntypen
 - Didaktikkonzept am NSI
 - Didaktikangebot am NSI (modular aufgebaut; Abschluss durch Zertifikat)

Vortrag: Prof. Elke Scheske, Didaktikbeauftragte des NSI

- SMILE – **S**martphone in der **L**ehre
 - Entwicklung durch die Universität Freiburg
 - Projekt am NSI über die Integrationsmöglichkeiten in der Lehre

- Einsatz von internetfähigen Geräten bei Lehrenden und Studierenden innerhalb der Lehrveranstaltung (Kommunikation untereinander)
- Wesentliche Funktionen = Feedback, Question & Answer und Quiz; das „Feedback“ sowie die Funktion „Question & Answer“ werden bereits während der Dauer der Lehrveranstaltung eingesetzt
- Test/Echtbetrieb von SMILE ab Mitte 2015 im Bereich „BWL“

Vortrag: Marcel Ruthe, Lehrbeauftragter HSV/NSI

- Personalentwicklungskonzept am Beispiel der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung

Vortrag: Manuela Syskustus, Kanzlerin der HfPV

- Controlling/Innenrevision

Vortrag: Bernd Ziegler, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (Altenholz).



(Foto: Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der 29. Dienstbesprechung; Quelle: NSI)

18.2

Fachausschuss Rechtspflegerausbildung

Im Jahresrhythmus und am jährlich wechselnden Ort einer Fachhochschule findet eine Sitzung von Vertreterinnen und Vertretern der Fachbereiche Rechtspflege aller deutschen Fachhochschulen für (Verwaltung und) Rechtspflege statt (Fachausschuss Rechtspflegerausbildung). Gastgeber der Tagung vom 11. bis 13. Mai 2015 war das Justiz-Bildungszentrum in Schwechat. Als Vertreter der Fachhochschule hat der Sprecher des Fachbereichs Rechtspflege Prof. Dr. Schulte-Bunert an der Tagung teilgenommen.

Die Tagungsordnungspunkte sind unter 9.11 aufgeführt.

19.

Veranstaltungen in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

19.1

3. Amtsanwaltssymposium

Bereits zum dritten Mal führte die Fachhochschule am 26. Februar 2016 ein Amtsanwaltssymposium durch. Rund 180 Gäste, weit überwiegend aus dem Bereich der Amtsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft, unter ihnen der Hauptvorstand des Deutschen Amtsanwaltsvereins, der seine Jahrestagung in Bad Münstereifel erneut mit dem Amtsanwaltssymposium verbunden hatte, sowie 80 Amtsanwaltsanwältinnen und -anwälte aus sieben Bundesländern, fanden sich in der Aula der Fachhochschule ein.

Der Vormittag stand unter dem Zeichen der Cyberkriminalität. Herr Präsident des Bundeskriminalamtes a. D. Jörg Ziercke verwies in seinem Vortrag **"Cyberkriminalität aus der Sicht des Bundeskriminalamtes"** auf die stetig steigenden Zahlen in diesem Kriminalitätsbereich. In mehreren Beispielen legte er anschaulich die unterschiedlichen Vorgehensweisen international operierender Banden dar. Frau Generalstaatsanwältin Elisabeth Auchter-Mainz erläuterte im Anschluss in ihrem Vortrag **"Cyberkriminalität aus der Sicht der Staatsanwaltschaft"** die Hintergründe, die zur Gründung von „ZAC Köln - Zentralstelle und Ansprechpartner Cybercrime Köln“ geführt haben. Die Grundlagen und Aufgaben dieser Zentralstelle wurden von deren Leiterin, Frau Oberstaatsanwältin Eva Bartholomy, vorgestellt. Mithilfe verschiedener umfänglicher Verfahren erläuterte sie die Vorgehensweise der beteiligten Amts- und Staatsanwälte sowie die Zusammenarbeit mit der Polizei und Externen.

Nach einer kurzen Mittagspause widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums dem Thema Unfallursache Krankheit/Alter. Zunächst brachte der stellvertretende Leiter des Rechtsmedizinischen Institutes der Universität Mainz, Herr Professor Dr. Thomas Riepert, mit seinem Vortrag **"Unfallursache Krankheit/Alter - Medizinische Aspekte"** die Anwesenden auf den notwendigen medizinischen Stand. Er erläuterte die Spuren des Alterungsprozesses und deren Einfluss auf den

menschlichen Körper und seine Reaktionsfähigkeiten. Anschließend erläuterte er die Symptome und Auswirkungen körperlicher und geistiger Krankheiten auf die Fähigkeiten, die man für eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr benötigt. Hieran anknüpfend stellte Frau Amtsanwältin Maria Focken von der Hamburger Staatsanwaltschaft in ihrem Vortrag **"Unfallursache Krankheit/Alter - Beweisprobleme und Beweismittelsicherung"** die Beweisprobleme dar, die sich den Amtsanwältinnen und Amtsanwälten sowie der Polizei bei entsprechenden Unfällen stellen. Anhand mehrerer Beispiele präsentierte sie die teilweise drastischen Folgen von Unfällen unter Einfluss von Krankheit bzw. Alter und gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hilfreiche Ratschläge für die in solchen Fällen anstehende Beweismittelsicherung.

Die unterschiedlichen Themen dieses Symposiums wurden in den Kaffeepausen, während des Mittagessens und noch nach der Veranstaltung ausführlich von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Symposiums diskutiert, gehören die entsprechenden Delikte doch zu den typischen Fällen, mit denen sich die Amtsanwältinnen und Amtsanwälte in der beruflichen Praxis auseinandersetzen müssen.

Mit dem „Amtsanwaltssymposium“ will die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen die besondere Aufmerksamkeit auf den Berufsstand des Amtsanwalts lenken, den Berufsträgern ein Forum bieten, sich auszutauschen und die Anwältinnen und Anwörter in ihren neuen Berufskreis einführen.

19.2

Plakatausstellung „Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939 – 1945“

In der Zeit vom 20. April bis zum 12. Juni 2015 wurde vor und in der Aula der Fachhochschule die Ausstellung "Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939 -1945" präsentiert. Es handelt sich hierbei um eine Ausstellung der Stiftung 20. Juli 1944 in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Die Ausstellung zeigt anhand von 24 Personen unterschiedlichster Herkunft und Berufe, wie vielfältig die Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus waren. Manche Menschen verbreiteten Informationen ausländischer Rundfunksender, druckten Flugblätter und verteilten sie. Andere halfen verfolgten Juden, Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern. Und einige versuchten, Hitler zu stürzen, um seine verbrecherische Herrschaft und den Krieg zu beenden.

Eröffnet wurde die Ausstellung am 20. April 2015 mit einem Vortrag des Bonner Historikers Manuel Limbach mit dem Titel "Möglich, aber nicht üblich! Widerstand im 'Dritten Reich'". In seinem Vortrag ging Herr Limbach auf einzelne der in der Ausstellung vorgestellten Persönlichkeiten aber auch andere Personen des Widerstandes wie den früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler ein. Dabei machte er deutlich, dass diese Widerständler tatsächlich Ausnahmen in einer überwiegend aktiv unterstützenden oder passiven Bevölkerung waren.

Die Ausstellung wurde anschließend vom 13. Juli bis 14. August 2015 in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz in Monschau gezeigt.



20.

Sport

Die Fachhochschule konnte ihren Studierenden und Gästen unter Leitung von Justizoberamtsrat Thomas Schmidt auch im Jahr 2015 ein umfangreiches Sportprogramm anbieten. Es wurde in hohem Maße angenommen. Für die Studierenden stellt der Sport ein wichtiges Mittel zum Ausgleich der geistigen Belastungen dar. Mit den steigenden Anwärtierzahlen nahmen auch die Teilnehmerzahlen bei den sportlichen Aktivitäten deutlich zu.

Sportprogramm 2015



Allen Studierenden und Gästen der Fachhochschule werden die folgenden Sportmöglichkeiten angeboten:

Sportart	Ort	Wochentag	Uhrzeit	Ansprechpartner	Stud.-Gr.
Fußball	Mimi-Reno-Halle	Montag	20.30 - 22.00	Herr Walter	R 202
Volleyball / Basketball	Mimi-Reno-Halle	Mittwoch	16.30 - 18.00	Frau Westendorf	R 101
Badminton	Mimi-Reno-Halle	Donnerstag	15.45 - 17:00	Herr Prieue	R 205
Yoga	Dachgeschossraum Treppe hinter der Aula hoch FHR 1	Donnerstag	19.30	Frau Buchholz Angebot nach Absprache	
Kraftraum	FH II, Haus 1, Untergeschoss, Kraftraum	Ständiger Zugang (Schlüssel Verw. FH II)			
Lauftreff	Treffp.: Sportplatz	Donnerstag	16.00	Herr Pannen (Anfänger willkommen)	Doz.
Selbstverteidigung (für Anfänger)	Mensa FH 2	Montag	16.00	Frau Badalewski Frau Haase	R 102 R 106
Offener Spieleabend (Darts, Skat, Kicker, Poker ...)	Mensa FH II	Mittwoch	20.15		
Tischtennis	FHR II, Wohnheim 1 im Untergeschoss	Ständiger Zugang (Geräte und Schlüssel in d. Verw. FH II)			
Aerobic	FHR 1 Mensa	Dienstag	16.00 – 17.00	Frau Behrensmeier	R 205
Tennis-Treff FHR	Tennishalle BME - offen für jeden - 4 € für. 2 Std.	Montag	14.00 - 16.00	Terminsabsprache in der Iliasgruppe: Tennistreff FHR	

Den Studierenden konnte erneut auch **Yoga** als interner Kurs angeboten werden, insbesondere mit dem Schwerpunkt auf Entspannung, Umgang mit Stresssituationen u.ä. Dieses Angebot wurde wieder erfreulich gut angenommen. Es fanden ein Grundkurs und anschließend auch ein Fortgeschrittenenkurs statt.

Unter Leitung einer Studentin wurde auch ein **Aerobic-Kurs** mit sehr starker Beteiligung der Studierenden durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem örtlichen **Tennishallenbetreiber** wurde eine Sonderzeit mit Studententarifen angeboten. Dieses Angebot wurde je nach Studienabschnitt unterschiedlich genutzt.

Beim alljährlichen **Sportfest im September 2015**, dem Höhepunkt des Sportjahres, traten in zahlreichen Sportarten Studentenschaft, Professoren und Dozierende gegeneinander zum Wettkampf um den Wanderpokal an. Im Vordergrund standen wie immer die Gruppenfindung der Studierenden untereinander und auch der Kontakt mit der Dozentenschaft auf einer anderen als der fachlichen Ebene.

Auch im letzten Jahr wurde ein Freundschaftsspiel gegen die Insassenmannschaft der **JVA Euskirchen** durchgeführt. Hierbei steht jedoch weniger das Ergebnis als die Aktion selbst im Vordergrund.



Studentenmannschaft der FHR 2015

Die Studierenden nahmen im Juli 2015 mit einer Mannschaft an den **inoffiziellen Deutschen Fußball-Meisterschaften** der Fachhochschulen für Rechtspflege - einem Einladungsturnier der **Fachhochschule für Rechtspflege in Schwetzingen** - teil. Die Herrenmannschaft konnte nicht ganz an die fußballerischen Erfolge der Vorjahre anknüpfen und unterlag im Endspiel.

Die Siegespreise für die internen Veranstaltungen stellte dankenswerterweise - wie auch in den Vorjahren - der **Förderverein der Fachhochschule für Rechtspflege**. Dessen Unterstützung ist in vielerlei Hinsicht für das Sportleben an der FHR unverzichtbar. Viele Aktivitäten könnten ohne den Förderverein nicht in dieser Form durchgeführt werden. Hierzu gehört vor allem auch die Beschaffung von Geräten und Trikots.

Mit den weiter steigenden Studierendenzahlen und dem hinzugetretenen Ausbildungszentrum nahmen auch die Teilnehmerzahlen bei den sportlichen Aktivitäten wieder deutlich zu. Die Fachhochschule ist damit dem Auftrag der Studienordnung, den Sport in ihrem Bereich zu fördern, erfolgreich nachgekommen.

21.

Verein der „Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.“

Der Verein der „Freunde und Förderer der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen e.V.“ hat im Jahr 2015 unterschiedliche Veranstaltungen für die Studierenden gefördert bzw. organisiert.

So hat der Förderverein auch im Jahr 2015 die bereits traditionellen Fahrten zum Weihnachtsmarkt in Bonn und ins Weinanbaugebiet der Ahr durchgeführt, die von den Studierenden der verschiedenen Fachbereiche in großer Zahl wahrgenommen wurden.

Verschiedene Freizeitaktivitäten der Studierenden wurden unterstützt (Startgebühren für Turniere, Preise, Ausstattung mit Sportgeräten und Trikots, Benimmkurs etc.). Darüber hinaus wurden Abendveranstaltungen der Studierenden wie z.B. die jährliche Karnevalsfeier finanziell sowie durch die Bereitstellung von DJs bzw. einer Band und weiterer Unterhaltungspunkte gefördert. Außerdem erfolgte ein Ausbau der Grillhütte durch Einbau beweglicher, durchsichtiger Seitenwände.

Die Möglichkeit, Merchandising Artikel mit dem Logo der Fachhochschule zu erwerben, die vom Förderverein zur Verfügung gestellt und zum Selbstkostenpreis verkauft werden, erfreut sich wie in den Vorjahren großer Beliebtheit.

Am 19. Oktober 2015 fand in der Aula der Fachhochschule die jährliche Mitgliederversammlung des Vereins der Freunde und Förderer der Fachhochschule statt.

22.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

22.1

Pressemitteilungen

Die Fachhochschule hat die Öffentlichkeit auch im Jahr 2015 mit Hilfe von Pressemitteilungen über ihre Tätigkeit informiert (http://www.fhr.nrw.de/beh_aktuelles/presse/index.php). Die Pressemitteilungen werden nachfolgend auszugsweise wiedergegeben.



03.03.2015

**Von den Gefahren der Cyberkriminalität bis zum Einfluss von Alter und Krankheit auf Verkehrsunfälle:
3. Amtsanwaltssymposium der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen**

Am 26. Februar 2015 führte die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel zum dritten Mal ein Amtsanwaltssymposium durch. Herr Justizminister Thomas Kutschaty und Herr Direktor der Fachhochschule Dr. Benjamin Limbach konnten rund 180 Gäste begrüßen. Diese stammten weit überwiegend aus dem Bereich der Amtsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft, unter ihnen der Hauptvorstand des Deutschen Amtsanwaltsvereins, der seine Jahrestagung erneut mit dem Amtsanwaltssymposium verbunden hatte, sowie 80 Anwältinnen und Anwältler aus mehreren Bundesländern.



10.04.2015

"Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Strafvollzug": Vortrag von Dr. Mario Bachmann in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Am Donnerstag, dem 09. April 2015, hat Herr Dr. Mario Bachmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Kriminologie an der Universität zu Köln, in der Aula der Fachhochschule einen Vortrag zum Thema "Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Strafvollzug" gehalten. Er stellte mit Hilfe von Zahlen und Fakten veröffentlichte Entscheidungen nach Zeiträumen, Verfahrensart (u.a. Verfassungsbeschwerde, einstweilige Anordnung, Normenkontrolle) und nach Bundesländern dar und führte den zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörern anschaulich die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts beginnend mit der grundlegenden Entscheidung zum Strafgefangenen-Beschluss aus dem Jahr 1972 bis zu aktuellen Entscheidungen u.a. zur Haftraumunterbringung vor Augen.

15.04.2015

"Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939 -1945": Eine Ausstellung der Stiftung 20. Juli 1944 in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu Gast in der Fachhochschule für Rechtspflege

In der Zeit vom 20. April bis zum 12. Juni 2015 wird vor und in der Aula der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel die Ausstellung "Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939 -1945" gezeigt werden. Es handelt sich hierbei um eine Ausstellung der Stiftung 20. Juli 1944 in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Die Gedenkstätte ist auf Anregung aus dem Kreis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 im Jahr 1967 in Berlin auf Beschluss des Senats als Gedenk- und Bildungsstätte, die über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus informieren sollte, eingerichtet worden. Die Ausstellung wird vom 20. April bis 12. Juni 2015 in der Fachhochschule Bad Münstereifel und vom 13. Juli bis 14. August 2015 in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz in Monschau gezeigt werden.



20.04.2015

Neue Studenten-Webmaster der Justiz 2015: Auch dieses Jahr

Die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen bietet seit neun Jahren einen Zusatzkurs "Webmaster der Justiz" an. In diesem Jahr haben mit einer Rekordteilnehmerzahl insgesamt 51 Studierende der Fachhochschule und Anwärtler/innen des Justizausbildungszentrums freiwillig und erfolgreich einen Kurs zum "Webbetreuer der Justiz" absolviert und sind nunmehr in der Lage, die Justiz Nordrhein-Westfalens bei ihren zahlreichen Internet- und Intranet-Auftritten zu unterstützen: sei es bei den verschiedenen Projekten von Justiz-Online - z.B. "Justiz intern" für den beruflichen Wiedereinstieg - oder bei der Pflege der Homepages der rund 300 Justizeinrichtungen Nordrhein-Westfalens.



24.07.2015

"Salafismus - Hintergründe und Entstehung, Erkennen von Radikalisierungstendenzen und Möglichkeiten des Entgegenwirkens": Vorträge von Volker Trusheim und Gordon Jensen

Am Dienstag, dem 21. Juli 2015, hat der Islamwissenschaftler Herr **Volker Trusheim**, Referent im Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen einen Vortrag zum Thema **"Extremistischer Salafismus und islamistisch-motivierter Terrorismus"** gehalten. Er führte die erschienenen Studierenden und Lehrenden in die Entstehungsgeschichte des extremistischen Salafismus ein. Den zweiten Vortrag hat Herr Gordon Jensen, ebenfalls Referent im Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, zum Thema **"Konzepte und Angebote zur Prävention"** gehalten. Er betrachtete das Phänomen des Salafismus unter dem Blickwinkel der Jugendkultur.



04.08.2015

Der neue Jahrgang: 129 neue Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen begrüßt

Die einen gehen, die anderen kommen: Kaum hatten die 164 Examenskandidaten 2015 nach ihrer letzten Klausur die Fachhochschule am 31. Juli verlassen, traten am 3. August 2015 auch schon 129 neue Studierende in Bad Münstereifel das Studium der Rechtspflege an. Dass nun schon zum achten Mal in Folge die magische Zahl von 100 Studienanfängern überschritten wird, ist natürlich ein Grund zur Freude, stellt die Fachhochschule aber auch weiterhin vor anspruchsvolle organisatorische Aufgaben.



03.09.2015

Anwärterinnen und Anwärter aus 7 Bundesländern: Begrüßung an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Am 01. September 2015 haben an der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel 34 Anwärterinnen und Anwärter das Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin (FH) bzw. zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) aufgenommen. Anders als ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen im Fachbereich Rechtspflege stammen sie nicht nur aus Nordrhein-Westfalen (17), sondern auch aus Niedersachsen (7), Rheinland-Pfalz (3), Sachsen (1), Sachsen-Anhalt (3), Schleswig-Holstein (3) und Thüringen (2).



09.09.2015

Besuch im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und der angeschlossenen Dauerausstellung "Köln im Nationalsozialismus"

Das EL-DE-Haus am Appellhofplatz 23–25 war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Sein Name wurde zum Inbegriff der NS-Schreckensherrschaft in Köln, aber auch für den Umgang und die spätere Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte der Stadt nach 1945. Es mutet wie eine besondere Ironie der Geschichte an, dass ausgerechnet dieses Haus den Krieg überdauert hat, während die meisten Gebäude umher zerstört wurden. Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln ist die größte lokale Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Am 13. Dezember 1979 per Ratsbeschluss eingerichtet, entwickelte sich die Einrichtung zunächst mühsam, später in großen Schritten zur heutigen Form.

12.10.2015

"Jugend im Nationalsozialismus" und "Rechtsextremismus heute": Andreas Brings in der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Am Mittwoch, dem 7. Oktober 2015, hat Herr *Andreas Brings* zusammen mit seiner *Frau Regina Hiertz*, vor ca. 180 Studierenden sowie Professoren, Dozentinnen und Dozenten in der Aula der Fachhochschule einen Vortrag zu den Themen "Jugend im Nationalsozialismus" und "Rechtsextremismus heute" gehalten.

Herr *Andreas Brings* setzt sich seit 35 Jahren mit dem Thema des Nationalsozialismus auseinander. Für sein Engagement erhielt er im Jahr 2012 eine feierliche Ehrung durch den Freundeskreis der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem.



30.10.2015

6. Kunst- und Handwerkermarkt an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen: mehr als 1500 Gäste

Am Sonntag, dem 25. Oktober 2015, fand zum sechsten Mal an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen der traditionelle Kunst- und Handwerkermarkt statt, der auch in diesem Jahr wieder durch einen kleinen Genussmarkt ergänzt wurde.



01.12.2015

194 neue Diplomandinnen und Diplomanden: Diplomierungsfeier 2015

Am Donnerstag, dem 26. November 2015, fand in Bad Münstereifel die diesjährige Diplomierungsveranstaltung der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen statt. In seiner Begrüßung gratulierte der Direktor der Fachhochschule, Herr Dr. Benjamin Limbach, den neuen Diplomandinnen und Diplomanden. "Sie gehören ab nun dazu und sind Teil der Justiz und staatlichen Verwaltung. Darauf dürfen Sie stolz sein - jedenfalls heute Abend."



23.12.2015

Besuch des Centro de Estudos Judiciários: Ein internationaler Austausch mit Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten aus acht europäischen Ländern

Herr Richter am Amtsgericht Dr. Gerd Kathstede, Dozent an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, hat im Rahmen des von der Europäischen Union unterstützten Austauschprogramms für Juristen (European Judicial Training Network – EJTN) an einem internationalen Seminar an der portugiesischen Justizakademie (Centro de Estudos Judiciários – CEJ) teilgenommen. Das einwöchige Seminar hat in Lissabon stattgefunden.

3. Amtsanwaltssymposium am 26.02.2015Freitag, 27. Februar 2015 **Kölner Stadt-Anzeiger****Ziercke warnt vor Tatort Internet****FACHHOCHSCHULE** Ex-BKA-Chef und NRW-Justizminister sprachen vor Amtsanwälten

VON KIRSTEN RÖDER

Bad Münstereifel. Jörg Ziercke, der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamts, machte am Donnerstag am Pult der Fachhochschule für Rechtspflege keinen Hehl aus seinen Erfahrungen: Die Statistik sei das eine, die Realität sehe noch schlimmer aus. „Die Bedrohung durch Cyberkriminalität wird immer größer“, sagte er und führte zudem sowohl eine hohe Dunkelziffer als auch eine geringe Aufklärungsquote ins Feld.

„Die bewährten Ermittlungsmethoden greifen bei der Kriminalität im Internet nicht. Die übliche Täter-Opfer-Beziehung fehlt. Man muss bei der Bekämpfung global denken und neue Wege der Spurensuche finden“, so Ziercke.

„Digitale Spuren zu verfolgen, ist schwierig

Jörg Ziercke, Ex-BKA-Chef



Fachhochschulleiter Dr. Benjamin Limbach (v. l.) stellte hochkarätige Referenten vor: NRW-Justizminister Thomas Kutschaty und den früheren Präsidenten des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke. Foto: Röder

Mittlerweile sei das Smartphone ein großes „Einfallstor“ der Kriminellen im Netz. Letztlich könne jeder Bürger Opfer werden, konstatierte der erfahrene Kriminalbeamte.

Hochkarätige Referenten waren beim dritten Amtsanwaltssymposium der Fachhochschule dabei, das für die Anwälte als Forum zum Austausch dienen soll. „Ab diesem Jahr kann man mit Fug und Recht schon von einer kleinen Tradition sprechen“, freute sich Dr. Benjamin Limbach, Leiter der Fachhochschule. Die „Crème de la Crème“ der Rechtspflege füllte den Raum: Limbach zählte 160 Personen – darunter Justizminister, Richter, Staatsanwälte, Vertreter des Landeskriminalamts sowie der benachbarten Justizvollzugsanstalten und natürlich angehende Amtsanwälte. Unter den

Referenten waren neben Ziercke auch die Kölner Generalstaatsanwältin Elisabeth Aucter-Mainz und Oberstaatsanwältin Eva Bartholomy.

Das Grußwort hielt Thomas Kutschaty, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Themen der Referenten hätten kaum aktueller sein können, hatte das BKA doch erst wenige Stunden zuvor die „Zerschlagung eines weltweiten Botnetzes“ mit 3,2 Millionen infizierter Computer vermeldet, von denen Passwörter und Bankdaten „geklaut“ werden sollten. „Das Kriminalitätsphänomen des Cybercrime ist ohne Zweifel eine der größten Herausforderungen für die Strafverfolgungsbehörden“, sagte Kutschaty.

Das Internet sei schon lange nicht mehr aus dem täglichen Leben wegzudenken. 80 Prozent al-

ler erwachsenen Bundesbürger nutzten das weltweite Netz regelmäßig. Einkäufe und Bankgeschäfte würden rund um die Uhr von zu Hause aus online erledigt. Viele tummelten sich in sozialen Netzwerken. „Die Möglichkeiten, sich im Netz kriminell zu betätigen, scheinen schier unerschöpflich“, so Kutschaty. 2012 habe es allein in NRW 54 000 Straftaten gegeben, bei denen das Internet Tatmittel war. Ein Jahr später waren es schon mehr als 70 000.

„Doch digitale Spuren zu verfolgen, ist schwierig“, sagte Ziercke. Der Wegfall der Vorratsdatenspeicherung, bei der personenbezogene Daten wie Telefongespräche gespeichert werden durften, habe die Ermittlungen nicht einfacher gemacht.

Bis in den Nachmittag hinein wurde in der Fachhochschule refe-

riert und diskutiert. War in der ersten Hälfte des Symposiums die Cyberkriminalität das Thema, beschäftigten sich Referenten und Plenum im zweiten Teil mit den Unfallursachen Krankheit und Alter sowie den damit einhergehenden Beweisproblemen und der Beweismittelsicherung. „Medizin, Kriminalistik und Juristerei sind in der Fallbearbeitung zu vernetzen“, so Kutschaty.

Seit vielen Jahren bildet die Fachhochschule Amtsanwälte für 13 Bundesländer aus. „Wir sind stolz, in diesem Frühjahr in beiden Studienabschnitten zusammen 80 Anwärter auszubilden“, sagte Limbach. Den Absolventen versicherte er: „Aus allen beteiligten Ländern wissen wir, dass Sie dringend erwartet werden. Der Bedarf an Nachwuchskräften ist unverändert groß.“

Diplomierungsveranstaltung am 26. November 2015

36 EUSKIRCHENER LAND

nstag./Sonntag, 28./29. November 2015 Kölner Stadt-Anzeiger

Sar



In Reih und Glied: 200 Absolventen der Fachhochschule für Rechtspflege NRW in Bad Münstereifel hatten am Freitag ihren großen Tag. Sie bekamen ihre Diplome überreicht. Fotos: Röder

Der Lohn für 1800 Lehrstunden

FEIER Justizminister sprach von einem Neubeginn für die 200 Absolventen der Fachhochschule

VON KIRSTEN RÖDER

Bad Münstereifel. 200 Absolventen der Fachhochschule für Rechtspflege NRW erhielten ihr Diplom während eines Festakts in der Heinz-Gerlach-Halle. „Sie haben jetzt die Ernte dreier lern- und arbeitsreicher Jahre eingefahren“, würdigte Dr. Benjamin Limbach, der Direktor der Fachhochschule, die Leistung.

Als Ehrengast und Festredner begrüßte Limbach NRW-Justizminister Thomas Kutschaty sowie weitere Vertreter des Justizministeriums, des Oberlandesgerichts und der Staatsanwaltschaft.

„Haben Sie gewusst, dass etwa 1800 Lehrveranstaltungsstunden hinter Ihnen liegen?“, fragte Kutschaty die Diplomanden. Jetzt heiße es Abschied vom Studentenleben zu nehmen: „Die Feier symbolisiert auch einen Neubeginn, dem bekanntlich stets ein Zauber inneohnt. Bewahren Sie sich diesen Zauber. Freuen Sie sich auf den Neubeginn.“

Limbach nahm die Absolventen in seiner Rede auch in die Pflicht: „Sie gehören ab nun dazu und sind Teil der Justiz und der staatlichen



Justizminister Kutschaty

Verwaltung. Darauf dürfen Sie stolz sein – jedenfalls heute Abend. Morgen heißt es dann «Frisch ans Werk gehen!»“

Der Direktor der Bad Münstereifeler Fachhochschule thematisierte auch die aktuelle Flüchtlingssituation. In den Medien und in der Öffentlichkeit sei nicht nur die Politik, sondern auch die staatliche Verwaltung teilweise heftig in die Kritik geraten. Doch der Öffentliche Dienst sei genau das, um das Deutschland auch in den Krisenregionen beneidet werde, so Limbach. „Die Flüchtlinge

finden in der Tat etwas bei uns, dass sie aus ihren Heimatländern leider nicht kennen: Eine nicht nur dem Namen nach unabhängige Justiz, eine dem Legalitätsprinzip verpflichtete Staatsanwaltschaft, ein Strafvollzug, in dem die Menschenwürde jedes Inhaftierten gewahrt wird, und insgesamt eine staatliche Verwaltung, die rechtsstaatlichen Prinzipien unterworfen ist und von den Bürgern gerichtlich kontrolliert werden kann.“

Freudestrahlend nahmen die Absolventen am Ende der Veranstaltung ihre Diplomurkunde aus den Händen der Fachbereichsleiter in Empfang.

Anlage 1:

Professoren, Dozentinnen und Dozenten

(Stand: 31. Dezember 2015)

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Schwerpunkte der Lehrtätigkeit bzw. sonstigen Aufgaben
Achenbach	Kai	Justizamtmann	<u>FHR und/oder AZJ:</u> SVR, KOR, ZVR IT-Aufgaben
Bannert	Beate	Justizoberinspektorin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> SVR, GBR, ÖDR, StR, GSO
Dr. Bast	Klaus	Richter am Amtsgericht	<u>FHR:</u> BGB I–III, FAR, ZPR, VIR, StR
Dr. Becker	Matthias	Professor	<u>FHR:</u> BGB I–III, FAR, NLR, IPR, ZPR, VIR
Beitzel (hier seit 01.08.2015)	Rüdiger	Vorsitzender Richter am Landgericht	<u>FHR und/oder AZJ:</u> BGB I, FAR, ZPR
Dr. Binder (hier seit 01.08.2015)	Christian	Richter am Landgericht	<u>FHR und/oder AZJ:</u> BGB I, FAR, ZPR
Birx	Michael	Oberregierungsrat	<u>FHR und/oder AZJ:</u> BWL, KLR, Rechnungswesen, Investitionsrechnung, EPOS.NRW
Bließen (hier seit 01.08.2015)	Sarah	Regierungsoberinspektorin	<u>FHR:</u> VV, PV
Buttgereit	Elke	Justizamtsrätin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> FAR, HRR, NLR, ÖDR, ÖR
Dr. Cassone (bis 31.08.2015)	Stefan	Oberregierungsrat	<u>FHR:</u> ZR, VR
Cürten	Ulrike	Leitende Regierungsdirektorin Ständige Vertreterin des Direktors der FHR und stellvertretende Leiterin des AZJ	<u>FHR:</u> VR, StVerwR, StR, BGB I, II <u>FHR und AZJ:</u> Leitungsaufgaben
Dappozzo	Barbara	Justizamtsrätin	<u>FHR und/oder AZJ:</u> WVS, GBR, ZPR, InsO, ZVR, VIR Verfahrenspflegestelle Mobiliarovollstreckung

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Schwerpunkte der Lehrtätigkeit bzw. sonstigen Aufgaben
Dormann	Andreas	Regierungsrat	<u>FHR</u> : Leiter des IT-Zentrums Leitung der Verfahrenspflegestellen „IT-ZVG“ und „RASYS“, der Bundesarbeitsgemeinschaft E-Learning der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst in Deutschland
Dr. Els	Frank	Professor	<u>FHR</u> : StR, StPO, BGB I-III, FAR, ZPR, VIR
Fischer	Dagmar	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ</u> : HRR, WBK, ZVR, NLR, FAR, ZPR
Dr. Friedrich	Maximilian	Richter	<u>FHR</u> : ABR, ZPR, FAR, ÖR
Dr. Fritsche (bis 31.05.2015)	Ingo	Professor	<u>FHR</u> : BGB II und III, NLR, WPR IT-Aufgaben
Dr. Fuhrmann	Sebastian	Richter am Landgericht	<u>FHR</u> : ABR, ZPR <u>AZJ</u> : FAR
Gutschmidt	Bernhard	Oberregierungsrat	<u>FHR</u> : HRR, ZPR, SVR
Henderson (bis 31.07.2015)	Michael	Richter	<u>FHR und/oder AZJ</u> : BGB I, FAR, ZPR, VIR, ÖR, InsO
Dr. Jacobi	Knut	Professor	<u>FHR</u> : BGB I-V, IPR, WPR, StR,
Jenisch	Oliver	Staatsanwalt	<u>FHR</u> : StPO, StVR
Dr. Kathstede	Gerd	Richter am Amtsgericht	<u>FHR</u> : BGB I-II, ZPR I-II, FAR, BÜR II <u>AZJ</u> : FAR
Kerkmann (bis 31.07.2015)	Astrid	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ</u> : KOR, ÖDR, ZPR, FAR, VWS
Kerkmann	Heinz-Georg	Amtsanwalt	<u>FHR und/oder AZJ</u> : StR, SVR, StVR, ÖDR
Klos	Hans Dieter	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ</u> : KOR, ZVR, InsO

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Schwerpunkte der Lehrtätigkeit bzw. sonstigen Aufgaben
Knabenschuh (bis 09.03.2015)	Christiane	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ</u> : KOR, ÖDR, StR, GSO
Koep	Marika	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ</u> : KOR, ÖDR, VWS
Kremer (bis 31.07.2015)	Ralf	Richter am Oberlandesgericht	<u>FHR</u> : BGB I–III, FAR, StR
Dr. Lamberz (hier seit 26.11.2015)	Markus	Professor	<u>FHR</u> : FAR, NLR, ZPR
Lechner-Jonas	Almut	Regierungsrätin	<u>FHR</u> : PSYCH, KOM
Dr. Limbach	Benjamin	Direktor	<u>FHR</u> : StR
Dr. Münster	Peter	Professor	<u>FHR</u> : StVerwR, StR, VR
Nenn	Simone	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ</u> : SVR, VWS, KOR, InsO, ÖR, GSO
Dr. Neukirchen	Christoph	Professor	<u>FHR</u> : BGB I-III, FAR, NLR, IPR, StR, StPO, Leitung des fachwissenschaftlichen Studiums für den Amtsanwaltsdienst
Nolte-Gehlen	Beate	Regierungsdirektorin	<u>FHR</u> : PSYCH, KRIM, KOM Studienberatung Stellvertretende Sprecherin des Fachbereichsrats Strafvollzug
Pannen	Ralf	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ</u> : HRR, ÖR, ÖDR, VWS, WBK, Gerichts- organisation - Organisationsaufgaben AZJ - Beauftragter für pädagogisch- didaktische Angelegenheiten
Ramm	Robert	Oberregierungsrat	<u>FHR</u> : GBR, ZPR, VIR <u>AZJ</u> : InsO, ZVR
Dr. Roentgen	Frederik	Professor	<u>FHR</u> : BWL, KLR, Rechnungswesen, Investiti- onsrechnung

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Schwerpunkte der Lehrtätigkeit bzw. sonstigen Aufgaben
Rokitta-Liedmann	Marlies	Oberregierungsrätin	<u>FHR</u> : ZVR, ZPR, NLR
Schäfersküpper	Michael	Regierungs- oberamtsrat	<u>FHR</u> : Staats- und Verwaltungsrecht, Vollzugs- recht, Soziale Sicherung der Gefange- nen, Datenschutz, Sicherungsverwah- rung, Personalverwaltung
Dr. Schlüter (bis 31.07.2015)	Roland	Richter am Amtsgericht	<u>FHR</u> : ABR, ZPR, FAR, ÖR <u>AZJ</u> : FAR
Schmidt	Thomas	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ</u> : KOR, HRR Leitung „Justiz-Online Webauftritte“ und „Justiz intern“, Leitung der Verfahrens- pflegestelle Mobiliarvollstreckung, Be- auftragter für den Studierendensport I
Schorn (hier seit 01.09.2015)	Guido	OAR	<u>FHR</u> : PV, VV
Schröder	Bernhard	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ</u> : WVS, GBR, ZVR
Dr. Schulte-Bunert	Kai	Professor	<u>FHR</u> : BGB I–V, ZPR, ÖR, IPR Sprecher des Fachbereichsrats Rechtspflege
Schulz (hier seit 01.10.2015)	Bernd	OStA	<u>FHR und/oder AZJ</u> : BGB, ZPR, ZVR, StR, StPO
Schweda	Holger	Richter am Landgericht	<u>FHR</u> : BGB I–V, ZPR, ÖR, ÖDR, WPR, StR, StPO, VIR
Simon	Stefanie	Justizamtfrau	<u>FHR und/oder AZJ</u> : ÖDR, KOR, FAR, WVS, ZVR
Steffen	Manfred	Justizoberamtsrat	<u>FHR und/oder AZJ</u> : GBR, ZVR, NLR, FAR
Stieve	Sonja	Justizoberinspektorin	<u>FHR und/oder AZJ</u> : ZVR, NLR, KOR, HRR, StR

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Schwerpunkte der Lehrtätigkeit bzw. sonstigen Aufgaben
Dr. Tauberger	André	Professor	<u>FHR</u> : BWL, WBK, Strategisches und operatives Controlling, KLR, Investitionsrechnung, Organisation und Organisationsentwicklung Leiter des Zentrums für Betriebswirtschaft
Theißen-Fuß	Aloisia	Justizamtsrätin	<u>FHR und/oder AZJ</u> : HRR, KOR
Thimm	Ulrich	Oberregierungsrat	<u>FHR</u> : PV, VV, HHR Sprecher des Fachbereichsrats Strafvollzug
Ulhaas	Jennifer	Justizinspektorin	<u>FHR</u> : SVR <u>AZJ</u> : HRR, GBR, GSO, VWS
Walter	Elfriede	Oberregierungsrätin	<u>FHR</u> : NLR, VIR, KOR <u>FHR und AZJ</u> : Organisation der Lehre Stellvertretende Sprecherin des Fachbereichsrats Rechtspflege
Wiesel	Margret	Oberregierungsrätin	<u>FHR und/oder AZJ</u> : KOR, NLR Gleichstellungsbeauftragte
Zimmermann	Alexandra	Justizoberamtsrätin	<u>FHR und AZJ</u> : SVR, GBR
Zielezny (bis 31.07.2015)	Christof	Regierungs- oberinspektor	<u>FHR</u> : PV, AV, VV

Abkürzungen:

ABR - Allgemeines Bürgerliches Recht

AV -Arbeitsverwaltung

BGB - Bürgerliches Gesetzbuch

BWL - Betriebswirtschaftslehre

FAR - Familienrecht

GBR - Grundbuchrecht

GSO - Geschäftsordnung

HR – Haushaltsrecht

HRR - Handelsregisterrecht

InsO - Insolvenzrecht

IPR - Internationales Privatrecht

KLR - Kosten- und Leistungsrechnung

KOM - Kommunikation

KOR - Kostenrecht

KRIM - Kriminologie

NLR - Nachlassrecht

ÖDR - Öffentliches Dienstrecht

ÖR - Öffentliches Recht

PSYCH - Psychologie

PV - Personalverwaltung

RASYS - Rechtsantragstellensystem

StPO - Strafprozessordnung

StR - Strafrecht

StVerwR - Staats- und Verwaltungsrecht

StVR - Straßenverkehrsrecht

StR – Strafrecht

SVR - Strafvollstreckungsrecht

VIR - Vollstreckungs- und Insolvenzrecht

VR - Vollzugsrecht

VV - Vollzugsverwaltung

VWS - Verwaltungssachen

WBK - Wirtschafts- und Bilanzkunde

WPR - Wertpapierrecht

ZPR – Zivilprozessrecht

ZVG - Zwangsversteigerungsgesetz

ZVR – Zwangsversteigerungsrecht

Anlage 2:

Hauptberufliche sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: 31.12.2015)

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Aufgabenfeld
Romeike	Heike	Oberregierungsrätin	Geschäftsleiterin
Arends	Margret	Justizbeschäftigte	Kanzlei und Allg. Verwaltungsaufgaben
Cerniglia	Gina	Justizbeschäftigte	Geschäftsstellenverwaltung
Glos	Gabriele	Justizbeschäftigte	Allg. Verwaltungsaufgaben (insbes. IT-Bereich)
Groß	Elke	Justizamtsinspektorin	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Heck	Claudia	Justizbeschäftigte	Kanzlei
Heck	Heinz	Justizamtsinspektor	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung Koordinator IT-Betreuungsverbund
Hein	Angelika	Justizbeschäftigte	Vorzimmer
Jungmann	Marion	Justizbeschäftigte	Kanzlei
Krämer	Carmen	Justizbeschäftigte	Kanzlei und Allg. Verwaltungsaufgaben
Müller	Timo	Justizvollzugsobers- sekretär	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Pape-Schlich	Roswitha	Justizbeschäftigte	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung (insbes. IT-Bereich)
Schmitz	Marlene	Justizbeschäftigte	Bücherei
Schneider	Ralf	Justizamtsinspektor	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung

Name	Vorname	Dienstbezeichnung	Aufgabenfeld
Sigel	Astrid	Justizamtsinspektorin	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Stenshorn	Sonja	Justizamtsinspektorin	Allg. Verwaltungsaufgaben - Sachbearbeitung
Truckenbrodt	Michael	Justizamtman	Stellvertretender Geschäftsleiter
Ullrich	Bernd	Justizbeschäftigter	Koordinator / Betreuungsverbund IT
Vogel	Margarete	Justizbeschäftigte	Allg. Verwaltungsaufgaben
Behrend	Rolf-Peter	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Kornet (ab 01.11.2015)	Wilfried	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Lückerath (bis 31.10.2015)	Walter	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Marschollek	Theo	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Mörsch	Karl-Heinz	Justizbeschäftigter	Haus- und Hofdienst
Barion	Brigitte	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Battaglioli	Stefanie	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Blindert	Waltraud	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Gassen	Brigitte	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst
Hurtz	Josepha	Justizbeschäftigte	Reinigungsdienst

Ein Mitarbeiter der Verwaltung befindet sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit (Blockmodell).

Anlage 3:

Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede von
Herrn Justizminister Thomas Kutschat
anlässlich der Diplomierungsfeier
der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
in den Studiengängen Rechtspflege und Strafvollzug
am 26. November 2015**

Sehr geehrter Herr Dr. Limbach,
sehr geehrter Frau Bürgermeisterin Preiser-Marian
sehr geehrte Damen und Herren,
vor allem: liebe Diplomandinnen und Diplomanden,

ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Wir haben heute eine Klausur geschrieben. Wir schreiben eigentlich ständig Klausuren. Und wenn wir gerade keine schreiben, dann sprechen wir übers Klausurenschreiben und überlegen uns, wie man eine Klausur schreiben würde, wenn man wieder mal eine schreibt.“

Eigentlich habe ich ein gutes Gefühl, wenn ich eine Klausur geschrieben habe. Das liegt wohl daran, dass ich unmittelbar darauf vergesse, was ich geschrieben habe. Das hat so etwas Befreiendes.“

Kommt Ihnen diese Gefühlslage bekannt vor, liebe Diplomandinnen und Diplomanden?

Ich könnte es mir jedenfalls sehr gut vorstellen. Das Zitat stammt übrigens von einem Gerichtsvollzieheranwärter, der seine Impressionen über seine Ausbildung in Monschau 2007 in einem Internet-Blog veröffentlicht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine bestandene Prüfung ist nicht nur eine wichtige Zäsur im Leben, sondern - wie es in dem Zitat so schön heißt - auch eine Befreiung. Ich erinnere mich noch an meine Examenszeit: Wie ein Gefühl der Erleichterung bei uns allen eintrat, als die letzte Klausur geschrieben war und wie befreit wir uns gefühlt haben, als wir nach bestandener mündlicher Prüfung das Prüfungsamt verließen.

Bestimmt ging es vielen von Ihnen ähnlich. In den letzten Wochen habe ich selbst mitbekommen, wie aufgeregt und voller Anspannung Sie morgens das Justizministerium auf dem Weg zum Prüfungsamt betreten haben.

Umso mehr habe ich mich gefreut, wenn ich Nachmittags zufällig mitbekommen habe, wie groß die Erleichterung bei Ihnen war, als Sie nach bestandener Prüfung von Familie und Freunden in Empfang genommen worden sind. Spätestens da konnten Sie erleichtert aufatmen, mit Ihrer Ernennungsurkunde in der Hand und in dem Bewusstsein: Es ist geschafft!

Und so freue mich sehr, Ihnen, liebe Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2015, heute ganz herzlich zu Ihrem erfolgreichen Abschluss in den Fachbereichen Rechtspflege und Strafvollzug gratulieren zu können.

Sie alle haben sich ein anspruchsvolles Studium ausgesucht. Drei lernintensive Jahre liegen hinter ihnen. Haben Sie gewusst, dass allein bezogen auf das Studium an der Fachhochschule, also ohne Berücksichtigung der fachpraktischen Zeiten und ohne Berücksichtigung der Examensleistungen, ca. 1.700 Lehrveranstaltungsstunden hinter Ihnen liegen, soweit sie in der Fachrichtung Rechtspflege studiert haben? Ist Ihnen weiterhin bekannt, dass Sie während des Studiums 33 bewertungsrelevante Leistungsnachweise unterschiedlichster Art, überwiegend jedoch Klausuren, erbracht haben? Bei Ihnen, liebe Diplomandinnen und Diplomanden des Strafvollzuges, waren es ca. 1.800 Lehrveranstaltungsstunden sowie 37 Leistungsnachweise. Bereits diese Zahlen machen deutlich, was Sie in den zurückliegenden drei Jahren geleistet haben. Sie haben sich Ihr Diplom redlich verdient. Die Buchstaben des Begriffs DIP-

LOM stehen bei Ihnen für **D**urchhaltevermögen, **I**nitiative, **P**ower, **L**eistung, **O**ffenheit und **M**iteinander. All das haben Sie bewiesen. Die drei Jahre Studium waren eine große Herausforderung, die Sie mit Bravour gemeistert haben. Hierauf können Sie, aber auch Ihre Eltern, Familie und Freunde zu Recht stolz sein.

Dass Sie so erfolgreich Ihr Studium absolvieren konnten, liegt auch an den Rahmenbedingungen, insbesondere den hervorragenden Lern- und Arbeitsbedingungen hier vor Ort. An dieser Stelle richtet sich mein Dank, an die überaus engagierten und kompetenten Lehrkräfte, die Angehörigen der Verwaltung und all die übrigen helfenden Hände, die an der Fachhochschule tätig sind und ohne die ein reibungsloser Tagesablauf nicht möglich wäre. Zu nennen sind an dieser Stelle auch all diejenigen Studentinnen und Studenten, die sich über Ihr Studium hinaus für Ihre Studiengruppe, Ihren Fachbereich aber auch die Hochschule insgesamt mit großem Engagement eingesetzt haben. Es ist nicht selbstverständlich, dass Sie sich in Ihrer wenigen Freizeit - und dass selbst während ihrer Prüfungsphasen - freiwillig im Rahmen der Selbstverwaltung für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen eingesetzt haben. Sie alle haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass so viele Absolventinnen und Absolventen heute hier Ihren erfolgreichen Abschluss feiern können.

Ihnen Allen: Herzlichen Dank!

Liebe Absolventinnen und Absolventen,

das intensive gemeinsame Lernen und Arbeiten, aber auch die Unterbringung auf dem Campus, gemeinsame Unternehmungen und Feiern hier in Bad Münstereifel werden sicherlich dazu beigetragen haben, dass Sie auch persönliche Erlebnisse aus diesen drei Jahren mitnehmen werden. Anekdoten, an die Sie bestimmt noch oft mit einem Lächeln - manchmal vielleicht auch ein wenig wehmütig - zurückdenken. Vielleicht kommen Sie mal am Wochenende nach Bad Münstereifel zurück, genießen - ohne Lernstress und damit ohne in Gedanken bereits bei der nächsten Klausur zu sein - die schöne Fahrt durch die Eifel, spazieren durch die Fußgängerzone und erinnern sich an die Zeit Ihres Studiums. Ich würde mir wünschen, dass Sie diese Zeit

in guter Erinnerung behalten, gewonnene Freundschaften pflegen und Ihren künftigen Beruf mit Freude und Stolz ausüben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie, dass ich mich zunächst mit einigen Worten den Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs „Rechtspflege“ zuwende.

Der Beruf des Rechtspflegers ist leider bis heute für viele Nichtjuristen ein weitestgehend unbekanntes Wesen. Welche Bedeutung Ihr Beruf für die Justiz in Deutschland hat, hat jedoch bereits der ehemalige Bundesminister der Justiz, Hans-Jochen Vogel im Jahr 1975 erkannt, als er erstmals von den Rechtspflegern als „Zweite Säule der Dritten Gewalt“ sprach. Heute wissen wir, wie Recht er damit hatte. Sie, verehrte Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind aus der Justiz nicht mehr wegzudenken. Sie tragen unser Rechtssystem maßgeblich mit.

Die historischen Eckdaten der beeindruckenden Entwicklung ihres Berufs sind schnell aufgezählt: Im Jahr 1923 verwendet Preußen erstmals die Funktionsbezeichnung „Rechtspfleger“, Anfang der 30er Jahre erhält der im Jahr 1909 gegründete „Bund Deutscher Rechtspfleger“ seine heutige Bezeichnung. Nach dem zweiten Weltkrieg wird im Jahr 1957 mit dem ersten Rechtspflegergesetz die gerichtsverfassungsrechtliche Stellung der Rechtspflege als eigenständiges Justizorgan verankert.

1976 kommt die Ausbildung an den Fachhochschulen hinzu, 1998 die gesetzliche Verankerung der sachlichen Unabhängigkeit und 2004 werden mit dem Ersten Justizmodernisierungsgesetz viele neue Möglichkeiten geschaffen, um Aufgaben der Richter auf die Rechtspfleger zu übertragen. Das gilt vor allem in den Bereich Register- und der Nachlasssachen, aber auch bei der Strafvollstreckung. Schließlich haben Sie im Jahr 2005 neue Zuständigkeiten im Betreuungsrecht erhalten.

All diese Schritte haben dazu geführt, dass Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, wie bereits erwähnt, aus unserer Gerichtslandschaft nicht mehr wegzudenken sind.

Und das betrifft nicht nur die Rechtspflege, in der etwa beim Handelsregister, beim Nachlassgericht oder bei der Führung der Grundbücher ausgezeichnete Arbeit geleistet wird, sondern Gleiches gilt auch für den weiten Bereich der Justizverwaltung. Für den Rechtsverkehr und nicht zuletzt für den gesamten Justizstandort Deutschland hat Ihre vielfältige Tätigkeit eine enorme Bedeutung.

Liebe junge Kolleginnen und Kollegen,

seien Sie sich Ihrer besonderen und herausgehobenen Verantwortung bei Ihrer künftigen Tätigkeit bewusst. Stellen Sie sich den interessanten Aufgaben, die Ihr Beruf mit sich bringen wird, mit Engagement und Freude im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.

Und nun zu Ihnen, liebe Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs „Strafvollzug“:

Sie haben mit dem erfolgreichen Abschluss Ihrer Ausbildung nicht nur unter Beweis gestellt, dass Sie den hohen Anforderungen der Landesjustizvollzugsverwaltung gewachsen sind, sondern Sie haben auch den Nachweis erbracht, dass Sie zur Erreichung des uns alle verpflichtenden Ziels, die in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten inhaftierten Gefangenen bestmöglich wieder in die Gesellschaft einzugliedern, gut gerüstet sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der gehobene Vollzugs- und Verwaltungsdienst ist eine tragende Säule des Justizvollzuges.

Als künftige Führungskräfte sind Sie Garanten für das alltägliche Funktionieren des Strafvollzugs und gleichzeitig Initiatoren und Träger notwendiger Veränderungsprozesse.

Ich möchte Sie bitten, sich der Verantwortung, die Sie als Führungskraft im Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso wie im Umgang mit den Gefangenen künftig übernehmen werden, jederzeit bewusst zu sein. Transparenz, Kommunikation, Offenheit, Verlässlichkeit und auch Kritik sind unerlässlich! Gegenseitiger Respekt und gegenseitige Wertschätzung müssen selbstverständlich sein! Verlieren Sie bitte nie aus dem Blick, dass Ihr Auftreten stets Vorbildcharakter haben wird.

Dies alles sind gewiss hohe Anforderungen. Doch lassen Sie sich dadurch nicht entmutigen, denn Sie haben bereits in den Personalauswahlverfahren und nun durch das erfolgreiche Absolvieren Ihres Fachhochschulstudiums unter Beweis gestellt, dass sie auch hohen Anforderungen gewachsen sind.

Liebe Absolventinnen und Absolventen,

Sie haben allen Grund, sich auf die vor Ihnen liegende praktische Arbeit zu freuen. Denn Sie haben sich für ein ganz besonderes Berufsfeld entschieden:

Wer sich für eine Tätigkeit im Justizvollzug entscheidet, ist in aller Regel nicht auf Jobsuche, sondern hat ein Anliegen und folgt - wenn man diesen Begriff heute noch benutzen darf - einer Berufung.

Ich wünsche mir Ihr aktives Engagement aber nicht nur für eine hoch qualifizierte „vollzugliche“ Arbeit, sondern auch dafür, dass Sie gesund bleiben und stets gern zur Arbeit kommen.

Liebe Diplomandinnen und Diplomanden,

die heutige Feier symbolisiert für Sie alle einen Abschied, den Abschied vom Studentenleben; die Feier symbolisiert aber zugleich auch einen Neuanfang, dem bekanntlich stets ein Zauber innewohnt. Bewahren Sie sich diesen Zauber. Freuen Sie sich auf den Neubeginn. Ihnen als Berufsanfänger gehört die Zukunft. Nutzen Sie die Vielfältigkeit, die Ihnen die Justiz zu bieten vermag. Helfen Sie mit, dazu beizutragen, dass unsere Justiz sich weiterhin den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zeigt.

Der Berufsalltag und damit auch die an Sie gestellten Aufgaben unterliegen einem stetigen Wandel. Sie werden künftig wichtige Entscheidungen treffen und je nach Arbeitsbereich, unmittelbaren Kontakt zum Bürger, zum Strafgefangenen, zu Mitarbeitern und Vorgesetzten haben.

Diese Aufgabe wird sie - gerade am Anfang Ihrer Tätigkeit - immer wieder neu fordern. Situationen werden Ihnen begegnen, die sich in keinem Lehrbuch finden lassen. Scheuen Sie sich nicht, insbesondere in diesen Situationen, den Kontakt zu Ihren Kolleginnen und Kollegen zu suchen. Fragen Sie um Rat, bitten Sie ruhig um Hilfe, profitieren Sie von dem Erfahrungsschatz Ihrer Kolleginnen und Kollegen. Denn auch die profitieren von Ihren Nachfragen, indem sie ihr eigenes Handeln und ihre Routine hinterfragen. Gemeinsam lassen sich oft gute Lösungen und Verbesserungen von Arbeitsabläufen finden.

So, jetzt aber genug der Worte. Ich gehe davon aus, dass Sie, liebe Absolventinnen und Absolventen, am Tag ihrer Diplomierung nicht weiter an künftige Herausforderungen denken möchten, sondern dass Sie mit Ihren Angehörigen und Freunden den heutigen Anlass feiern wollen. Davon möchte ich Sie nicht länger abhalten. Es ist ein Tag der Freude und deshalb bin ich sehr gerne Ihrer Einladung, lieber Herr Dr. Limbach, gefolgt, um mit Ihnen allen diesen Anlass gemeinsam zu feiern. Ich wünsche Ihnen für heute ein schönes Fest und für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute, beruflichen Erfolg und natürlich Gesundheit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 4:

IT-Ausbildung

im fachwissenschaftlichen Studium der Rechtspflege



Studium I

Monat(e)	Thema/ Fachverfahren	Inhalt	Stunden- zahl	Vermittlungs- methode
August	Lernplattform ILIAS	Allg. Bedienung, Evaluation, referatsbegleitende Nutzung	1	Selbststudium/ Informationsblatt
Januar - Mai	RASYS	Grundlagen, Antragsentwürfe zu ausgewählten Fällen in FAR und ZPR	2 4	Selbststudium/ Fallbearbeitung am (eigenen) PC
Februar	RegisSTAR	Grundlagen	4	Unterweisung in den IT-Räumen
März/April	IT- und Medieneinsatz	Intranet/Internet, Juristische Re- cherche, PowerPoint, Präsentati- onstechniken (Vorbereitung auf die Fachrefera- te)	6	Unterweisung in den IT-Räumen
Mai/Juni	IT-MobiV	Grundlagen	4	Unterweisung in den IT-Räumen
Mai/Juni	SolumSTAR	Grundlagen	4	Unterweisung in den IT-Räumen

Studium II

November	DS Strafzeit	Strafzeitberechnungen im Fach SVR	2	Selbststudium/ Fallbearbeitung am (eigenen) PC
----------	---------------------	--------------------------------------	---	--

Anlage 5:

Schriftenreihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Nachstehend sind die Werke der Schriftenreihe aufgeführt, die zur Zeit über die Fachhochschule zu beziehen sind

(Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, Schleidtalstraße 3, 53902 Bad Münstereifel, Tel. 02253 318-115, Fax 02253 318-146 oder per E-Mail poststelle@fhr.nrw.de)

Band 39

Torsten Dostal

Das Aufgebotsverfahren

56 Seiten, Preis 5,00 €

Band 38

André Tauberger

Bilanzen lesen und verstehen

Teil 1: Grundzüge der Finanzbuchhaltung

207 Seiten, Preis: 11,00 €

Band 37

Christian Dohmen/Hans-Jürgen Dohmen

Devianz, Delinquenz und Kriminalität im Jugendalter

245 Seiten, Preis: 12,00 €

Band 36

Manfred Steffen

Auslandsgesellschaften, Untersuchungsergebnisse des Forschungsprojekts

118 Seiten, kostenlos

Band 35

Ralf Pannen, Manfred Steffen

Evaluation der Justizfachangestelltenausbildung des Landes Nordrhein-Westfalen -EVA JFA-, Abschlussbericht

127 Seiten, kostenlos

Band 33

Peter Dyrchs/Jürgen Dohmen

ABC des Strafverfahrens - Ein Lehrbuch, 347 Seiten, 15,00 €

Band 31

André Tauberger

Controlling - Managementinstrument für die öffentliche Verwaltung

305 Seiten, 14,00 €

Band 28

Holger Schweda

Staats- und Verfassungsrecht (PDF-Datei zum Download)

6. Auflage, 2006

Band 27

Heribert Blum

Die Straftaten im Straßenverkehr

sowie ein Überblick über das Ordnungswidrigkeitenrecht

2. Auflage, 2009, 853 Seiten, 29,00 €

Band 26

Dieter Leesmeister

Grundbuchrecht „Keine Angst vor GBR-Klausuren!“, 11,00 €

Band 22

Ingo Fritsche

Einführung in das Wohnungsmietrecht, 2003, 10,00 €

Band 19

25 Jahre Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

mit 17 Beiträgen aus dem Fachbereich Rechtspflege, 2002

Redaktion: *Bernd Klüsener*, kostenlos

Band 13

Grundbuch- und Liegenschaftsrecht

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1996

Redaktion: *Dieter Leesmeister*, 6,20 €

Band 10

Kindschafts-, Vormundschafts- und Betreuungsrecht

**Entwicklungen, Tendenzen, Reformen, aktuelle Entwicklungen
der vormundschaftsgerichtlichen Praxis**

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1995

Redaktion: *Annette Rodehüser*, 6,20 €

Band 7

Neuere Entwicklungen aus dem Bereich „Handels- und Registerrecht“

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1994

Redaktion: *Kai Jaspersen, Bernd Gutschmidt, Alfons Triebenecker*, 8,20€

Band 6

Problemauswahl aus dem Bereich der Strafvollstreckung

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1993

Redaktion: *Peter Metzen, Bernd Gutschmidt*, 10,30 €

Band 4

**Aktuelle Probleme der Rechtsantragstelle und der Beratungshilfe
vor dem Hintergrund des Forschungsprojekts „Rechtsantragstelle“**

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1992

Redaktion: *Reiner Klinkenberg, Bernd Gutschmidt*, 8,20 €

Band 2

Die Rechtsantragstelle aus Sicht des Bürgers

Erwartungen und Erfahrungen, 7,70 €

Band 1

Materialien und Ergebnisse des Kontaktstudiums 1991

Schwerpunkt Betreuungsrecht. 7,70 €

Anlage 6:

Neue Medien-Reihe der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen

Unter dem Titel **“Neue Medien Reihe”** publiziert die Fachhochschule juristische Software, elektronische Skripten und E-Learning-Programme auf CD, DVD und USB-Stick.

Zu beziehen sind die Programme über die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen, Schleidtalstr. 3, 53902 Bad Münstereifel, Tel. 02253 318-120, Fax 02253 318-146 oder per E-Mail (über den jeweiligen Link "E-Mail-Bestellung").

[E-Learning Strafsachen](#)

USB-Stick mit Übungen zu den Tatbeständen Hausfriedensbruch, Beleidigung, Körperverletzung, Urkundenfälschung, Sachbeschädigung, Betrug und Diebstahl, sowie zur Rechtswidrigkeit und Schuld. Autorin: Yvonne Hoischen Co-Autoren: Heribert Blum, Stephan Weber, Produktion: Andreas Dormann

[Die Straftaten im Straßenverkehr 2012](#)

Elektronisches PDF-Skript auf USB-Stick mit über 1300 Seiten u.a. zu den Themen Alkohol, gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, Nötigung, unerlaubtes Entfernen vom Unfallort, Pflichtversicherung, Kennzeichenmissbrauch, Fahren ohne Fahrerlaubnis sowie einem Überblick über das Ordnungswidrigkeitenrecht. Autor: Heribert Blum, Produktion: Kai Achenbach und Andreas Dormann, neue Auflage 2012

[E-Learning RVG](#)

70 interaktive Übungen zum neuen Rechtsanwaltsvergütungsgesetz - mit Lösungshinweisen, Auswertungsprotokoll und Verweis auf elektronische Gesetzsammlungen (FamGKG, GKG und RVG) sowie Gebührentabellen. Autoren: Andreas Dormann, 2010

[Auf der Rechtsantragstelle](#)

Video-DVD mit vier Fallbeispielen zu typischen Antragssituationen - Themen: Einstweilige Verfügung, Räumungsschutz, Schutzschrift, gesamtschuldnerische Haftung. Produktion: Andreas Dormann / Verfahrenspflegestelle RASYS, 2003

[RASYS \(/fhr/aufgaben/informationstechnik/rasys/index.php\)](http://fhr/aufgaben/informationstechnik/rasys/index.php)

Interaktives Formularsystem (nicht nur) für Rechtsantragstellen; mit aktualisierter Formularsammlung 2015. Produktion: Andreas Dormann

[E-Learning ZVG](#) .zip 6.5 MB

Ein IDEA-Lernprogramm mit Übungen zu Rangveränderungen im Grundbuch

 [E-Learning-Quiz für Justizfachangestellte](#)

Fast 280 Fragen aus den Themengebieten der Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten

Anlage 7:

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Eigene Veranstaltungen - 2015		
Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Tagungsgäste
19.01.2015 bis 21.01.2015	Grundbuchrecht	21
04.05.2015 bis 06.05.2015	Kriminologie	22
06.05.2015 bis 08.05.2015	Ausbilderseminar „Anfänger“; Schwerpunkt: Zivilprozessrecht, Ausbildungsmaterial und Kommunikation in der Ausbildung	19
18.05.2015 bis 20.05.2015	Ausbilderseminar Justiz und Jugendkultur, Auszubildende und neue Medien	16
20.05.2015 bis 22.05.2015	Aktuelle Probleme aus dem Arbeitsbereich der Amtsanwälte	22
09.09.2015 bis 11.09.2015	Insolvenzrecht	17
21.09.2015 bis 23.09.2015	Gelder der Gefangenen	21
12.10.2015 bis 14.10.2015	Nachlassrecht	22
19.10.2015 bis 21.10.2015	Handels- und Registerrecht	13
28.10.2015 bis 30.10.2015	Immobiliarzwangsvollstreckung	22
02.11.2015 bis 04.11.2015	Strafvollstreckungsrecht	21
04.11.2015 bis 06.11.2015	Die Kostenfestsetzung in Zivilsachen, auch unter Berücksichtigung der Prozesskostenhilfe	14
09.11.2015 bis 11.11.2015	Aktuelle praktische und rechtliche Probleme der Rechtsantragstelle	12
11.11.2015 bis 13.11.2015	Rechtsanwendung im Strafvollzug	16
16.11.2015 bis 18.11.2015	Familiensachen	20
18.11.2015 bis 20.11.2015	Mobiliarvollstreckung, einschließlich europäischer Titel	15
23.11.2015 bis 24.11.2015	Überregionale Seminarreihe zum Insolvenzrecht (ESUG) Teil I	12

Modullehrgänge
der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen
2015

Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Lehrgangsteilnehmer
23.03. bis 25.03.2015	EPOS NRW III „Buchführung und Bilanzen (Teil 1)“	22
22.04. bis 24.04.2015	EPOS NRW III „Buchführung und Bilanzen (Teil 2)“	22
04.05. bis 29.05.2015	Modullehrgang „Lerneinheit 4 - Personalmanagement“	22
01.06. bis 19.06.2015	Modullehrgang „Lerneinheit 3 - Organisation“	15
22.06. bis 26.06.2015 /30.06.2015	Modullehrgang „EPOS NRW I - Haushalt / Kameralistik“	22
07.09. bis 25.09.2015	Modullehrgang „EPOS NRW II – Controlling / KLR“	20

**Fort und Weiterbildungsveranstaltungen
der Fachhochschule für Rechtspflege NW
- Eigene Veranstaltungen - Wochenveranstaltungen -
- Studienjahr 2015 -**

Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Tagungsgäste
12.01. bis 16.01.2015	Überregionale Seminarreihe zum Insolvenzrecht (ESUG) Teil III	21
09.03. bis 12.03.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug II	27
15.06. bis 18.06.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug I	25
06.07. bis 09.07.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug I	25
07.09. bis 10.09.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug I	22
14.09. bis 17.09.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug II	22
05.10. bis 08.10.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug I	24
12.10. bis 15.10.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug II	22
02.11. bis 05.11.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug I	24
09.11. bis 12.11.2015	Begleitende Lehrveranstaltung FB Strafvollzug II	22

Anlage 8:

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen im Auftrag sonstiger Justizbehörden im Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen -Nebenstelle Monschau – 2015		
Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Tagungsgäste
12.01.2015-23.01.2015	Vorbereitender Kurzlehrgang für Anwärter aus Baden-Württemberg	18
05.01.2015-27.03.2015	Eignungslehrgang für die Gerichts- vollzieher-Laufbahn (TN aus NRW)	20
18.05.2015-26.06.2015	Vorbereitender Lehrgang für Gerichts- vollzieher-Anwärter aus Baden- Württemberg	13
14.09.2015-18.09.2015	Fortbildungsveranstaltung des Bundes der Vollziehungsbeamten	19
24.09.2015-25.09.2015	Workshop der Präsidenten und Direktoren des OLG Bezirks Köln	45
14.10.2015-15.10.2015	Erfahrungsaustausch mit dem Mit- gliedern der Prüfungskommission für die GV-Laufbahn	19
19.10.2015-21.10.2015	Fortbildung der LAG Pädagogischer Dienst im Justizvollzug	19
26.10.2015-30.10.2015	„Aggressions- und Eskalationsvorbeugung f.d. GV- Lehrgang 2015/2016	54
12.11.2015-13.11.2015	Fortbildungsmaßnahme des Gerichtsvollzieherbundes	23
26.11.2015-27.11.2015	Fortbildungsmaßnahme des Gerichtsvollzieherbundes	15
19.11.2015-20.11.2015	Fortbildungsveranstaltung der Kreispolizeibehörde Düren	10
30.11.2015-04.12.2015	Kurz-Repetitorium für GV-Anwärter aus Baden-Württemberg	18

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen
im Auftrag der Justizakademie Nordrhein-Westfalen
im Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen
-Nebenstelle Monschau –
2015

Zeitraum	Fortbildungsveranstaltung	Anzahl der Tagungsgäste
03.08.2015-05.08.2015	IT – Power-Point	13
05.08.2015-07.08.2015	IT – Access 2007	11
10.08.2015-12.08.2015	Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz	20
12.08.2015-14.08.2015	IT – Justiz-Online	16
17.08.2015-19.08.2015	IT – Excel	13
19.08.2015-21.08.2015	IT – Arbeitsplatz in der Geschäfts- bzw. Verwaltungsleitung	7
24.08.2015-26.08.2015	IT – Arbeitsplatz des Sozialdienstes im Jugendarrest	12
31.08.2015-02.09.2015	IT – Justiz Auktion	11
02.09.2015-04.09.2015	Haushaltsrecht – TE	17
07.09.2015-11.09.2015	IT – JUDICA Grundlagenschulung	16
21.09.2015-23.09.2015	IT – JUDICA / TSJ	14
28.09.2015-30.09.2015	IT – Outlook	13
30.09.2015-02.10.2015	IT – Justiz-Online	9
05.10.2015-07.10.2015	IT – Excel Erweiterungen	10
12.10.2015-14.10.2015	IT – Outlook	10
14.10.2015-16.10.2015	IT – Power-Point	17
19.10.2015-21.10.2015	IT – Excel-Grundlagen	15
21.10.2015-23.10.2015	IT – JUDICA / TSJ	10
26.10.2015-28.10.2015	IT – Justiz-Online	13
02.11.2015-05.11.2015	IT – JUDICA / TSJ	9

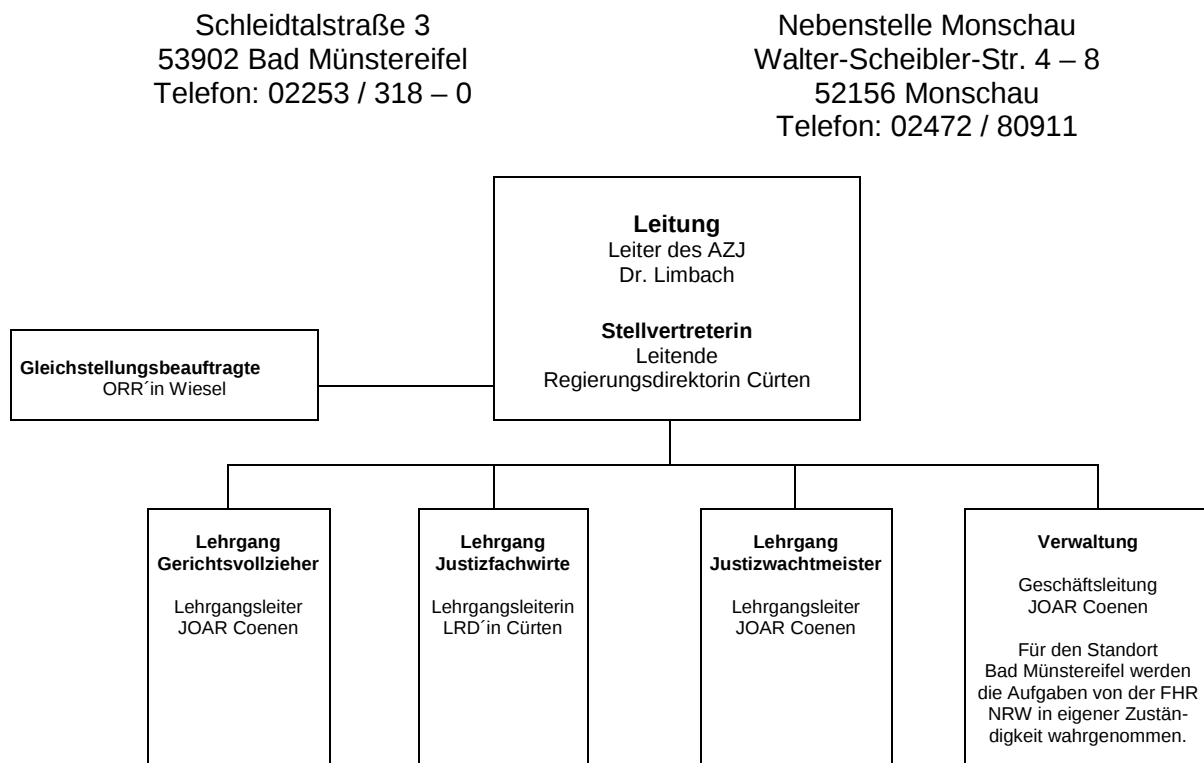
Anhang:

Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen

Organigramm

(Stand: 31. Dezember 2015)

Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen



1.

Organisation

Der Fachhochschule angegliedert ist seit dem 1. Dezember 2003 das Ausbildungszentrum der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen (*im Folgenden Ausbildungszentrum genannt*). Das Ausbildungszentrum in Bad Münstereifel mit einer Nebenstelle in Monschau widmet sich der fachtheoretischen Schulung der Anwärtinnen und Anwärter des Gerichtsvollzieherdienstes, des mittleren Justizdienstes sowie des Justizwachtmeisterdienstes. Viele Lehrkräfte der Fachhochschule sind, soweit es sich nicht

um Professoren handelt, zu einem Teil ihrer Arbeitskraft an das Ausbildungszentrum abgeordnet.

Im Berichtsjahr stellte sich die Ausbildungssituation wie folgt dar:

Mittlerer Justizdienst (Bad Münstereifel)	131 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Fachlehrgang „10. Verkürzter Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes“ in der Zeit vom 1. November 2014 bis 30. April 2015 91 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Fachlehrgang „11. verkürzter Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes“ in der Zeit vom 1. November 2015 bis 30. April 2016
Gerichtsvollzieherdienst: (Monschau)	64 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Zeit vom 01. Januar bis 28. Februar 2015 und weitere 84 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Zeit vom 01. März bis 31. Juli 2015. Am einwöchigen Lehrgang „Deeskalation und Eigensicherung“ vom 26. bis 30. Oktober 2015 nahmen 55 Anwärter/innen teil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Hessen, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen.
Eignungslehrgang für die Gerichtsvollzieherlaufbahn (Monschau)	20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen in der Zeit vom 01. Januar bis 31. März 2015. 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Baden-Württemberg in der Zeit vom 18. Mai bis 31. Juni 2015.
Justizwachtmeisterdienst: (Monschau)	88 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für 8 Wochen in der 2. Jahreshälfte 2015

1.1

Personalrat des Ausbildungszentrums

Dem Personalrat des Ausbildungszentrums gehörten im Jahr 2015 Oberregierungsrat Bernhard Gutschmidt als Vorsitzender, Amtsanwalt Heinz Georg Kerkmann, Justizamtfrau Simone Nenn und Justizbeschäftigte Elisabeth Lennertz an. Schwerpunkte der Personalratsarbeit waren auch im Jahr 2015 die Personalsituation des Ausbildungszentrums bei konstant hohem Arbeitsanfall sowie Fragen der Auslastung durch schwankende Anwärterzahlen und hohe Tagungsbelegungen.

2.

Zuständigkeiten

Das Ausbildungszentrum ist nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zuständig für die Gestaltung und Durchführung der jeweils vorgeschriebenen theoretischen Lehrgänge im Rahmen der Ausbildungsgänge für den Gerichtsvollzieherdienst, den mittleren Justizdienst und den Justizwachtmeisterdienst. Das Ausbildungszentrum gestaltet die für den prüfungserleichterten Aufstieg in den mittleren und den gehobenen Justizdienst jeweils vorgeschriebenen Einführungs- und Aufstiegslehrgänge und führt sie durch. Es wirkt nach Weisung des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen an der Ausbildung der Justizfachangestellten mit.

Nach Maßgabe der jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnung sowie nach Weisung des Justizministeriums nimmt das Ausbildungszentrum ferner Aufgaben im Zusammenhang mit der Gestaltung und Durchführung begleitender Lehrveranstaltungen zur praktischen Ausbildung (Begleitunterricht) wahr; dasselbe gilt für den planmäßigen Unterricht zu der für den prüfungserleichterten Aufstieg vorgeschriebenen praktischen Einweisung.

3.

Lehrgänge

Zu den Lehrgängen des Ausbildungszentrums werden typischerweise nur besonders befähigte Justizbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte zugelassen, die nach ihrer

Persönlichkeit und ihren bisher im Justizdienst – oft über Jahre hinweg – gezeigten Leistungen für eine weitere Qualifizierung besonders geeignet erscheinen. Mit der strengen Vorauswahl gehen üblicherweise gute Prüfungsergebnisse einher. Im Einzelnen stellte sich die Ausbildungs- und Prüfungssituation im Jahr 2015 wie folgt dar:

3.1

Verkürzter Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes 2014/2015 und 2015/2016

Vom 1. November 2014 bis zum 30. April 2015 wurden im Fachlehrgang für den verkürzten Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes 131 Anwärtinnen und Anwärter ausgebildet. Für 3 Lehrgruppen fand die Ausbildung in den Monaten November und Dezember 2014 zunächst in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums in Monschau statt. Ab Januar 2015 waren alle Anwärtinnen und Anwärter zusammen in Bad Münstereifel untergebracht. Die anschließende Prüfung, zu der aus Nordrhein-Westfalen 129 Teilnehmer antraten, legten sie wie folgt ab: 3 (2,33 %) von ihnen bestanden die Prüfung mit sehr gut, 22 (17,05 %) mit gut, 34 (26,36 %) mit vollbefriedigend, 46 (35,66 %) mit befriedigend und 17 (13,18 %) mit ausreichend; 7 Teilnehmende (5,43 %) bestanden die Prüfung nicht.

Der nachfolgende 11. Lehrgang wurde auf Wunsch der Präsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf zum ersten Mal in zwei Teile aufgeteilt. Mit 91 Anwärtinnen und Anwärtern begann der 1. Teil am 1. November 2015. Teil 2 findet mit 43 Anwärtinnen und Anwärtern vom 01.03.2016 bis zum 31.08.2016 statt.

3.2

Gemeinsame Gerichtsvollzieherlehrgänge 2014/2015 II und 2015/2016 I

An dem Gemeinsamen fachtheoretischen Gerichtsvollzieherlehrgang, der in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums in Monschau durchgeführt wird, beteiligen sich regelmäßig außer Nordrhein-Westfalen die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Vom 1. Januar 2015 bis zum 28. Februar 2015 absolvierten 64 Anwärtinnen und Anwärter aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Hessen, Saarland und Nordrhein-Westfalen den zweiten und letzten Teil des Lehrgangs. 59 Teilnehmer

bestanden im Sommer des Jahres 2015 in ihrem jeweiligen Bundesland die Abschlussprüfung. 51 % von ihnen schlossen mit der Note „gut“, 44 % mit der Note „befriedigend“, 5 % mit der Note „ausreichend“ ab. Eine Teilnehmerin konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht an der mündlichen Prüfung teilnehmen.

Am 1. März 2015 begannen 84 Anwärtinnen und Bewerber aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen in Monschau mit dem ersten Teil des neuen Lehrgangs, der bis zum 31. Juli 2015 dauerte. In diesem Lehrgang wurden wiederum zusätzlich 42 Unterrichtseinheiten zu den Themen „Eigensicherung“ und „Deeskalation“ vermittelt und die fachpraktische Ausbildung um einen einwöchigen Lehrgang, der in der Zeit vom 26. bis 30. Oktober 2015 in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums durchgeführt wurde, zu den genannten Themen erweitert.

3.2.1

Grundlagen des Lehrbetriebs

Gemäß der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Gerichtsvollzieherdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 14. März 2005 - zuletzt geändert durch Artikel 19 der VO vom 8. Dezember 2009 (GV. NRW. S.837) - umfasst die nordrhein-westfälische Gerichtsvollzieherausbildung insgesamt 20 Monate. Hiervon entfallen 7 Monate auf die fachtheoretische Ausbildung, die in einen 5- und einen 2-monatigen Lehrgang aufgeteilt ist.

Wegen der Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollstreckungsdienst wird seit dem Jahr 2013 die fachtheoretische Ausbildung (Lehrgang I) um Ausbildungsangebote zu Themen „Eigensicherung“ und „Deeskalation“ im Umfang von 42 Unterrichtseinheiten und die fachpraktische Ausbildung um einen einwöchigen Lehrgang, der in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums durchgeführt werden soll, zu den genannten Themen erweitert. Die Konzeptionierung der Lehrinhalte obliegt ebenfalls der hiesigen Behörde.

3.2.2

Übungen

Wie in den Jahren zuvor wurden von den Lehrkräften wiederholende und vertiefende Übungen sowie Gruppen- und Einzelgespräche zu unterschiedlichen Themen angeboten.

3.2.3

Informationstechnik

Die Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer verfügen durchweg über solide Grundkenntnisse in der Informationstechnik. Dieses Basiswissen wird in büroprogrammbezogenen Arbeitsgemeinschaften – auf freiwilliger Basis - ausgebaut und vertieft. In diesen IT-Lehrveranstaltungen werden die Anwärtinnen und Anwärter an die unterschiedlichen Berührungspunkte der Informationstechnik mit der PC-Anwendungspraxis und den Fachanwendungsprogrammen der Gerichtsvollzieherpraxis herangeführt.

3.2.4

Lehrmaterial

Das Ausbildungszentrum bietet den Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern seit Jahren auf die Ausbildung und die Aufgaben der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zugeschnittene Skripten der Lehrkräfte an. Diese alle Lehrbereiche abdeckenden Veröffentlichungen werden in Papierform kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Erstellung und Aktualisierung der Materialien erfolgt ehrenamtlich.

Über einen ständigen Intranet/Internet-Zugang können die Anwärtinnen und Anwärter jederzeit die Möglichkeiten der juristischen Online-Recherche nutzen.

3.2.5

Abstimmung fachtheoretischer und fachpraktischer Ausbildungszeiten

Der Lehrgangsleiter des Gemeinsamen Gerichtsvollzieherlehrgangs steht im ständigen Kontakt und Erfahrungsaustausch mit der Ausbildungspraxis und den in den begleitenden Lehrveranstaltungen zur Praxisausbildung eingesetzten Lehrkräften sowie den zuständigen Justizbehörden.

3.3

Vorgeschalteter Eignungslehrgang zur Gerichtsvollzieherlaufbahn für Teilnehmer/-innen aus Nordrhein-Westfalen

Vom 1. Januar 2015 bis 31. März 2015 absolvierten 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Oberlandesgerichtsbezirken Düsseldorf, Hamm und Köln den Eignungslehrgang für die Gerichtsvollzieherlaufbahn. 10 % von ihnen schlossen den Lehrgang mit der Note gut, 50 % mit der Note „vollbefriedigend“, 35 % mit der Note „befriedigend“ und 5,0 % mit der Note „ausreichend“ ab. Die Zeugnisse von 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer enthielten die Empfehlung zur Zulassung für die Einführungszeit zum Gerichtsvollzieherdienst.

3.4

Vorgeschalteter Eignungslehrgang zur Gerichtsvollzieherlaufbahn für Teilnehmer/-innen aus Baden-Württemberg

Vom 18. Mai 2015 bis 31. Juni 2015 absolvierten 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Oberlandesgerichtsbezirken Karlsruhe und Stuttgart einen Eignungslehrgang für die Gerichtsvollzieherlaufbahn. 33 % von ihnen schlossen den Lehrgang mit der Note gut, 58 % mit der Note „befriedigend“ und 8 % mit der Note „ausreichend“ ab. Alle Zeugnisse enthielten die Empfehlung zur Zulassung für die Einführungszeit zum Gerichtsvollzieherdienst.

3.5

Justizwachtmeisterlehrgang

In der zweiten Jahreshälfte 2015 absolvierten 88 Nachwuchskräfte des Justizwachtmeisterdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen in Monschau einen achtwöchigen Fachlehrgang, aufgeteilt in zwei Lehrgänge.

- **Lehrgang a) vom 10.08. bis 02.10.2015 mit 58 Teilnehmern,**
wurde zu 1,72 % mit der Note „sehr gut“, 12,07 % mit der Note „gut“, zu 37,93 % mit der Note „vollbefriedigend“, zu 41,38 % mit der Note „befriedigend“ und zu 6,90 % mit der Note „ausreichend“ abgeschlossen.
- **Lehrgang b) vom 05.10. bis 04.12.2015 mit 30 Teilnehmern,**
wurde zu 30 % mit der Note „vollbefriedigend“, zu 60 % mit der Note „befriedigend“ und zu 10 % mit der Note „ausreichend“ abgeschlossen.

3.5.1

Grundlagen des Lehrbetriebs

Grundlage des Lehrbetriebs im Berichtszeitraum war die Verordnung über die Ausbildung für die Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen

3.6

Entwicklung der Anwärterzahlen 2015

	Lehrgang	Anzahl Anwärter	Gesamt Anwärter
Gerichtsvollzieher	2014/2015 II	64	148
	2015/2016 I	84	
Justizwachtmeister	2015	88	88

Das Ausbildungszentrum ist weiterhin beteiligt an der Arbeitsgruppe „Sicherheit der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher“.

4.

Sonstiges

4.1

Verein der Freunde und Förderer des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen - Nebenstelle Monschau



Im Berichtszeitraum hat der Förderverein – seinem Vereinszweck entsprechend – verschiedene Projekte für die Anwärterinnen und Anwärter finanziell gefördert.

4.2

Pressemitteilungen



03.03.2015

Verabschiedung des Gemeinsamen Gerichtsvollzieherlehrgangs 2014/2015:

Am 26. Februar 2015 wurden in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen in Monschau feierlich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gemeinsamen fachtheoretischen Gerichtsvollzieherlehrgangs 2014/2015 verabschiedet. Diese hatten noch am Vormittag desselben Tages die letzte Examensklausur geschrieben und sind zum 2. März 2015 - ca. zwei Monate vor ihrer mündlichen Prüfung - wieder in ihre Heimatbezirke zurückgekehrt.



06.05.2015

Verabschiedung des verkürzten Vorbereitungsdienstes für den mittleren Justizdienstes 2014/2015: 6-monatiger theoretischer Ausbildungslehrgang beendet; Jubiläum: 10. verkürzter Vorbereitungsdienst

Am 30. April 2015 wurden in der Aula des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen 100 Justizsekretäranwärterinnen und 30 Justizsekretäranwärter feierlich verabschiedet. Sie hatten am 3. November 2014 ihre Ausbildung am Ausbildungszentrum der Justiz an den Standorten Bad Münstereifel und Monschau begonnen. Damit wurde nun zum 10. Mal der sechsmonatige verkürzte Vorbereitungsdienst durchgeführt.



03.08.2015

Gemeinsamer Gerichtsvollzieherlehrgang 2015/2016 feiert sein Jahrgangsfest: Ende des ersten fachtheoretischen Ausbildungsabschnitts

Die 84 Anwärtinnen und Bewerber des gemeinsamen Gerichtsvollzieherlehrgangs 2015/2016 feierten am 30. Juli 2015 in der Nebenstelle des Ausbildungszentrums der Justiz Nordrhein-Westfalen in Monschau ihr Jahrgangsfest, d.h. das Ende des ersten fachtheoretischen Ausbildungsabschnitts.



04.11.2015

Lehrgangsauftritt "Justizfachwirtin/Justizfachwirt": 92 Bewerberinnen und Bewerber nehmen die Ausbildung für den mittleren Justizdienst im 11. verkürzten Vorbereitungsdienst (Teil 1) auf!

92 Bewerberinnen und Bewerber für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes haben am 02. November 2015 im Ausbildungszentrum der Justiz Nordrhein-Westfalen den verkürzten Vorbereitungsdienst für den mittleren Justizdienst angetreten.
